



(Beginn: 14.08 Uhr - Ende: 21.06 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Anwesende! Ich eröffne die 29. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, darunter Engagierte für das jüdische Leben in Köln. Vielen Dank, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind.

(Beifall)

Ich begrüße alle, die im Livestream zuschauen und alle, die im Audio-Livestream zuhören. Ich begrüße die Vertreterinnen und Vertreter der Presse und die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und selbstverständlich alle Mitglieder des Rates.

Meine Damen und Herren, heute ist die letzte Sitzung des Rates in 2023. Das ist traditionell der Anlass, auf das zu Ende gehende Ratsjahr zurückzublicken. Das Weltgeschehen hat uns in diesem Jahr auch hier im Rat bewegt, wie könnte es anders sein. In zwei Gedenkminuten haben wir uns mit den Opfern des Erdbebens in Syrien und in der Türkei solidarisch gezeigt - das war in der Sitzung am 9. Februar dieses Jahres - und in der vergangenen Ratssitzung mit allen Menschen, die in Israel und insbesondere in unserer Partnerstadt Tel Aviv-Yafo unter dem schrecklichen Hamas-Terror leiden.

Wir haben zudem deutlich gemacht, dass der Rat und die Verwaltung der Stadt Köln in ihrer Unterstützung für die ukrainische Stadt Dnipro nicht nachlassen werden - jener Stadt, mit der uns eine Projektpartnerschaft und noch viel mehr, inzwischen schon Freundschaften, verbinden. Für die eindeutige Haltung des Rates in dieser Frage danke ich Ihnen sehr.

Leider gab es hinsichtlich der innerkölnischen Angelegenheiten weniger Einigkeit, aber für Ihre ungebrochene Lust an der Debatte, die sehr groß ist, steht die bislang längste Ratssitzung des Jahres. Sie dauerte am 26. Oktober von 15.38 Uhr bis 23.57 Uhr, also 8 Stunden und 19 Minuten. In Ihrem ehrenamtlichen Einsatz für die Zukunft Kölns schonen Sie sich also nicht. Und auch die Verwaltung mutet Ihnen eine Menge Inhalt zu. Die heutigen Vorlagen und Informationen zur Ratssitzung umfassen weit mehr als 1 000 Seiten. Das entspricht in etwa der Länge von Cervantes' Don Quijote. Aber zum Glück ringen wir ja nicht mit

Windmühlen, sondern miteinander erfolgreich für Kölns Zukunft.

(Vereinzelt Beifall)

Diese These können wir sicherlich beim traditionellen Jahresabschlussemfang, zu dem ich Sie schon jetzt sehr herzlich in die „Piazzetta“ im Anschluss an diese Ratssitzung einladen möchte, noch vertiefen. Dass das Ratsgeschäft anspruchsvoll bleibt, kann ich Ihnen auch für das kommende Jahr versichern. Aber immerhin bin ich froh, dass wir die bewährte Arbeitsatmosphäre endlich wieder hergestellt haben. Nach Aufhebung aller Corona-Schutzmaßnahmen konnten wir die Plexiglaskabinen in diesem Jahr abbauen.

(Vereinzelt Beifall)

Bald wird es auch erneut Veränderungen im Kreis der Ratsmitglieder geben, denn heute ist es leider die Ratssitzung, die das letzte Mal von Katja Hoyer als Ratsmitglied und stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion begleitet wird. Sie legt leider zum Ende des Jahres ihr Mandat nieder. Liebe Frau Hoyer, ich danke Ihnen für Ihren langjährigen und ehrenamtlichen Einsatz für Köln,

(Lebhafter Beifall)

zunächst in der Bezirksvertretung Lindenthal, dann seit 2009 im Rat. Ich kann mir die Ratssitzung ohne Sie gar nicht vorstellen, zumal wir uns schon im Sozialausschuss kennengelernt haben. Sie haben sich insbesondere in Fragen des sozialen Miteinanders nämlich einen Namen gemacht, und das wird sicher in Erinnerung bleiben, besonders mir. - Vielen Dank und meine ganz große Anerkennung.

(Anhaltender Beifall)

Liebe Ratsmitglieder! Liebe Anwesende! Für die letzte Sitzung im Ratskalender ist es in diesem welt- und gesellschaftspolitisch so schwierigen Jahr meines Erachtens passend, dass wir vor dem Einstieg in die Tagesordnung unseren Blick in Richtung Israel richten. Mein lieber Kollege Ron Huldai, unser israelischer Freund und Bürgermeister der Kölner Partnerstadt Tel Aviv-Yafo, wird per Videobotschaft einige Worte an uns richten. An dieser Stelle ein besonderes Willkommen an die Vertreterinnen und Vertreter des Städtepartnerschaftsvereins Tel Aviv-Yafo. Jetzt bitte ich um Ihre Aufmerksamkeit für Ron Huldai. - Vielen Dank!

(Videoeinspieler)



Bürgermeister von Tel Aviv Ron Huldai (Übersetzung): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker! Sehr geehrte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister! Verehrte Mitglieder des Kölner Stadtrates! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Namen der Bewohner von Tel Aviv-Yafo, im Namen aller Bürger Israels, möchte ich Ihnen dafür danken, dass Sie an unserer Seite stehen. In diesen extrem schwierigen Momenten angesichts des grauenhaften Angriffs auf friedliche Gemeinden, der Ermordung Unschuldiger, sind Ihre Solidaritätsbekundungen, die Erklärung des Stadtrats, die gehissten Israel-Flaggen, sowie die materielle Unterstützung durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die dem Wiederaufbau der Galerie in Be'eri zugutekommen soll, von unermesslichem Wert.

Unsere besonderen Beziehungen, unser Bündnis, Ihre Unterstützung, zeigen, dass echte Partnerschaften und wahre Freundschaften möglich sind. Hass und Rassismus lassen sich zerschlagen. Wir dürfen die Hoffnung nicht aufgeben. Aus der Erinnerung heraus werden wir wachsen.

Seit Beginn der Kämpfe steht Tel Aviv als Stadt und Symbol an vorderster Front der Aktivitäten. Wie immer ist Tel Aviv das starke Rückgrat Israels, seine wirtschaftliche und soziale Stütze. Tel Aviv-Yafo ist eine Stadt mit sozialer Resilienz, eine Stadt des Zusammenhalts, des starken zivilen Engagements. Aus dieser Standhaftigkeit erwächst Tel Avivs außergewöhnliches ehrenamtliches Engagement überall in Israel. Als Stadtverwaltung ermöglicht es uns, den von Raketensalven betroffenen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt umgehend zu helfen. Zum Glück sind die meisten von ihnen bereits in ihre Häuser zurückgekehrt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Am 7. Oktober, einem Schabbat und Feiertag, wurde Tel Aviv mit Raketensalven angegriffen. Von diesem Moment an lag unser Fokus auf der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Bei anhaltendem Raketenschuss sollte die Alltagsroutine aufrechterhalten werden. Wir haben mehr als 20 000 evakuierte Israelis aus dem Norden und Süden aufgenommen und für die Angehörigen der Entführten unser Herz und Haus geöffnet. Einige von ihnen erlebten das Schlimmste. Sie verloren ihr Zuhause, ihre Familien, ihre Gemeinden. Und was ist uns geblieben? Für sie unser Herz und Häuser zu öffnen. Wir kümmern uns um all ihre Belange, wir haben sie in unsere Bildungseinrichtungen integriert, oder besondere Studienräume geschaffen. Hervorheben möchte ich die Auf-

nahme des Kibbuz Re'im, der bei dem Terroranschlag mehrere Mitglieder verlor. Der gesamte Kibbuz zieht als Gemeinschaft in eine Wohnanlage nach Tel Aviv, bis er sicher zurückkehren und neu aufgebaut werden kann.

Kurz gesagt, in diesem Jahr haben wir weitere Bürgerinnen und Bürger in Tel Aviv, die wir in unser Herz geschlossen haben.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich der Oberbürgermeisterin der Stadt Köln, Frau Henriette Reker, sowie der Stadtverwaltung Köln und dem Städtepartnerschaftsverein Köln - Tel Aviv - Yafo, unter der Leitung von Frau Monika Möller für ihre Hilfe danken, die der Unterstützung und Integration der Bewohnerinnen und Bürger zugutekommt, die dieser Tage hier in Tel Aviv untergekommen sind.

Meine Damen und Herren, unsere Beziehungen fußen auf einer komplexen Geschichte, die im Laufe der Jahre eine neuerliche Wertegemeinschaft geschaffen hat - Werte, wie der feste Glaube an die Würde des Menschen, wie der feste Glaube an Freiheit und Demokratie; und das Recht eines jeden, Mann und Frau, bei der Schaffung einer besseren Welt mitzuwirken. Genau dies sind die Werte, die Hamas-Terroristen bekämpften, als sie mehr als 1 200 Menschen mit unvorstellbarer Grausamkeit vergewaltigten, abschlachteten und ermordeten. Unter ihnen auch zwei junge deutsche Frauen, Shani Louk und Carolin Bohl, die einfach nur tanzen und feiern wollten.

Israel befindet sich im Krieg, in einem schwierigen, komplexen Kampf. Wir haben es uns nicht ausgesucht. Wir haben es nicht für möglich gehalten. So haben wir uns die Zukunft nicht vorgestellt. Dieser Krieg wurde uns aufgezwungen. Wir kämpfen ums Überleben für Menschlichkeit, dies ist ein Krieg, aus dem wir gestärkt hervorgehen müssen.

Noch heute hält die Hamas Entführte, deren Schicksal ungewiss ist. Noch immer sind nicht alle Kinder, alle Mütter, alle Väter, die ihren Lieben entrissen wurden, zurückgekehrt. Noch immer wissen wir nicht, was mit ihnen passiert ist, Männer und Frauen, Jung und Alt, Juden und Araber, Israelis und Ausländer. Tel Aviv ist Aktionszentrum der Angehörigen der Entführten, des Kampfes für ihre Rückkehr nach Hause. Wir unterstützen die Familien auf dem Protestplatz mit notwendigen Leistungen in ihrem schmerzhaften, mutigen und gerechten Kampf. Zurzeit sind sie Tel Aviver und so behandeln wir sie.



Meine Damen und Herren, ich fungiere als Sprachrohr der Angehörigen der Entführten, die Tel Aviv in diesen schwierigen Momenten in sein Herz geschlossen hat. Ich bitte Sie: Helfen Sie uns, diese Menschen wieder nach Hause zu bringen! - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Wir sind jetzt damit wieder an dem Punkt, an dem wir einen Übergang in unser Ratsgeschäft schaffen müssen. Ich beginne damit, wer nach den mir vorliegenden Meldungen heute entschuldigt ist. Das sind: Herr Dr. Elster, Frau Dickas, Herr Karaman, Frau Niknamtavin, Frau Steinmann, Frau Roß-Belkner und Herr Dr. Unna. Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Bauer-Dahm, Frau Brock-Storms und Herrn Spehl.

Zunächst müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf mit den nachträglichen Zu- und Absetzungen liegt Ihnen vor. Die Änderungsanträge sind bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: Im öffentlichen Teil eine Anfrage unter TOP 4.4, TOP 7.2.4, 7.4 und 7.5, TOP 10.34 und 10.35, TOP 17.6 bis 17.15. Im nichtöffentlichen Teil TOP 24.10 bis 24.13. Abgesetzt wurden: TOP 10.8, TOP 10.14, TOP 11.1 und 12.1.

Gibt es Wortmeldungen zu den Zu- und Absetzungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE, Volt und die Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT haben heute zum Thema „gemeinwohlorientierte Entwicklung des Osthofs der Hallen Kalk“ einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Das ist TOP 3.1.9. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Beratung? - Das ist auch nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Dann liegt unter TOP 3.1.10 ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt, ebenfalls von heute, vor.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Moment mal! - Gegenruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Der ist aus dem Finanzausschuss! Ich kann dazu etwas sagen!)

Es geht um das Thema „Ergänzung Struktursicherungsfonds 2023.“ Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Mein Mandatos hängt, deswegen kann ich leider nicht sehen, warum die Vorlage dringlich sein sollte. Vielleicht könnte einer der Antragsteller das mal begründen. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer, würden Sie Ihrem Ratskollegen helfen?

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Ich würde tatsächlich einfach auf die schriftliche Dringlichkeitsbegründung verweisen. Mein Mandatos hängt auch.

(Matthias Büschges [AfD]: So geht das aber nicht!)

Nein, natürlich. Entschuldigung. Das ist aus dem Finanzausschuss, wo es hingehört hätte. Es geht um die Ergänzung des Struktursicherungsfonds für das Jahr 2023. Dort geht es um Ergänzungen für den Bereich der Umweltbildung, Tierheime und Auffangstationen. Die haben sich erst nach der letzten Sitzung des Finanzausschusses des Rates als dringlich herausgestellt. Damit die Mittel in diesem Jahr noch verausgabt werden können, besteht hier also Handlungsbedarf. Der Antrag müsste Ihnen entsprechend aber auch eingestellt worden sein.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Jetzt kommt bei mir gerade noch ein weiterer Antrag an, in diesem Moment.

Ist er schon drin? Das kann ich jetzt nicht sagen. Er kommt jetzt gerade bei mir an. Es ist auch ein Dringlichkeitsantrag.

(Zurufe)

Wenn alle gleichzeitig sprechen, kann ich Sie leider nicht verstehen. Das wäre auf der Tagesordnung 3.1.11. Es geht um das Thema Anpassung des Strukturförderfonds für 2024. Also inhaltlich



durchaus passend zu dem, was wir vorher beraten. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Herr Joisten.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Was? - Niklas Kienitz [CDU]: Bitte?)

Christian Joisten (SPD): Keine Wortmeldung zur Dringlichkeit. Ich will nur darauf hinweisen: In Session ist es falsch ausgewiesen. Es ist auch ein Antrag der SPD. Das wird oben nicht genannt. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Also, bei mir steht jetzt, es ist ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE, der Volt-Fraktion, der Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT.

(Christian Joisten [SPD]: In Session steht er ohne!)

Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Also, bei aller Liebe, so können wir nicht arbeiten. Das ist weder professionell noch ist es der Sache angemessen. Ich habe es heute schon in der Finanzausschuss-sitzung gesagt: Hier kommen alle möglichen Leute im letzten Moment um die Kurve mit irgendwelchen Nachtragshaushalten: hier Geld vergessen, da brauche ich noch einen Nachschlag. Also, meine Damen und Herren, wir sind hier die viertgrößte Stadt in Deutschland. Das ist kein Kasperletheater. So können wir nicht entscheiden! - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Darf ich das als Wortmeldung gegen die Dringlichkeit betrachten?

(Zurufe von der AfD: Ja!)

Gibt es weitere Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Die AfD Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann frage ich abschließend: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Bitte sehr, Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben zum Antrag 3.1.6 noch Beratungsbedarf und würden bitten, ihn heute herunterzunehmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen der antragstellenden Fraktion Bündnis 90/Die Grünen! Zum Beratungsbedarf: Das kann ich ein Stück weit nachvollziehen. Wir würden uns aber sehr freuen, wenn es hier heute nicht ein absoluter Beratungsbedarf werden würde, sondern wenn wir das Thema andiskutieren und dann vielleicht im Januar im Hauptausschuss zu einer Entscheidungsfindung kommen könnten. Denn es ist jetzt schon so, dass wir im nächsten Jahr in Personalangelegenheiten ein bisschen was vor der Brust haben, und da wären 4 Wochen Zeitgewinn bis zur nächsten Ratssitzung doch von Vorteil. Von daher würde ich darum bitten, dass die antragstellenden Fraktionen hierüber noch mal nachdenken. - Herzlichen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, ich würde gerne an der Stelle ergänzend fragen, wo Sie das im Hauptausschuss erwarten. Wie Sie ja besonderen Wert darauf legen, ist das ein Verfahren des Rates und nicht des Hauptausschusses. Also, es würde dann im Rat wieder auf uns zukommen, nicht im Hauptausschuss. Das Beigeordnetenverfahren ist kein Verfahren des Hauptausschusses. Darüber hat der Rat zu befinden.

Herr Busch hatte sich gemeldet.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. Meine Damen und Herren! Unter den 4er-Punkten fehlen noch Antworten aus der letzten Sitzung zu den Nachfragen. In Session, das habe ich gesehen, wurde es für erledigt erklärt, aber die sind bei uns nicht beantwortet worden, leider. Wir hatten in der letzten Sitzung Nachfragen - Ja, Frau Gies? Sie schütteln den Kopf -,



die fehlen jetzt einfach auf der Tagesordnung, weil wir von der Verwaltung die Rückmeldung noch nicht haben. Also, ich habe jetzt gesehen, zu der einen Sache, wo wir darum gebeten haben, dass sich die Verwaltung ihre eine Antwort noch mal anschaut, da haben wir keine Rückmeldung bekommen, es ist einfach nur als erledigt angemarkert. Und zu den zwei Rückfragen zu der anderen Anfrage: die sind nicht beantwortet und es steht auch „erledigt“ im System drin. Das kann nicht sein, denn sie müssten ja doch trotzdem noch beantwortet werden. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Soweit ich das jetzt sehe, werden wir das dann bei dem Punkt in der Tagesordnung behandeln.

(Philipp Busch [AfD]: Er ist nicht drauf!)

- Doch, die Punkte sind doch auf der Tagesordnung.

Philipp Busch (AfD): Nein.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann schreiben Sie uns das bitte noch mal. Ich habe jetzt keine Ahnung. Ich kann das wirklich nicht beurteilen, ob das auf der heutigen Tagesordnung ist oder nicht. Aber wir stimmen jetzt über die heutige Tagesordnung ab, und alles, was Ihnen jetzt vorgelegt wird, darüber stimmen wir ab und über den Rest natürlich nicht. Können wir ja nicht.

Philipp Busch (AfD): Ich wollte nur festhalten, dass etwas fehlt. Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. Ich kümmere mich gerne darum. Ich kann es jetzt nicht nachvollziehen.

So, jetzt würde ich gerne erst einmal darüber abstimmen, ob der Verweisungsantrag aufrechterhalten wird; dann in den Rat, nehme ich an.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja das Gleiche, wie wenn wir Beratungsbedarf haben!)

- Und dann über den Beratungsbedarf. Aber ich muss es ja getrennt abstimmen lassen. Erst über den Verweisungsantrag.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Wir haben ein Angebot: Wir enthalten uns bei den beiden Anträgen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Also beraten wir über den Beratungsbedarf. Gibt es Gegenstimmen zum Beratungsbedarf, der angemeldet wurde? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich DIE LINKE. Dann ist das so aufgenommen.

Dann können wir jetzt über die geänderte Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

So. Aktuelle Stunde haben wir keine.

Wir kommen direkt zu den Schenkungen.

Ich rufe auf:

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

Tagesordnungspunkt

2.1 Annahme der Schenkung der Sammlung von 61 europäischen Mörsern des 15. bis 19. Jahrhunderts von Dieter und Christel Schürzeberg an das Museum für Angewandte Kunst 3575/2023

Wer diese Schenkung anzunehmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, KLIMA FREUNDE & GUT, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Volt, die AfD-Fraktion und Die FRAKTION. Ich wollte gerade nach Gegenstimmen fragen, aber jetzt frage ich noch mal, obwohl es eigentlich keine Gegenstimmen mehr geben sollte: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann bedanke ich mich sehr bei Dieter und Christel Schürzeberg für ihre großzügige Schenkung.

(Beifall)

Die Schenker haben uns übrigens vor einigen Jahren schon mal chinesische Bronzen im Wert von über 3 Millionen Euro geschenkt, die sich jetzt im Ostasiatischen Museum befinden.

(Zurufe)

- Das stimmt doch! Ich kenne sie nämlich. Ich kenne die chinesischen Bronzen, und ich kenne auch die Mörser.



(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Sind die noch da?)

- Die sind noch da.

(Maria Helms-Arend [SPD]: Die sind
nicht gestohlen worden?)

So, dann die nächste Schenkung.

Tagesordnungspunkt

2.2 Annahme der Schenkung bedeutender moderner Glaskunst - Studioglas- Sammlung Markus Eisenbeis 3372/2023

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um
das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, die
SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, KLIMA
FREUNDE & GUT, die CDU-Fraktion, die FDP-
Fraktion, Volt, Die FRAKTION und die AfD-Frak-
tion. Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? -
Auch keine.

Tagesordnungspunkt

2.3 Aufwertungsmaßnahme für die histori- sche Grünanlage Alhambra im Inneren Grüngürtel Hier: Annahme einer Schenkung der Kölner Grün Stiftung 2017/2023

Hier gibt es Redebedarf. Frau Syndicus, bitte.

Karina Margareta Syndicus (KLIMA FREUNDE
& GUT): Ganz herzlichen Dank, liebe Frau Ober-
bürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen!
Liebe Zuschauer! Ich habe nur eine kurze Anmer-
kung dazu, und zwar: Im Umweltausschuss wurde
unsere Frage „Wer gießt das Ganze denn dann?“
beantwortet mit: „das städtische Grünflächen-
amt“. Und in der Presse wurde die Grün Stiftung
zitiert, sie werde das gießen. Ich möchte nur an-
regen, dass das geklärt wird, damit wir keine klei-
nen, vertrockneten Pflänzchen da stehen haben,
weil wir uns ja sehr über das Ganze hier freuen. -
Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen
Dank für den Hinweis. Der wird aufgenommen.
Wer wünscht, diese Schenkung der Grün Stiftung
anzunehmen? - Das sind DIE LINKE, die SPD-
Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, KLIMA
FREUNDE & GUT, die CDU-Fraktion, die FDP-

Fraktion, Volt, Die FRAKTION und die AfD-Frak-
tion. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltun-
gen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich bedanke mich sehr bei der Kölner Grün Stif-
tung.

(Vereinzelt Beifall)

Wir kommen jetzt zu den Anträgen des Rates.

Tagesordnungspunkt

3 Anträge des Rates / Vorschläge und An- regungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsord- nung des Rates und der Bezirksvertre- tungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke., FDP und Volt betreffend "Verzicht auf Stellung von Strafanträgen wegen Beförderungser- schleichung seitens der KVB AG" AN/1663/2023

Als Erster hat Herr Richter das Wort.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Vie-
len Dank! Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe
Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*in-
nen hier im Ratssaal und natürlich im Livestream!
Wir beginnen heute unseren inhaltlichen Debat-
tenreigen mit einem sehr wichtigen Beschluss -
mit einem Beschluss, in dem wir die KVB beauf-
tragen, zukünftig auf Strafanzeigen zu verzichten,
wenn ein Fahren ohne Fahrschein stattfindet.
Eine lange Geschichte geht hier in Köln zu einem
guten Ende, und das ist ein guter Start für unsere
inhaltlichen Debatten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der LINKEN)

Es ist ein guter Start, weil sowohl die Betroffenen
dadurch in ihren Lebensverhältnissen verbessert
werden und natürlich Justiz und Strafvollzugsan-
stalten entlastet werden. Dieses Thema ist in den
letzten Jahren auf verschiedenen Ebenen immer
wieder beantragt worden, sei es im Bundestag
2018 von unserer Grünen-Bundestagsfraktion,
aber auch von der FDP in einzelnen Parlamenten
heute auch. Danke, dass Sie es auf die Agenda
der heutigen Ratssitzung als Antrag gesetzt hat-
ten. Wir konnten ihn somit gemeinsam in die rich-
tige Form bringen, sodass wir diesen Antrag



heute auf breiter demokratischer Mehrheit beschließen können. Ich werbe noch mal bei den Kolleginnen und Kollegen der CDU darum, das zu würdigen oder mitzunehmen. Vielleicht können Sie auch dieses Vorhaben in der Abwägung aller Punkte, die noch kommen mögen, positiv begleiten.

Worum geht es konkret? Beim Fahren ohne Fahrschein mit der KVB kann die KVB - und sie tut es auch - Strafanzeigen oder Strafanträge wegen Beförderungserschleichung stellen, sprich: Fahren ohne Fahrschein. Das hat zur Konsequenz in mehreren Prozessschritten, dass bei den betroffenen Personen, die es nicht zahlen können, dann das Gefängnis, also praktisch die Ersatzfreiheitsstrafe, droht. Das ist die Konsequenz. Wen trifft es hauptsächlich? Sehr häufig sind Personen betroffen - circa 1 000 Personen in Deutschland, die es nicht zahlen können -, die in prekären Lebensverhältnissen leben, das Entgelt nicht bezahlen können und dann so mehrere Tage ins Gefängnis kommen, mit allen Konsequenzen für ihre persönlichen Behandlungs- und Betreuungssituationen. Es hilft keinem, wenn diese Personen dort reinkommen.

Ein weiterer Punkt ist: Mit unserem Antrag, mit unserem Beschluss heute entlasten wir die Justiz und die Gefängnisse von über 1 000 Menschen, die wegen des Fahrens ohne Fahrschein, aber auch über 4 000 Menschen, die aufgrund von Ersatzfreiheitsstrafen dort einsitzen. Auch dies ist ein wichtiger Beitrag in der Abwägung der Argumente, dies zu tun oder nicht zu tun.

Man fragt sich jetzt natürlich: Fahren jetzt alle ohne Fahrschein?

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nein! Niemand wird sagen: Hurra, ich fahre jetzt KVB ohne Fahrschein, denn ich komme nicht mehr ins Gefängnis! Bei allem Respekt für das Fahren mit der KVB: So ist das jetzt auch nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Und auch das Fahren ohne Fahrschein bleibt weiterhin nicht folgenlos, sondern das erhöhte Beförderungsentgelt wird von der KVB mit zivilrechtlichen Mitteln weiterverfolgt, und das Geld wird dort eingetrieben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag zur Beendigung von Strafanträgen wegen Beförderungserschleichung bei der KVB hat für

die Betroffenen viele Vorteile. Es ist eine Entlastung für die Justiz. Es ist ein würdevoller Umgang mit den Betroffenen und ihrer Lebenssituation. Deswegen freuen wir uns sehr, dass dieser Antrag heute auf breiter Basis beschlossen wird und laden noch mal alle Beteiligten dazu ein, dabei mitzuwirken. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der LINKEN und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Lorenz das Wort.

Lukas Lorenz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Schwarzfahren ist kein Bagatelldelikt, sondern Diebstahl an uns allen, an der Allgemeinheit. Heute werden wir hier im Rat darüber entscheiden, ob im Wiederholungsfall die Erschleichung von Dienstleistungen weiterhin durch die Kölner Verkehrsbetriebe AG zur Anzeige gebracht wird. Ich muss Ihnen sagen, die Entscheidung über diese Maßnahme ist unserer Fraktion schwergefallen. Denn es ist immer noch eine Abwägungsfrage zwischen zwei Hauptargumenten:

Auf der einen Seite nehmen wir mit diesem Antrag unseren Verkehrsbetrieben als Geschädigten die Möglichkeit, im Ultima-Ratio-Fall auch das Vergehen zur Anzeige zu bringen. Mit unserem Antrag ermöglichen wir aber trotzdem weiterhin die vorläufige Festnahme nach § 127 StPO durch die Fahrausweisprüfer*innen.

Auf der anderen Seite steht die elementare Frage, ob die Anzeige wirklich zu einer signifikanten Reduktion der Personen ohne gültigen Fahrausweis führt bzw. ob sich eine Person, die wegen dieses Vergehens im Gefängnis saß, danach davon abhalten lässt, wieder ohne gültigen Fahrausweis zu fahren. Herr Richter hat das gerade eben richtigerweise erwähnt.

Hinzu kommt, dass hauptsächlich arme Menschen von Strafen betroffen sind. Dahinter versteckt sich die Frage: Wollen wir eine Gesellschaft der Vorbestraften wegen Kleinstdelikten? Oder wollen wir eine Gesellschaft, die solidarisch gemeinsam lebt? In dieser Abwägung ist unsere Frage klar zugunsten unseres Antrages zu beantworten. Ich danke an dieser Stelle der FDP und allen mitantragstellenden Fraktionen, dass wir diesen Antrag gemeinsam so stellen konnten. Deswegen kann ich nur empfehlen: Stimmen Sie diesem Antrag zu. - Vielen Dank.



(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen, der LINKEN und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek, bitte.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen es ehrlich zugeben, trotz des wirklich tollen Antrages heute, den wir gemeinsam breit abstimmen werden, dass wir tatsächlich nicht wissen, ob das Fahren ohne gültigen Fahrausweis auf Bundesebene im kommenden Jahr tatsächlich von einem Straftatbestand zu einer Ordnungswidrigkeit herabgestuft wird. Das wissen wir nicht. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen ist es umso wichtiger, dass wir heute die Weichen in die richtige Richtung stellen.

Niemand darf wegen Armut ins Gefängnis kommen. Ein Gefängnisaufenthalt hat selten das Potenzial, aus einem armen Menschen einen Reichen zu machen. Ganz im Gegenteil. Eher verstärkt es eine Abwärtsspirale. Die hier mehrfach erwähnte Ersatzfreiheitsstrafe ist ein Instrument der Diskriminierung von einkommens- und vermögensschwachen Menschen, die häufig am Existenzminimum leben. Vor allem ärmere Menschen sind hiervon betroffen, weil sie nicht in der Lage sind, die hohen Geldstrafen zu bezahlen. Soziale Desintegration in Form von Arbeitslosigkeit, Wohnungslosigkeit und Abhängigkeit von legalen und illegalisierten Drogen spielen dabei oft eine entscheidende Rolle. So werden Ersatzfreiheitsstrafe in der Praxis überwiegend wegen Bagatelldelikten - wie hier: Fahren ohne Fahrschein - gegen Mittellose, Erwerbslose bzw. mehrfachbelastete sowie sozial benachteiligte Personen verhängt.

Auch erfüllt die Ersatzfreiheitsstrafe in diesen Fällen nicht ihren eigentlichen Zweck als Druckmittel, entsprechend eine Zahlungsfähigkeit herzustellen. Die wird sich ja durch eine Ersatzfreiheitsstrafe nicht ändern. Diese Menschen bleiben weiterhin zahlungsunfähig. Die ursprünglich mit der Ersatzfreiheitsstrafe - oder überhaupt der Freiheitsstrafe - gewollte Resozialisierung wird ebenfalls nicht erreicht. Vielmehr trägt diese zu einer weitergehenden Entsozialisierung bei. Wohnungslosigkeit, Arbeitsplatzverlust, soziale Isolation sind oft die Folgen. Daher ist es notwendig, liebe Kolleginnen und Kollegen, Armutsdelikten verstärkt mit sozialstaatlichen Maßnahmen statt

mit Freiheitsentzug zu begegnen. Deswegen ist dieser Antrag heute besonders wichtig.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Denn diese Belastungen führen auch zu umfangreichen staatlichen Ausgaben, die an anderer Stelle besser investiert wären. Herr Richter hat es gerade erwähnt: Entlastung der Justizvollzugsanstalten ist etwas, was wir damit entsprechend bekräftigen.

Arme aus der Armut zu holen ist eine der obersten Prioritäten der LINKEN. Und es geht nicht, indem man Arme für ihre Armut bestraft. Ich möchte gerne auf die Initiative „Freikaufen Köln“ des Vringstreff e.V. hinweisen. Diese befreit vormals obdachlose und arbeitslose Menschen aus der JVA in Köln-Ossendorf, die wegen des Fahrens ohne Fahrschein im Gefängnis sitzen. Somit wird dem Staat sogar Geld gespart, weil jeder Hafttag die Steuerzahler*innen durchschnittlich circa 150 Euro kostet. Im Aufruf des Vringstreffs wird im Kern eine Abschaffung des § 265a und ein langfristig kostenlos nutzbarer ÖPNV gefordert. Thomas Münch von der Initiative sagt - ich zitiere -:

Da sollte man lieber jedem Sozialhilfeempfänger automatisch ein 9-Euro-Ticket geben.

Es ist ein Interview von damals, das Ticket kostet mittlerweile leider 49 Euro. Interessanterweise hatten wir in den drei Monaten, als es noch das 9-Euro-Ticket gab, kaum Menschen, die bei der KVB ohne Ticket gefahren sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch mit der Einführung des Deutschlandtickets, die eine wirklich sehr, sehr große Errungenschaft ist, hat jedoch längst nicht jede Person die finanziellen Möglichkeiten, sich einen solchen Fahrschein zu kaufen. Auch das Sozialticket für 39 Euro ist leider hinter den Forderungen von Verbänden und Bündnissen zurückgeblieben. Mobilität ist das Recht aller und darf nicht länger das Privileg derjenigen sein, die ökonomisch abgesichert sind. Festzustellen ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass ein günstiger ÖPNV eine große Stellschraube ist, das Fahren ohne Fahrschein deutlich zu reduzieren, unabhängig davon, dass wir heute diesen Antrag beschließen werden.

Bis dahin, liebe Kolleginnen und Kollegen, braucht es solch einen Beschluss und spart dem Staat, aber auch der Initiative „Freikaufen Köln“ das Geld, das an anderer Stelle dringend



benötigt wird. Deswegen freue ich mich, dass wir heute gemeinsam diesen Antrag beschließen werden. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet! Zunächst ganz herzlichen Dank von meiner Fraktion an die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen, die unsere Anregung wohlwollend aufgenommen haben und heute in dieser Breite einen gemeinsamen Antrag stellen. Denn in der Tat ist es so, lieber Kollege, dass der Gedanke für diesen Antrag einem Parteitagsbeschluss der FDP Köln entspringt. Aber das nur nebenbei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, worum geht es? Es geht erstens darum, die Justiz zu entlasten. Zweitens: Es geht darum, das Staatssäckel zu entlasten. Drittens: Es geht darum, damit aufzuräumen, dass der KVB dadurch ein Schaden entsteht. Viertens: Es geht auch darum, mit Düsseldorf gleichzuziehen. Und letztens: Es geht auch um ein Stück Gerechtigkeit. Der Reihe nach.

Die Kolleginnen und Kollegen haben bereits darauf hingewiesen: Die Justiz wird entlastet, es wird entkriminalisiert, es werden keine Hauptverfahren mehr durchgeführt. Das Ganze wird, wenn es dann auch Bundesgesetz wird, in einem vereinfachten Verfahren durchgeführt. Ich glaube, uns eint alle der Wunsch danach, unsere Justiz zu entlasten. Schade, dass sich die CDU hier die Gelegenheit zum Bürokratieabbau entgehen lässt.

(Beifall bei der FDP und der SPD - Zuruf von Bernd Petelkau [CDU])

Zweitens - zum Rechtsstaat, Herr Petelkau, komme ich gleich noch -: Es geht um eine Entlastung des Staatssäckels. Die Kollegin Tokyürek hat ja bereits vorgerechnet, wie teuer eine Nacht oder ein Tag im Knast ist. Es geht ja nur um ganz kurze Haftstrafen. Der Aufwand, der für diese Haftstrafen getroffen wird, ist immens und rechtfertigt in keiner Weise den Nutzen. Lieber Kollege Petelkau, schade, dass sich die CDU die Gelegenheit zur Entlastung des Staatssäckels hier entgehen lässt.

Drittens: Es geht nicht darum, dass der KVB ein finanzieller Schaden entsteht.

(Bernd Petelkau [CDU]: Doch! Größer!)

Ganz im Gegenteil. Ich persönlich glaube, dass durch die geringere Verfolgung, durch den geringeren Aufwand bei der KVB, Strafanträge zu stellen, hier Ressourcen geschont werden können.

Viertens, Herr Kollege Petelkau, passen Sie genau auf: Es geht uns um eine Frage der Gerechtigkeit. Wer in Köln 2,40 Euro spart und parkt, ohne einen Parkschein zu ziehen, der bekommt ein Knöllchen in Höhe von 15 Euro. Und wer in Köln 2,40 Euro spart oder sie nicht hat, um vom Rudolfplatz zum Chlodwigplatz zu fahren, der soll ins Gefängnis. Das ist nicht gerecht, und das hat mit Rechtsstaat nichts zu tun!

(Lebhafter Beifall - Zuruf von (Bernd Petelkau [CDU])

Herr Petelkau, bevor Sie hier das Hohelied des Rechtsstaats singen, entscheiden Sie, welche Wertung Sie hier vornehmen.

(Weitere Zurufe von Bernd Petelkau [CDU])

Last but not least, Herr Petelkau, vielleicht passt Ihnen und der CDU ja der Vergleich mit Düsseldorf. Denn es war der CDU-Oberbürgermeister in Düsseldorf, der ehemalige Stadtdirektor dieser Stadt Köln, der genau das in Düsseldorf eingeführt hat. Und selten sage ich es: Manchmal kann man sich auch aus Düsseldorf etwas abschauen. - Vielen Dank. Stimmen Sie dem Antrag zu.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der LINKEN und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Froh das Wort.

Manuel Uwe Froh (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Damen und Herren im Saal und außerhalb des Saals! Ich spreche den Dank nach der Rede direkt zu Beginn aus. Vielen Dank an die FDP für diesen Antrag. Diesen tragen wir natürlich sehr gerne mit, denn das Problem ist folgendes - ich wiederhole es noch einmal, damit es verständlich wird, und erkläre es anhand eines Beispiels -: Vielleicht kennt Ihr alle den Freiheitsfonds. Die haben vorgestern einen „Freedom Day“ gehabt. Das war nicht der erste.



Und an dem Tag kauft der Freiheitsfonds Menschen frei, die ohne Fahrschein gefahren sind und so in den Knast gewandert sind. Übrigens, Herr Görzel, es sind meistens nur ein paar Tage. Wenn du aber Wiederholungstäter bist, kann es auch vorkommen, dass du ein paar Monate für „keinen Fahrschein“ im Knast bist. Also: Monate im Gefängnis sitzen dafür, dass man 2,40 Euro für den Fahrschein nicht hatte.

Der Freiheitsfonds hat bisher in den letzten Jahren knapp 900 Menschen befreit. In diesen Gefängnissen sitzen Menschen, die sich diesen Fahrschein oder die 60 Euro nicht leisten können - im Gegensatz zu den meisten Menschen, die hier zum Beispiel im Rat sitzen, wahrscheinlich. Sie brauchen möglicherweise diesen ÖPNV, weil sie zum Amt fahren müssen. Sie haben kein Auto, mit dem Fahrrad ist es zu weit. Sie brauchen diese KVB-Fahrt, um zum Amt zu fahren. Das Bürgergeld reicht aber hinten und vorne nicht, um sich diesen Fahrschein kaufen zu können. Das führt dazu, dass diese Ersatzfreiheitsstrafe de facto eine Strafe für arme Menschen ist. Sie betrifft reiche Menschen einfach nicht. Sie bestraft Menschen, die kein Geld haben. Der Freiheitsfonds schreibt dazu:

Fahren ohne Fahrschein ist in Deutschland eine Straftat. Tausende Menschen landen jedes Jahr im Gefängnis, weil sie sich kein Ticket für den öffentlichen Nahverkehr leisten konnten. Bis zu ein Jahr sitzen die Leute in Haft.

Ein Jahr!

Die Betroffenen sind überwiegend arbeitslos (87%), ohne festen Wohnsitz (15%) oder suizidgefährdet (15%).

Der Straftatbestand wurde 1935 von den Nazis eingeführt. Bis heute werden dadurch Menschen fürs Fahren ohne Fahrschein häufig härter bestraft als z.B. Menschen, die angetrunken Auto fahren.

Darüber hinaus ist die Haftstrafe das härteste Mittel, das der Staat zur Verfügung hat. So kann es auch passieren, dass du als Schwarzfahrer auf einmal im Knast sitzt, neben richtigen Verbrechern, die wirklich etwas Schlimmes getan haben.

Vielleicht noch ein letzter kurzer Satz zum Haushalt. Das ist nämlich wirklich ein sehr netter Nebeneffekt. Frau Tokyürek hat es gesagt: 150 Euro im Durchschnitt, in der Spitze sind es bis zu 200 Euro pro Tag, die ein Hafttag kostet. Durch

die Freikäufe des Freiheitsfonds wurden so in den letzten Jahren knapp 13 Millionen Euro gespart, weil wir die Menschen befreit haben. Ich denke, spätestens da sollte man dann vielleicht sagen: Dem können wir hier zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Spehl das Wort.

Felix Spehl (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Kollegen! Liebe Zuschauer! Sie können es den Antragstellern entnehmen, dass dieser Antrag heute durchgehen wird. Das ist jetzt keine Vorwegnahme, aber nichtsdestotrotz möchte ich Ihnen gerne begründen, warum wir als CDU diesem Antrag nicht folgen werden. Starten wir mal mit dem Antrag selbst und der Tatsache, dass die KVB schon viel in diesem Thema macht. Dieser Antrag stellt jetzt diese Mitarbeiter, diese Verantwortlichen als eiskalte Menschen dar, weil die nicht abwägen, nicht entscheiden können, wo ist es jetzt richtig und wo ist es jetzt nicht richtig, einen Strafantrag zu stellen? Das ist gegenüber diesen Menschen eine Frechheit.

(Zurufe von der FDP und Volt)

Zweitens. Wir sind uns ganz sicher, lieber Herr Görzel, dass diese Menschen die gebotene Sorgfalt walten lassen, bei dem Einzelfall zu entscheiden, was jetzt richtig und was falsch ist. Wenn Sie da eine andere Meinung haben: auch okay.

Drittens. Wir haben den Köln-Pass für bedürftige Menschen. Also, viele Ihrer Punkte laufen da ins Leere.

So, jetzt der nächste Punkt. Sie schreiben selbst, der § 265a StGB ist ein relatives Antragsdelikt. Das heißt, Ihr Antrag läuft auch sehr stark ins Leere, weil es am Ende des Tages so ist, dass die Staatsanwaltschaft immer noch die Strafverfolgung anstreben kann bei einem besonderen öffentlichen Interesse. Da will ich einfach nur auf eine Entscheidung des Kammergerichts Berlin 2016 hinweisen, die besagt:

Beim dreimaligen Verstoß liegt regelmäßig ein besonderes öffentliches Interesse vor.



Auf gut Deutsch: Die Staatsanwaltschaft kann und wird immer noch weitermachen, trotz dieses Antrages. Also: nur Papier.

So, jetzt wird es ein bisschen technischer. Sorry, aber am Ende produziert dieser Antrag auch eine sehr interessante Rechtslage. Die Weisung, die hier erteilt wird, ist deswegen interessant, weil Weisungen nicht schrankenlos sind. Weisungen haben Schranken im Innern, und das muss man auch beachten, selbst bei einem Beherrschungsvertrag. Da will ich einfach nur mal auf den § 309 Abs. 1 AktG verweisen:

Besteht ein Beherrschungsvertrag, so haben die gesetzlichen Vertreter (beim Einzelkaufmann der Inhaber) des herrschenden Unternehmens gegenüber der Gesellschaft bei der Erteilung von Weisungen an diese die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters anzuwenden.

Umgekehrt, von der KVB-Vorstandsperspektive sagt der § 308 Abs. 2, dass, wenn es offensichtlich nicht den Belangen dient, man dieser Weisung auch nicht folgen muss.

(Beifall bei der CDU)

Ich will jetzt hier nicht behaupten, dass ich das beantworten kann. Das ist Konzernrecht. Ich kann auch nicht beantworten, ob die Weisung der Gesellschafterversammlung das alles abräumt. Aber Sie produzieren hier eine unsichere Rechtslage, die die Organe belastet, die dort sitzen - für nichts. Weil die KVB schon viel macht und weil es ein relatives Antragsdelikt ist und die Staatsanwaltschaft weiterverfolgen wird. So.

Jetzt vielleicht zum letzten Punkt und vermutlich auch zum wichtigsten. Es ist ein absolut fragwürdiger Umgang mit Bundesrecht. Also der § 265a StGB, das kann hier allen missfallen, ist aktuelle Rechtslage. Es ist geltendes Gesetz. Der Deutsche Bundestag hat darüber entschieden, mehrfach. So. Und hier jetzt als Stadt Köln, die mittelbare Staatsverwaltung ist, zu sagen: Oh, das interessiert uns nicht, wir wissen es besser. Also, ich finde, das steht uns einfach nicht. Wir sollten den Bundestag respektieren. Wir sollten den Landtag respektieren und wir sollten die dahinterstehenden Wertungen respektieren. Es ist ja alles schön und gut, dass die Ampel sich vorgenommen hat, das zu streichen. Es ist aber nicht gestrichen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist ein ganz großes Fragezeichen dahinter, ob es gestrichen wird, weil es am Ende die Verkehrsverbünde auf der Bundesebene sind, die gerade im Bundesjustizministerium anklopfen und sagen: Bitte, streicht das nicht, bitte, bitte nicht. Also, es ist jetzt so, wie es ist. Dieser Antrag wird durchgehen. Ich kann das verstehen, ich habe auch die Argumente gehört. Lieber Manfred, ich widerspreche dir ungerne, das weißt du. Aber mit den Gründen, die man hier gesehen hat, sehen wir uns dann doch gezwungen zu sagen, dass dieser Antrag einfach keinen Sinn macht, ins Leere läuft und im Zweifel auch noch eine unsichere Rechtslage produziert. Deswegen werden wir diesen Antrag heute ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Büschges das Wort.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Geschätztes Publikum auf der Tribüne und im Livestream! Wir haben jetzt schon einiges gehört. Herr Görzel, ich hoffe, Sie wundern sich nicht über Ihre schlechten Zustimmungswerte im Bund. Da Sie ja die Vergleiche lieben: Im Ländle hat die FDP diesen Vorstoß ebenfalls abgelehnt.

Herr Spehl, ich vermisste Ihre Eingaben eigentlich sonst bei den anderen Anträgen. Ich bin ein bisschen überrascht, dass es so mit dieser Stärke kommt. Man könnte meinen, es wäre Wahlkampf, bald. Sie - also Herr Dr. Elster, der leider heute nicht da ist - haben in der letzten Ratssitzung das Bündnis mit einer Brandrede verteidigt, und man konnte wirklich merken, dass Sie sich alle noch mal das Bündnis herbeiapplaudieren müssen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Zum Thema!)

Ja, hören Sie genau zu, denn dieser Antrag ist doch sinnbildlich dafür, dass es immer wieder Punkte gibt, wo sich der eine Bündnispartner mit der Faust in der Tasche doch fragen muss: Warum mache ich das eigentlich?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sprechen Sie bitte zur Sache.

(Vereinzelt Beifall)



Matthias Büschges (AfD): Das ist ja zur Sache. Genau das ist ja der Punkt. Und deswegen können wir als echte - und da können Sie von uns noch einiges lernen - konservative Opposition in diesem Rat

(Beifall bei der AfD - Lachen bei der SPD)

nicht erkennen, warum Sie nicht auf diesem Antrag - ja, da können Sie lachen - stehen, als rechter Flügel der Grünen. Wenn der Antrag nämlich im Verkehrsausschuss gestellt worden wäre... Dort sind Sie immer sehr beliebig, was das Abstimmungsverhalten mit den Grünen angeht. Vorab aber, um alle Spannungen zu nehmen: Wir lehnen diesen Antrag natürlich auch ab. Wir glauben, es ist der falsche Ansatz zu denken, dass man die Erschleichung von Leistungen entkriminalisieren kann. Es ist falsch zu glauben, dass man die Strafverfolgung entlastet, nur, weil man Gesetze ändert, Herr Richter. Wenn man nämlich zum Beispiel den Staatsanwalt entlastet, wird das Ordnungsamt oder die Kommune oder wer sich dann darum kümmern soll, eben belastet. Und das kann ja wohl nicht in unserem Sinn sein.

(Der Redner macht eine Pause - Zuruf)

Ich bin noch nicht fertig. Keine Sorge.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Schade!)

Hören Sie gut zu! Drei Viertel der Deutschen lehnen diese Änderung ab. Das ist übrigens fast genauso viel, wie die Ampel in Berlin ablehnt.

(Beifall bei der AfD)

Aber wo wir gerade bei Zahlen sind. Sie schreiben in Ihrem Antrag, dass deutschlandweit 4 400 Menschen wegen der Erschleichung von Leistungen in Haft sitzen. Herr Richter sagt, jeder Vierte davon wegen Schwarzfahrens. Das sind unter 0,1 Prozent der Bevölkerung. Meine Damen und Herren, Herr Richter! Frau Tokyürek, Sie haben es auch gesagt: Es gibt gewisse Spielregeln in diesem Land. Dazu gehört, dass man sich zum Beispiel ein Ticket löst, wenn man in einen Bus oder eine Bahn einsteigt. Das ist nämlich nur fair den Menschen gegenüber, die sich vorher ein Ticket gekauft haben, vermutlich ihren ganzen Monat sogar finanziell um dieses Ticket herum planen, weil sie mobil sein wollen und weil sie das eben ablehnen, schwarz zu fahren.

In der Vergangenheit haben wir aber durch ganz viele Ihrer Anträge schon festgestellt, dass sie alles sind, aber nicht fair. Ich sage Ihnen deswegen:

Wer mit der Bahn fahren möchte und nicht bereit ist, eine Fahrkarte zu kaufen, der begeht eine Straftat. Das sollte man nicht herunterspielen. Es ist ja schließlich kein Parkplatz hinter einem öffentlichen Gebäude für ehemalige leitende Beamte der Stadt. Oder unterscheiden Sie auch, liebe CDU, zwischen guter Erschleichung von Leistungen und schlechter?

Alles in allem ist Ihr Antrag aber genau das falsche Signal an die Bevölkerung. Sie sagen damit, dass man durchaus spekulieren könnte, ab welcher nicht erwischten Fahrt sich das Schwarzfahren dann wieder lohnt. Sie brüskieren damit jeden Menschen, der sich ein Ticket kaufen will. Sie sollten deswegen mit einigen Vorschlägen kommen, die Sie auch wieder in der Realität ankommen lassen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die CDU-Fraktion und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Tagesordnungspunkt

3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Willkommenskultur auch für zahlende Gäste der Stadt umsetzen und leben!" AN/2120/2023

Herr Boyens hat das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Grün*innen! Diese Stadt hat kein Einnahmenproblem. Diese Stadt hat ein Ausgabenproblem. Diese schonungslose Analyse, meine Damen und Herren, verdanken wir der ehemaligen grünen Stadtkämmerin Klug. Sie trifft es auf den Punkt. So ist es nun auch bei der Kölner Bettensteuer, euphemistisch auch als „Kulturförderabgabe“ sprachlich schön getarnt. Wenn es darum geht, den Bürgern und wertschaffenden Milieus ihr sauer verdientes Geld abzupressen, dann ist diese Stadt ganz vorne dabei. So war es nämlich Köln seinerzeit als erste Stadt in Nordrhein-Westfalen, die die Bettensteuer einführte. Nun könnte man darüber noch gegebenenfalls

hinwegsehen, wenn diese Stadt das vereinbarte Geld denn auch in ein sauberes, in ein gepflegtes, in ein einladendes Erscheinungsbild investieren würde, um sich als beliebte Destination für Reisende aus aller Welt zu positionieren. Aber, meine Damen und Herren, weit gefehlt. Erinnert sei an den offenen Brief der Stadtführer an die Verwaltung vom Mai dieses Jahres. Ich zitiere:

Es regt hier keinen Gast an, wiederkommen. Die Leute sagen mir, wenn ich gewusst hätte, was mich hier erwartet, nur Baustellen, Lärm, Dreck, dann wäre ich in eine andere Stadt gefahren. Hierhin komme ich erst mal nicht zurück. Mich zieht hier nichts an. Das ist hier nur abstoßend.

Noch deutlicher wurde ein Tourist in einem offenen Brandbrief an die Oberbürgermeisterin, in dem er seine Erlebnisse mit Belästigungen durch urinierende Personen an der Haltestelle, Exkremente im Fahrstuhl und exzessivem Drogenkonsum in der Öffentlichkeit schilderte. Meine Damen und Herren, dieser Mann muss wohl zu häufig am Neumarkt umgestiegen sein. Diese Stadt - wir haben es als AfD im letzten Wahlkampf gesagt und wurden dafür hart angegangen - ist mittlerweile zum Palermo am Rhein verkommen. Zum Palermo am Rhein!

(Beifall bei der AfD)

Oder wie der grüne Minister, dessen Beruf nicht genannt werden darf, sagen würde; Zitat:

Am Neumarkt sind wir von der Wirklichkeit umzingelt.

Das Ganze, meine Damen und Herren, wird auch nicht besser dadurch, dass wir später heute Nachmittag unter TOP 10.12 der KölnTourismus GmbH weiterhin die Verlustübernahme für die nächsten zehn Jahre garantieren. Köln ist ja bei Touristen ein so beliebtes Ziel.

Ihnen ist die kölsche Willkommenskultur ja immer ein besonderes Herzensanliegen. Nur, Ihr Problem dabei ist: Sie fokussieren sich seit Jahrzehnten mit Ihrer Willkommenskultur auf die falsche Zielgruppe.

(Beifall bei der AfD)

Ja, auch uns von der AfD ist die Willkommenskultur wichtig. Aber wir heißen Touristen und Besucher in dieser Stadt willkommen und zocken Sie nicht mit einer Bettensteuer ab.

(Beifall bei der AfD)

Und wo wir gerade bei Willkommenskultur sind: Wir heißen auch jedes neugeborene Kind in dieser Stadt herzlich willkommen. In Finnland erhalten Sie vom Staat eine Babybox. In Frankreich gibt es großzügige Geld- und Steuergeschenke. In Deutschland erhalten Neugeborene, noch bevor die erste Kindergeldzahlung fließt, eine Steueridentifikationsnummer. Willkommen im Steuerstaat Deutschland! Und wir Bürger zahlen hier die zweithöchsten Steuern der Welt. Was bekommen wir dafür vom Staat? Noch nicht mal drittklassige Leistungen. Die Steuerzahler in diesem Land, in dieser Stadt erleben Tag für Tag einen gierigen, einen übergriffigen Steuerstaat, der es nicht vermag, seine Kernaufgaben auch nur ansatzweise zu erfüllen. Deshalb gilt: Dieser Staat, diese Stadt müssen dringend finanziell auf Diät gesetzt werden. Vor diesem Hintergrund kann man sich - als Finanzpolitiker sollte ich das eigentlich nicht sagen - für diese Stadt nur wünschen, dass sie möglichst bald in die Haushaltssicherung rutscht.

Meine Damen und Herren, stimmen Sie für unseren Antrag. Lassen Sie uns die Willkommenskultur auch für selbstzahlende Gäste in dieser Stadt endlich leben. Ceterum censeo migrationem illegale esse sistendam.

Meine Damen und Herren, insbesondere an den Endgeräten: Bleiben Sie jetzt dran. Uns wurde zugetragen, wir hören hier gleich eine Replik auf diesen Antrag von den Spezialdemokraten hier im Ratssaal. Also, schalten Sie ab. Bleiben Sie dran. Gleich geht es weiter. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Boyens, ich gebe Ihnen den Hinweis, dass Ihr Antrag keinen Deckungsvorschlag enthält. Das ist ja Geld, was im Haushalt fehlt, und damit muss dafür ein Deckungsvorschlag gemacht werden. Damit kann der Antrag nach unserer Geschäftsordnung nicht beraten und beschlossen werden. Sie haben ihn jetzt begründet. Möchten Sie den Antrag anpassen oder werden Sie ihn in dieser Form aufrechterhalten?

Stephan Boyens (AfD): Wir erhalten ihn in dieser Form aufrecht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen, ob wir zum

nächsten Punkt der Tagesordnung übergehen. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen vom Antragsteller. Enthaltungen? - Keine. Dann gehen wir zum nächsten Punkt der Tagesordnung über.

Tagesordnungspunkt

3.1.3 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Hock-Urinale"
AN/2109/2023

Herr Hock hat das Wort.

Michael Hock (Die FRAKTION): Liebe Frau Reker! Meine Damen und Herren! Liebe alle! Wenn wir Sie in der Vergangenheit nicht überzeugen konnten mit so vielen und so guten Anträgen, so lag das sicher nicht an unseren Anträgen. Eine Bierpreisbremse, ein Dezernat für Klüngel und Fastelovend, Saufenthaltszonen - kein vernünftiger Mensch kann das mit guten Argumenten ablehnen. Wir befürchten also, missverstanden worden zu sein. Deswegen heute, in versöhnlicher vorweihnachtlicher Stimmung, haben wir etwas mitgebracht, das einfach allen gefallen muss und das für jede politische Couleur verständlich ist.

Hockurinale sind unisex: für Frauen, Männer und alle dazwischen nutzbar. Sie werden hockend genutzt, daher der Name. Die Hockurinale werden im öffentlichen Raum endgültig Ordnung und Sicherheit herstellen. Die Hockurinale sind ein weiterer grüner Meilenstein zur Bekämpfung des Klimawandels. An Hockurinalen herrscht sozialistische Gerechtigkeit und eine freiheitliche Grundstimmung. Liebe Voltis, pullern wie in Berlin. Ich hoffe, wir haben euch auch abgeholt damit.

Es stimmt, dass bereits verschiedene Vorstöße in diesem Bereich gemacht worden sind. Beispielsweise vor einem Jahr, in der Dezemberratssitzung gab es ein Pilotprojekt Toilettendings, irgendwas. Da ist aber nicht viel passiert. Deswegen konkretisieren wir das heute mit einem knackigen Namen und einem wegweisenden Projekt. Gerne geschehen. Danken Sie uns nicht dafür. Wir rechnen auf Ihre Zustimmung. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte sehr.

Lukas Lorenz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Hock, Laudatio auf sein Denkmal hält

man eigentlich nicht selbst, sondern lässt das andere Fraktionskolleginnen und -kollegen machen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Jetzt zu meiner Rede. Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Männer dürfen schon lange kostenlos Urinale nutzen, weil sie sonst überallhin urinieren. So war damals die Begründung der Beschlussvorlage, als das eingeführt worden ist. Unseren Antrag zur kostenlosen Nutzung von Toiletten habe ich schon letztes Jahr mit dem Aufruf an alle Frauen verbunden, wenn es keine kostenlosen Urinale für Frauen gäbe, einfach mehr wild zu urinieren. Das ist natürlich keine vernünftige Lösung für das Problem. Deshalb ist die Forderung von der Fraktion Die FRAKTION richtig, mit den sogenannten Hockurinalen kostenlose Urinale, egal, wie man urinieren kann oder möchte, zu schaffen. Und seien wir mal ehrlich: Die wenigsten Menschen setzen sich auf öffentlichen Toiletten wirklich hin. Die, die es trotzdem wollen, können dies auch künftig auf kostenpflichtigen Toiletten machen. Jeder Schritt zu mehr Gleichberechtigung von Männern und Frauen unterstützen wir als SPD-Fraktion gerne und freuen uns, wenn dieser Antrag heute in seiner Einfachheit beschlossen wird. - Vielen Dank!

(Beifall bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich Herrn Froh auf der Rednerliste.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

Manuel Uwe Froh (Volt): Uli, als offizieller Toilettenbeauftragter des Bündnisses halte ich mich kurz. Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Damen und Herren! Vielen Dank. Ich halte mich wirklich kurz, weil unser erster Reflex auch war: Hm, coole Idee - mehr Toiletten! Aber wenn man sich da ein bisschen mehr mit dem Thema auseinandersetzt, ist es dann doch nicht mehr ganz so cool. Es ist in der Tat theoretisch gendergerecht und neutral, weil beide Geschlechter, alle Geschlechter sich hinhocken können. Aber seien wir ehrlich: Wir alle wissen, wie Männer drauf sind. Die setzen sich nicht zwingend alle da hin. So.

Viel wichtiger ist der zweite Punkt. Wir sind in der Stadt Köln schon viel weiter, nämlich mit Toiletten,

die mindestens barrierearm, im besten Fall aber barrierefrei sind. Diese Toiletten sind genau das Gegenteil von Barrierefreiheit.

(Ulrich Breite [FDP]: Ach was! Aha!)

Menschen, die sich nicht hinsetzen können, können diese Toiletten nicht benutzen. Allein deswegen müsste man diesen Antrag schon ablehnen. Deswegen noch ein kleiner Gedanke zu „es ist nichts passiert seit dem Antrag letztes Jahr, den das Bündnis gestellt hat“. Erst am vergangenen Dienstag ist die erste Toilette aufgestellt worden. Das hätte man verfolgen können, weil die Presse da war. Es gab einen großen Bericht im WDR. Die nächste Toilette wird in Q1 2024 aufgestellt, und das gesamte Geld, die Millionen Euro, die dafür im Haushalt hinterlegt worden sind, werden selbstverständlich im Jahr 2024 ausgegeben, so dass wir eine ganze Reihe von neuen barrierefreien Toiletten bekommen werden, die darüber hinaus sogar noch wirklich Umweltschutz betreiben, weil wir ja unseren Unrat wieder in den Kreislauf bringen und anschließend verwerten. - Vielen Dank dafür. Wir lehnen den Antrag natürlich ab.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt über den Antrag abstimmen. Wer dem wünscht zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, Die FRAKTION und DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Herr Zimmermann und die KLIMA FREUNDE & GUT enthalten sich Dann ist er trotzdem abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

3.1.4 Antrag der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend "Transparenz auf der Ost-West-Achse"
AN/2119/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, und Volt
AN/2169/2023

(Lukas Lorenz [SPD] verlässt mit den Worten „Jetzt muss ich mal auf Toilette“ den Ratssaal)

Auf der Rednerliste ist natürlich die Antragstellerin: Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (KLIMA FREUNDE & GUT): Danke fürs Abmelden. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer und Zuschauerinnen! Es muss für Bürgerinnen und Bürger möglich sein, am Geschehen dieser Stadt teilzunehmen und ihre Veränderung nicht erst festzustellen, wenn Fakten geschaffen wurden, sondern diese aktiv zu begleiten und teilhaben zu können. Transparenz ist ein Mittel, das in einer modernen Gesellschaft zu Recht gefordert wird, auch um Fehler aus der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Mit unserem Antrag zur Ost-West-Achse wollen wir genau dies erreichen. Die Menschen sollen umfassend und gut dargestellt über bisherige Ergebnisse seitens der Stadt informiert werden - in Schrift und Bild. Es muss möglich sein, sich in einem absehbaren Zeitraum über Varianten und ihre Auswirkungen zu informieren. Bislang ist alles wahnsinnig kompliziert, wirkt versteckt, ist unvollständig oder nicht lesbar für Menschen, die sich eben nicht täglich mit dem Aus- und Umbau von öffentlichem Nahverkehr beschäftigen.

Gerade die Auswirkungen, die eben nicht ausschließlich den Verkehr betreffen, sind hier nicht transparent dargestellt. Wie werden die Baustellen aussehen? Was ist mit alten Kirchen? Wie wird die Lage des Einzelhandels, wenn wir vielleicht riesige Baustellen, Umleitungen, Einhausungen etc. haben? Wie viele Gräber, Scherben und Blindgänger werden wir vorfinden? Die Gutachten zum Neumarktbrunnen haben uns da bereits einen vielversprechenden Ausblick gegeben: Eine ganze Menge.

Welche Kriterien werden am Ende zu einer Entscheidung führen? Ist es wirklich die beste Fördermöglichkeit, ungeachtet der Auswirkungen auf Mensch und Umwelt? Oder entscheiden wir nach zukunftsorientierten Lösungen auch für die kommenden Generationen, die noch Auswirkungen unserer Entscheidung tragen werden?

Im Änderungsantrag schreiben Sie vom „wichtigsten Nahverkehrsprojekt des Jahrzehnts“. Da frage ich mich: Welches Jahrzehnt meinen Sie? Denn je nach Entscheidung wird es diese Zeit locker übersteigen. Je nach Variante kratzen wir sogar am Jahrhundert. Ich weise darauf hin, für die, denen es vor lauter Betonkacheln bisher unbekannt war: Köln ist eine alte Römerstadt. Wie aus der Antwort der Verwaltung in 4.4 hervorgeht, möchte man die archäologischen Auswirkungen aber erst nach dem Variantenentscheid prüfen. Da möchte ich mal ganz unverblümt fragen: Seid ihr jeck? Ja, Halleluja! Achtung, jetzt Rheinische Verlaufsform.



Das sollten wir prüfen und sichtbar darstellen, bevor wir am Bauen, am Dransein sind. Entscheidet man sich am Ende für einen Tunnel, muss die Bahn auch durch diesen 90 Jahre lang fahren, um sich ökologisch zu rentieren. Von einem Jahrzehnt sprechen wir eher bei einer oberirdischen Variante. Deswegen lässt mich Ihr Änderungsantrag einen leichten Hoffnungsschimmer am Horizont erahnen.

Jetzt wünscht man sich sogar Verkehrsversuche. Eine Testbahn von 90 Metern soll durch die Innenstadt gondeln, ohne die dafür ausgelegten Haltestellen und umgerüsteten Ampeln. Neulich so gestellt im Verkehrsausschuss. Man könnte meinen, dies sei ein Teil von Transparenz. Aber das ist nichts anderes, als zu zeigen: Schaut mal, wie sperrig es oben ist, lasst uns doch lieber einen Tunnel graben. Den ersten Schritt einer echten Transparenz wollen wir hiermit beschließen, mit unserem Antrag. Testläufe, Umbauten, Haltestellen usw. sind zweiter und dritter Teil. In unserem Antrag verweisen wir auf die exzellente Öffentlichkeitsarbeit am Beispiel der Bonner Seilbahn. Hier kann man nicht nur alle Machbarkeitsstudien und politischen Beschlüsse, Bürgerbeteiligungsergebnisse herunterladen, Sie können sich sogar die Flyer der Gegeninitiativen ausdrucken und als Poster an die Wand hängen.

Das Bündnis Verkehrswende schlägt sogar eine Variante mit Beibehalt der 60-Meter-Bahn vor. Das möchten wir auch aufgeführt sehen. Auch davon ist in Ihrem Änderungsantrag nichts mehr zu sehen. Dies gehört aber dazu. Seien Sie doch froh, dass Menschen an den Prozessen teilnehmen und Ihnen eben nicht egal ist, was mit ihrer Stadt passiert. Natürlich schmeckt das nicht immer, aber damit müssen wir umgehen. Lassen Sie uns doch nicht so arrogant sein, wie es Politiker und Politikerinnen vor uns getan haben und gemeinsam gegen dieses Klischee kämpfen, um auch wieder für politische Arbeit zu begeistern.

Und die, die immer als erste für die Wirtschaft und den Einzelhandel wettern: Was erzählen Sie bislang den Leuten, wie es vor ihrer Ladentüre in naher Zukunft aussehen wird? Aktuell können Sie sich nur mit einer Glaskugel hinstellen, da über Einhausung, Gestaltung und Dauer nichts wirklich bekannt ist. Dann ist es eben nicht der böse Verkehrsversuch. Es ist eben nicht der blöde Autogegner. Es ist nicht Corona und nicht - zumindest nicht spontan - das gemeine Internet. Dann sind es mangelnde Informationen, die einen nicht darauf einstellen können. Demnächst können Sie immerhin auf die exzellente Seite der Stadt Köln

verweisen, die dieses in gut dargestellten Zeitachsen und Grafiken darstellt. Die Nord-Süd-Verbindung ist nicht mal fertig, aber bereits jetzt katastrophal. Lassen Sie uns das nicht in alle Himmelsrichtungen wiederholen und stimmen Sie unserem Antrag zu. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich auch im Namen der Änderungsantragstellenden Fraktionen vielleicht ein paar Dinge geraderücken bzw. den Zeitablauf, den wir uns für die Ost-West-Achse gegeben haben, nochmal zu erläutern.

Erstens, glaube ich, lässt sich durchaus festhalten, dass die Informationen, die bisher schon zum weiteren Ausbau, zu den Planungen der Ost-West-Achse vorliegen, tatsächlich auf den Seiten der Stadt Köln noch nicht ganz so einfach zu finden sind, auch für geübte Nutzerinnen und Nutzer des Ratsinformationssystems und der städtischen Homepage. Von daher haben Sie da durchaus einen, ich will mal sagen, wunden Punkt getroffen. Darauf gehen wir in unserem Änderungsantrag auch ein, um zu sagen, dieses Projekt benötigt am Ende maximale Transparenz, auch, wie es zu entsprechenden Entscheidungsfindungen letztendlich kommt.

Es wurde jetzt aber gerade ein bisschen suggeriert, dass es bisher noch nicht wirklich große Informationen gäbe und nur Planungen vorlägen. Dem ist ja nicht so. Wir haben das politische Begleitgremium, es gibt die Gespräche mit den entsprechenden Initiativen, mit Stakeholderinnen und Stakeholdern etc., die immer zeitnah aneinandergekoppelt sind und sobald alle entsprechend informiert worden sind, die entsprechenden Dokumente auch hochgeladen werden und sich dort auch jeder informieren kann.

Sie sprechen in Ihrem Ursprungsantrag auch Unterlagen an, die jetzt dringend hochgeladen werden müssten, die es aber so noch gar nicht gibt, wo wir aber wissen, dass sie kommen werden. Es gibt noch keine Kosten-Nutzen-Analyse, sonst hätten wir sie ja schon. Ich gehe felsenfest davon aus, und so steht es auch in diesem Änderungs-

antrag drin, dass sobald die entsprechenden Analysen da sind, diese hochgeladen werden, sodass wir uns alle darüber informieren können.

Dann stellt sich die Frage: Wie gehen wir denn mit Gegenvorschlägen um? Wie gehen mit Ideen um, die aus der Bürger*innenschaft kommen? Wir haben uns auch in der Fraktion länger damit auseinandergesetzt: Ist es dann Aufgabe der Stadt, den privaten Initiativen, die sich darum kümmern, sowohl auf der einen Seite als auch auf der anderen Seite? Das Bündnis Verkehrswende wurde schon genannt. Es gibt ja aber auch von interessierter Öffentlichkeit noch weitere Ideen, was man machen könnte, wenn der Tunnel dann da ist, wie das aussieht. Ob das alles Aufgabe der Stadt ist, das am Ende des Tages dort auf ihren eigenen Seiten hochzuladen oder ob nicht die entsprechenden Initiativen, die durchaus über Drähte zu uns politischen Vertreterinnen und Vertretern verfügen, bei uns vorstellig werden können und wir das mit in unsere Beratungen einbringen. Allein schon, dass alle Pläne überhaupt nicht unbekannt sind, weil wir alle ständig darüber sprechen, zeigt, glaube ich, dass es vielleicht gar nicht nötig ist, sie jetzt noch auf der städtischen Homepage zur Verfügung zu stellen. Von daher: Vielen Dank für den Antrag und das Ansinnen, weiter transparent auf der Ost-West-Achse unterwegs zu sein. Wir haben gerne diesen Änderungsantrag gestellt, um das, wo noch nachzuschärfen ist, auch nachzuschärfen, und bitten deswegen um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. - Vielen Dank!

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Auf meiner Rednerliste ist Frau Tokyürek die nächste.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte meine Rede damit beginnen, Sie auf eine Petition und auf einen Brief der Aktionsgemeinschaft Kölner Verkehrswende hinzuweisen. Da sind so unter diesem Label zu finden, zum Beispiel „Attac“, dann „Oben bleiben! Bündnis Verkehrswende Köln“, dann „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“, „Klimawende Köln“, „FUSS e.V.“, „RADKOMM“ usw., die natürlich auch - das ist ja kein Geheimnis - einem Tunnelbau entgegenstehen, entsprechend diese Petition gestartet und auch einen offenen Brief geschrieben haben. Warum erzähle ich das? Nicht, um noch eine Grundsatzdebatte über die Ost-West-Achse zu führen, weil ich denke, wir werden

sie vielleicht nächstes Jahr führen oder vielleicht sogar 2025; mal schauen, wann diese Beschlussvorlage tatsächlich vorliegt.

Deshalb erwähne ich das nicht, sondern einfach aus dem Hintergrund, dass die Stadtgesellschaft ein sehr großes Interesse hat - wirklich ein sehr, sehr großes Interesse -, diese Informationen zu bekommen. Die Ost-West-Achse ist das Projekt überhaupt. Das ist in dem Bündnisantrag, dem großen Antrag ja auch erwähnt worden. Insofern ist es schön, dass jetzt KLIMA FREUNDE & GUT diesen Antrag eingestellt haben. Auch schön, dass es jetzt einen großen Antrag gibt, gemeinsam vom Bündnis, der FDP und der SPD. Das ist toll, dass Sie es aufgegriffen haben. Worum geht es denn? Natürlich geht es um Transparenz, darum, dass es strukturiert ist, dass man tatsächlich alle Informationen findet, weil es wirklich ganz, ganz, ganz viele Kölnerinnen und Kölner betrifft wird. Insofern ist es ein persönliches Erleben, was da kommen wird, wenn man bedenkt - Sie wissen, dass wir als LINKE natürlich gegen den Tunnelbau sind -, dass das die Menschen natürlich auch im Leben einschränken wird. Insofern ist es ganz wichtig, diese Informationen zu bekommen.

Ich möchte aber trotzdem noch mal sagen: Es soll jetzt nicht so aussehen - das hat Herr Hammer gerade erwähnt -, als gäbe es die Informationen nicht. Das ist tatsächlich nicht der Fall. Ich habe selbst im Begleitgremium gesessen. Das war am Anfang doch etwas holprig, dass es nicht öffentlich war. Aber es ist ja mittlerweile so Usus, dass auch die Akteurskonferenzen stattfinden, dass die Akteure darüber informiert werden, wie der Sachstand ist. Also, das alles gibt es. Nichtsdestotrotz, glaube ich, ist es sehr, sehr wichtig, noch mehr Struktur und noch mehr Transparenz reinzubringen. Ich glaube, das sind wir einfach den Kölner Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

Also, wir werden dem Antrag der KLIMA FREUNDE & GUT definitiv zustimmen. Da sind ja ein paar Punkte genannt, die in diesem großen Antrag nicht übernommen worden sind. Aber auch dem Antrag werden wir natürlich zustimmen. Sollte der als erster abgestimmt werden, dann ist leider euer Antrag weg. Aber nichtsdestotrotz ist es gut, dass ihr diesen Antrag gestellt habt.

Ich möchte noch eine Sache erwähnen, die Herr Hammer auch erwähnt hat. Es geht um diese zusätzlichen Varianten, die auf dieser Seite dann verlinkt werden sollen. Klar, man muss darüber nachdenken: Muss man tatsächlich jede Initiative auf der Verwaltungsseite verlinken? Muss man vielleicht nicht, aber andererseits geht es um so

ein großes Projekt und deswegen schadet es ja nicht, wenn man das auf die Seite stellt, verlinkt und sich die Informationen entsprechend beim Bündnis holt. Es ist nicht so, dass die Verwaltung jetzt sprachfähig sein muss, sondern einfach nur eine Verlinkung. Wir sagen ja immer: die Menschen sollen sich engagieren. Jetzt tun sie es. Ich glaube, es wäre gut, wenn es noch mehr Bündnisse wären. Auch die könnte man auf dieser Seite verlinken. Ich glaube, das sind wir einfach der Transparenz wegen schuldig. Deswegen geht der Antrag von KLIMA FREUNDE & GUT einfach viel weiter und wir würden bei der Abstimmung erst einmal natürlich dafür stimmen. Nichtsdestotrotz: Es ist auf jeden Fall eine Verbesserung, der große Antrag mit der Strukturierung und den vollumfänglichen Informationen. Ich glaube, es ist ratsam und sachdienlich, das zu machen. Insofern werden wir beiden Anträgen zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

(Ralph Sterck [FDP]: Nein! Wir haben ja gesagt, dass Herr Hammer für alle redet!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay, gut. Dann frage ich nach weiteren Wortmeldungen. - Bitte schön, Herr Busch.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. Ich würde die Rede des Kollegen Büschges zu Protokoll geben. Ich bringe sie einfach nach vorne. Ich denke, dann haben wir das auch hinter uns. Wir würden auch beiden Vorschlägen folgen, und zwar erst dem der Gruppe und dann dem des Ratsbündnisses und der anderen Untersreiber, aber wir würden uns dann dementsprechend auch so positionieren. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, vielen Dank. Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP und Volt. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthalten sich Die FRAKTION und die KLIMA FREUNDE & GUT. Dann ist der so beschlossen und der Ursprungsantrag entfällt damit.

Tagesordnungspunkt

3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Ehrenamt in Köln stärken: Einrichtung einer/s Ehrenamtslots*in und Erstellung eines Konzeptes zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements in den Veedeln und der Brauchtumspflege"
AN/2122/2023

Frau Helmig hat das Wort.

Maria Helmig-Arend (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen auf der Tribüne oder zu Hause im Stream! Ich freue mich sehr, Ihnen heute unsere Ideen zur Stärkung des Ehrenamtes präsentieren zu können. Es gibt, glaube ich, kaum einen besseren Tag dafür als hier in der Ratssitzung, zwei Tage nach dem Internationalen Tag des Ehrenamtes. Diese Gelegenheit sollten wir doch nutzen, hier ein gemeinsames Zeichen zur Würdigung des Kölner Ehrenamtes zu setzen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Warum sollten wir alle das tun? Köln zeichnet sich nicht nur durch seine reiche Geschichte und kulturelle Vielfalt aus, sondern auch durch das beeindruckende Wirken unserer Ehrenamtlichen. Lebendige Karnevals, Bürger- und Sportvereine, musikalische Events, Ensembles, historische Schützen- und Tanzgruppen prägen das Ehrenamt und spielen eine zentrale Rolle in der Pflege und Weitergabe der einzigartigen Kölner Kultur. Das zeigt zum Beispiel auch ganz eindrucksvoll das Engagement der mehr als 800 Einsatzkräfte in der Freiwilligen Feuerwehr, die ein zentrales Element der Kölner Gefahrenabwehr darstellt. Alle Kölner*innen, die sich in ihren Stadtteilen oder im gesamtstädtischen Kontext ehrenamtlich engagieren, tragen maßgeblich dazu bei, dass unsere Stadt funktioniert. Diese ehrenamtliche Arbeit verdient echte Anerkennung und Unterstützung zur Umsetzung ihrer großartigen Ideen.

Meine Damen und Herren, uns und sicher auch Ihnen berichten viele dieser engagierten Menschen von bürokratischen Hürden, sei es bei der Beantragung von Festen, dem Einholen von Genehmigungen oder dem Einreichen von Konzepten für ihre Veranstaltung. Es darf nicht passieren, dass dieses Engagement im schlimmsten Fall durch bürokratische Hürden im Keim erstickt wird.



Wir haben uns dazu Gedanken gemacht und sind zu dem Schluss gekommen, dass es einer oder eines Lotsen bedarf, der bei der Stadtverwaltung hier Abhilfe schafft. Er oder sie soll bei der Beseitigung bürokratischer Hürden behilflich sein, die zuständigen Ansprechpartner*innen für die Genehmigungen bei der Verwaltung vermitteln und so dafür sorgen, dass Vereinsfeste, Karnevalsumzüge und wohltätige Veranstaltungen reibungslos stattfinden können. Die Vereine und ihre Ehrenamtler*innen sollen sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können und nicht unverhältnismäßig viel Zeit mit bürokratischen Abläufen verbringen müssen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Solch eine Lotsin oder solch ein Lotse soll helfen, schnell an die richtigen Dokumente oder die zuständige Stelle in der Stadtverwaltung zu gelangen. Wer das von Ihnen oder von euch mal probiert hat, weiß, wie mühsam das mitunter sein kann. Mit rechtzeitig erteilten Genehmigungen lässt sich jedoch alles viel leichter organisieren und alle Beteiligten haben die notwendige Planungssicherheit. Und nun kommen Sie mir jetzt bitte gleich nicht mit der Kommunalstelle zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die dringend benötigte Hilfestellung deckt diese Stelle derzeit nicht ab. Dort hilft man eher bei der Vereinsgründung oder bei der Vermittlung von Ehrenamtlichen.

Wir haben noch einen zweiten Vorschlag in dem Antrag, der Ihnen allen heute vorliegt. Wir wollen, dass das Ehrenamt in unserer Stadt funktioniert und die Kölner Kultur und Freiwilligenengagements weiter existieren können. Es braucht auch angesichts der extrem gestiegenen Inflation mehr finanzielle Unterstützung. Ich möchte so verhindern, dass zum Beispiel Veedelszüge künftig wegen Geldsorgen nicht mehr stattfinden können oder Nachbarschaftsfeste, wie zum Beispiel das Großartige am Rathenauplatz, ausfallen müssen.

Daher fordern wir zunächst, dass die Stadtverwaltung ein Konzept zur Stärkung der Veedelsvereine erstellt. Uns schwebt ein Fördertopf vor, aus dem Fördermittel beantragt werden können. Dieser soll es den Vereinen grundlegend erleichtern, Mittel für beispielsweise Anschaffung von Vereinsmaterialien oder zur Begleichung der stetig steigenden Kosten für Sicherheits- und Verkehrsmaßnahmen zu erhalten. Künftig brauchen wir also einen kleinen Beitrag im städtischen Haushalt für die Förderung der Veedels- und Brauchtumspflege.

Wir würden uns freuen, wenn uns heute zumindest die Erstellung eines Konzeptes wie dieses gemeinsam gelingen könnte. Solche Fördertöpfe bekommen schließlich auch andere Kommunen schon längst hin.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ein gutes Beispiel, wie das in Köln schon großartig funktioniert, haben wir mit dem niedrigschwelligen Förderprogramm für das Ehrenamt im Bereich der Obdachlosenhilfe auch schon aufgebaut. Das kann auch in diesem Fall als gutes Vorbild dienen.

In diesem Sinne appelliere ich an Sie alle, das ehrenamtliche Engagement unserer Bürgerinnen nicht nur zu würdigen, sondern aktiv, proaktiv zu fördern. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass die Kölner Traditionen und Kultur weiterhin lebendig bleiben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Frau Helmis-Arend. Ich bitte um Nachsicht, dass ich Sie nicht mit vollem Namen aufgerufen habe.

(Maria Helmis-Arend [SPD]: Rufname Helmis ist okay!)

Jetzt spricht Herr Derichsweiler.

Max Christian Derichsweiler (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ehrenamtliches Engagement der Bürgerinnen und Bürger sind das Fundament einer lebendigen und vielfältigen Stadtgesellschaft. Ohne die vielen Tausenden von Kölnerinnen und Kölnern, die sich in ihrer Freizeit viele Stunden, oft mit sehr viel Herzblut, für unsere Stadt engagieren, ist diese überhaupt nicht denkbar. Diesen vielen Engagierten, in Vereinen, Verbänden, Initiativen, Projektgruppen, aber auch Einzelpersonen, die sich für das soziale Miteinander in unserer Stadt einsetzen, gebührt höchste Anerkennung und größter Dank. Dass daher Ehrenamt und ehrenamtliches Engagement in Köln gefördert und unterstützt werden muss, ist notwendig, folgerichtig und sicherlich über die verschiedenen Fraktionen hinweg Konsens.

Der vorliegende Antrag hat offenbar auch das Ziel, das Ehrenamt weiter zu fördern, schlägt aber



leider Maßnahmen vor, die zum großen Teil in gewisser Weise schon existieren oder gar durch zusätzliche Strukturen Bestehendes noch komplizierter und vielleicht sogar intransparenter machen würden. Insbesondere existiert bereits der von der Stadt Köln geförderte Kölner Arbeitskreis Bürgerschaftliches Engagement und die darin bereits zusammengeschlossenen Freiwilligen- und Vermittlungsagenturen. Sie bieten allen Vereinen, die danach fragen, Beratung und sogar Qualifizierung zur Gewinnung von neuen freiwilligen Engagierten.

Ein Bindeglied für die Ansprechstellen der Verwaltung gibt es auch schon bereits: die FABE, also Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements. Auch entsprechende Mittel stehen auf jeden Fall auf bezirklicher Ebene zur Verfügung, wenn Engagierte dort Bedarf haben. Noch am Montag haben wir im Bürgerbeteiligungsausschuss mit dem Ratsbündnis über ein Förderprogramm Ehrenamt und Klimaschutz verabschiedet und damit weitere Mittel für Engagierte bereitgestellt, die sich insbesondere für den Klimaschutz stark machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die im hier vorliegenden Antrag geforderten Ehrenamtslotsen werden in ihren Aufgaben und Funktionen nicht klar benannt. Ehrenamtslotse ist keine fest umrissene Stelle. Verschiedene Kommunen in NRW und in ganz Deutschland verstehen etwas Unterschiedliches darunter. Es ist bedauerlich, dass die Antragsteller hier nicht die bestehenden Strukturen berücksichtigt oder ihre Forderungen klarer geschärft haben und zeigt letztlich auch eine gewisse Unkenntnis über bestehende Strukturen und städtische Förderbereiche.

Über diesen Antrag und die weitere Stärkung, Weiterentwicklung und auch Förderung ehrenamtlichen Engagements können wir gerne im zuständigen Fachausschuss für Bürgerbeteiligung diskutieren. Hier freue ich mich auch über neue konstruktive Vorschläge. Daher bitte ich stellvertretend für das Ratsbündnis darum, diesen Antrag federführend in die Ausschüsse BAP und AVR zu verweisen. Das aber natürlich erst nach Ende der Debatte. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, ich mache es vom Platz aus. Der Kollege hat gerade eben deutlich gemacht, dass wir alle über die Fraktions- und Parteigrenzen hinweg wissen, wie wichtig das ehrenamtliche Engagement ist. Das war ja auch Anspruch und Intention der SPD. Deswegen halte ich den Vorschlag, den Antrag zu verweisen, für einen richtigen. Das würde unsere Fraktion auch unterstützen.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich jetzt über den Verweisungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die SPD-Fraktion und DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

3.1.7 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Schöner heiraten in Köln" AN/2088/2023

Frau Hoyer hat das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich weiß, unsere Zeit ist geprägt durch Krieg, durch Krisen. Wir haben das auf der heutigen Tagesordnung. Wir haben es eben in dem beeindruckenden Bericht aus Israel gehört. Aber trotzdem gilt für mich, dass es auch in diesen Zeiten umso wichtiger ist, positive und schöne Momente im Leben der Menschen zu feiern. Zweifellos ist eines dieser Ereignisse im Leben die eigene Hochzeit, die meist lange im Vorfeld geplant wird. An die Hochzeit erinnert man sich eben das ganze Leben. Und die FDP ist der Meinung, bei so viel Engagement der Hochzeitspaare muss die Stadt alles daransetzen, dass die Rahmenbedingungen für die Trauung auch stimmen. Mit unserem vorgelegten Antrag wollen wir hierzu den nötigen Impuls geben.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Der Hochzeitstag ist somit nicht nur für die Brautpaare von enormer Bedeutung.

(Zuruf von der SPD: Aber auch fürs Finanzamt!)

Das ist bestimmt richtig. Aber das Finanzamt hat ja nicht unmittelbar was damit zu tun, wie das hier in Köln abläuft. Dieser Tag ist aber auch eine Chance für die Stadt Köln, bei den Brautpaaren

und ihren Hochzeitsgesellschaften in guter Erinnerung zu bleiben. Diese Chance sollten wir unbedingt nutzen.

(Beifall bei der FDP)

Vorab möchte ich allerdings betonen, dass wir bei unserer Recherche im Vorfeld des Antrags mit vielen Paaren gesprochen haben, die gerade geheiratet haben. Wir haben immer wieder gehört, mit welch großer Empathie und Engagement die Standesbeamtinnen und Standesbeamten ihre Aufgabe erfüllen. Dafür unser herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Aber beklagt wurden eher die Rahmenbedingungen: Trauungen im 20-Minuten-Takt, Gedränge und Hektik im Eingangsbereich des Historischen Rathauses, insbesondere, wenn zeitgleich auch noch eine Veranstaltung in der „Piazzetta“ stattfindet. Hier könnte ein eigener Eingangsbereich für die Hochzeitsgesellschaften für Entzerrung sorgen. Eine Idee, die wir vorschlagen, ist die Nutzung des ehemaligen Ratskellers.

Eine weitere Sorge der Brautpaare: Klappt es mit dem Wunschtermin? Das gilt vor allem für Eheschließungen außerhalb des Rathauses, den sogenannten Ambientetrauungen. Dann ist die Location, wie zum Beispiel die Severinstorburg zwar reserviert, aber es fehlt der Standesbeamte, weil die begehrten Wochenendtermine schon wieder ausgebucht sind. Mehr Trauungen außerhalb des Rathauses wären möglich, wenn sich die Anreize für die Beschäftigten der Stadt auch lohnen würden. Neben Standesbeamten, Standesbeamtinnen führen nämlich auch nicht beamtete Mitarbeitende Trauungen durch. Bisher werden diese zusätzlichen Aufgaben durch Freizeit ausgeglichen. Das bedeutet aber häufig, dass die Beschäftigten dann innerhalb der regulären Arbeitszeit in ihren eigentlichen Ämtern fehlen. Bei den personellen Engpässen der Verwaltung, die wir alle kennen, ist das nicht unbedingt wünschenswert. Die FDP schlägt deshalb vor, dass die Überstunden auch ausbezahlt werden können.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, gerade in Zeiten, wo immer mehr Menschen der Kirche den Rücken kehren, gewinnt die standesamtliche Trauung an Bedeutung. Wurden früher zu der kirchlichen Feier Familie und Freunde eingeladen, findet diese wichtige Zeremonie heute meist im Rathaus statt. Und da hätten die Verlobten doch schon mal

gerne mehr als 30 Personen dabei. Ich frage mich: Warum soll das nicht auch im Rathaus möglich sein? Warum soll eine Trauung nicht länger als 20 Minuten dauern? Warum können nicht mehr Trautermine für Trauorte in besonderem Ambiente, das heißt, außerhalb des Rathauses, angeboten werden? Ich denke, das wäre alles möglich. So könnte der Muschelsaal oder der Weiße Saal als weitere Trauzimmer genutzt werden. Wenn Trauungen außerhalb des Rathauses länger als 20 Minuten dauern können, muss dies doch auch im Rathaus möglich sein.

Eine weitere Idee in puncto Serviceorientierung ist mir in unserer Partnerstadt Esch-sur-Alzette aufgefallen. Hier werden die Hochzeiten technisch aufwendig und per Livestream übertragen. So können auch Angehörige aus den Herkunftsländern der Brautleute sowie kranke Verwandte den Trauakt verfolgen. Ein solch professionelles Angebot, welches bestimmt besser ist als irgendeine Handyaufnahme von einem Gast, wünscht sich die FDP auch für Köln.

All diese Maßnahmen sind gut für die Hochzeitspaare, aber auch für den Auftritt unserer Stadt. Wenn sich die Stadt bei Hochzeiten service- und dienstleistungsorientiert zeigt, macht sie Punkte bei ihren Bürgern und Bürgerinnen.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie für mehr Service für Brautpaare, mehr finanzielle Anreize für städtische Beschäftigte, mehr Imagegewinn für unsere Stadt sind, dann sagen Sie: Ja! Ja zu unserem Antrag.

(Heiterkeit)

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Richter das Wort.

(Zurufe)

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank für den Antrag. Wir hatten ja schon ähnliche Anträge in den letzten Ratsperioden. Lasst uns mal in Ruhe würdigen, im AVR, dass wir da noch ein bisschen operativer reingehen, weil es sehr operative einzelne Kuchenstücke waren. Deswegen stellen wir den Antrag fürs Bündnis, dass wir in den AVR verweisen müssen, um da noch ein bisschen zu schärfen. Einzelne Punkte kann auch der Volker Görzel noch gut beraten, die er im letzten AVR zu Überstunden gehört hat.



Deswegen: Gerne stellen wir nach der Debatte den Antrag und verweisen ihn in den AVR. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Krupp das Wort.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Hoyer! Ich wünschte, zu Ihrer letzten Ratsitzung könnte ich Ihrem Antrag einfach zustimmen. Sie persönlich hätten das verdient.

(Beifall)

Ganz so einfach können wir es uns aber leider doch nicht machen. Meine Damen und Herren, ich will das kurz halten. Wir brauchen nicht die ganze Redezeit. Für viele, das ist keine Frage, ist die Hochzeit der schönste Tag im Leben, und auch die Stadt sollte alles dafür tun, dass er das werden kann. Ich persönlich bin zwar glücklich liiert, aber nicht verheiratet. Aber ich war schon öfters Trauzeugen in diesem Rathaus.

(Zuruf)

Insofern weiß ich zumindest entfernt, wovon ich rede. Es ist nicht zu spät. Genau. Meine Damen und Herren, wir müssen aber auf der anderen Seite bitte auch im Blick behalten: Die Stadt ist nicht der bessere Wedding Planner. Das muss man auch mal ganz klar sagen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das alles ist gebührenfinanziert und diese Gebühren im Rahmen zu halten für alle, die dort getraut werden wollen, die vielleicht auch gar nicht so einen großen Aufwand im Rathaus wollen, das ist schon wichtig. Deswegen wären wir auch sehr dafür, dass dieser Antrag gewürdigt wird, dass der zur Prüfung in den AVR geht, dass die Verwaltung dazu ausführlich Stellung nimmt. Und ich sage mal: Da, wo man die Situation für die Brautpaare mit kleinem Aufwand noch mal verbessern kann, wird sich keiner verschließen, das ist keine Frage. Dort allerdings - das kann ich jetzt schon ankündigen -, womit erhebliche Gebührenerhebung verbunden wären, das bleibt zu prüfen. Da würden wir uns als SPD doch eher nicht sehen. Denn es gibt - das muss man ja der Ehrlichkeit halber auch

sagen - heute schon viele Möglichkeiten, außerhalb des Rathauses mit städtischen Standesbeamten sehr aufwendig und sehr schön zu heiraten. Insofern ist da niemand aufgeschmissen. Aber lassen Sie das uns in Ruhe im AVR beraten.

Was die Überstunden angeht, fürchte ich, kenne ich die Antwort der Verwaltung, denn das Thema Überstunden hatten wir schon öfters im AVR, dass das eben nicht so einfach möglich ist, das in Geld auszugleichen. Gerade im Beamtenrecht ist es nicht möglich und bei den Angestellten auch im Tarifrecht nicht so ohne Weiteres.

Aber Frau Hoyer, wie gesagt, Ihnen würde ich gerne den Gefallen tun, zuzustimmen. Verdient hätten Sie es. Es geht an der Stelle nicht. Deswegen: Wir nehmen es aber mit in den AVR, ja? - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Feuser hat jetzt das Wort.

Inga Feuser (KLIMA FREUNDE & GUT): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe FDP! Liebe Zuschauer*innen! Ich mache es kurz vom Platz, denn so viel habe ich nicht zu sagen. Es ist natürlich wunderbar, dass wann immer Menschen heiraten wollen, sie die Möglichkeit haben, das in unserem wunderschönen Rathaus zu tun. Aber die Frage, wie Menschen diesen Tag begehen möchten, ist aus unserer Sicht doch ein ziemliches Privatvergnügen. Es gibt so viele Dinge in dieser Stadt, für die wir Geld ausgeben müssen, um unsere Stadt gerechter und lebenswerter zu machen. Die sehr private Entscheidung für eine Hochzeitsfeier - oder für eine pompösere Hochzeitsfeier - gehört sicherlich nicht dazu. Dazu kommt, dass sich in unserer modernen Großstadt immer mehr Menschen gegen das durchaus konservative Modell der Ehe entscheiden. Und die sollen nun aber eine Werbeveranstaltung für dieses eine Familienmodell mitbezahlen? Das finden wir irgendwie nicht richtig.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Es ist für uns auch nicht ganz erklärbar, warum die FDP, die sonst immer nach Privatisierung ruft, hier nun möchte, dass die öffentliche Hand eine private Feier mitbezahlen soll. - Vielen Dank.



(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt über den Verweisungsantrag in den AVR abstimmen. Wer wünscht, dagegen zu stimmen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

3.1.8 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Gremien PCGK-konform besetzen" AN/2113/2023

Frau Tokyürek hat das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Studie des Fraunhofer Instituts von 2012 stellt fest: Konformismus, Traditionalismus und Hierarchien prägen einen Großteil der Unternehmen in Deutschland. Diese Unternehmenskultur macht es Frauen nahezu unmöglich, in Unternehmen aufzusteigen und einen Kulturwandel von oben zu unterstützen. Nicht genug hat sich seither geändert. Solange Männer in den Leitungsgremien unter sich bleiben, haben sie wenig Neigung, auf die Bedürfnisse von Frauen einzugehen. Zu diesen Bedürfnissen gehören zum Beispiel ein anderer Führungsstil, eine verständnisvollere, bessere Kommunikation, eine andere Art der Kommunikation oder auch die Vereinbarkeit von Familienverpflichtungen mit ihrem Job. Denn zur Realität gehört auch dazu, dass den weitaus größeren Teil der Familienverpflichtung immer noch Frauen übernehmen.

Es macht auch einen Unterschied für Männer, selbst, wenn Männer in den Leitungsgremien weitgehend unter sich bleiben. Warum? Mehr Frauen, mehr Diversität führen zu einer anderen Unternehmenskultur. Und die verbaut man sich, wenn man das anders strukturiert. Eine weiblichere Unternehmenskultur führt zu mehr Jobzufriedenheit. Denn hier ist nicht allein die Lohnhöhe entscheidend. Langfristig ist es wichtig, ein gutes Betriebsklima mit Wertschätzung der Mitarbeiterinnen und gelungener sozialer Interaktion zu etablieren. Hier haben weiblich geprägte Unternehmen tatsächlich die Nase vorn. Jobzufriedenheit ist eine wichtige Ressource für kommunale

Unternehmen, denn sie konkurrieren mit Unternehmen der freien Wirtschaft um zu wenige Fachkräfte.

Unsere Gesellschaft wandelt sich. Menschen haben andere Bedürfnisse, wollen anders kommunizieren, leben und arbeiten als noch vor 20 Jahren. Gremien, die wie vor 40 Jahren ausschließlich - oder fast ausschließlich - mit Männern besetzt sind, werden diesen Mentalitätswandel eher nicht nachvollziehen. Sie laufen Gefahr, an den Bedürfnissen der Menschen vorbeizuarbeiten oder zu kommunizieren.

Eine McKinsey-Studie aus dem Jahr 2020 stellt fest: Unternehmen mit hoher Genderdiversität sind um 25 Prozent profitabler, bei gleichzeitig hoher ethnischer Diversität sogar um 36 Prozent. Ich finde, das ist sehr enorm. Führungskräfte neigen dazu, Menschen nach oben zu holen, die genauso sind wie sie. Männliche Führungskräfte bevorzugen Männer in einem ähnlichen Alter und mit einem ähnlichen Werdegang oder Background. Damit diese homogenen Gruppen nicht dauernd reproduziert werden, sind Quoten sehr wichtig. Das hat auch die Mehrheit in unserer Gesellschaft erkannt. Der PCGK-Kodex berücksichtigt dies, aber auch viele Unternehmen, die sich zukunfts- fest aufstellen und besser werden wollen.

Mehr Diversität in den Aufsichtsräten ist nicht allein für einen Kulturwandel im Unternehmen ausschlaggebend. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ein wichtiges Instrument, um Betriebe zukunfts- fest aufzustellen. Damit die Politik eine ausreichend große Reserve an Kandidatinnen hat, sollte sie bereits ihre Kandidatenlisten entsprechend aufstellen. Allerdings ist unser Antrag natürlich nur ein Appell, aber ein wichtiger Appell. Politische Parteien haben das Recht, unternehmensfeindliche und rückwärtsgewandte Beschlüsse zu treffen. Klug ist das allerdings nicht. Deswegen werbe ich für unseren Antrag. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Schneeloch das Wort.

Sandra Schneeloch (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Güldane! Liebe DIE LINKE! Vielen Dank für euren Antrag und für diesen Appell, das ich sehr wichtig finde. Ich komme aus einer Partei, der die Quote ganz



besonders wichtig ist. Sie ist auch eine der wertvollsten Entscheidungen, die wir in dieser Partei getroffen haben; sie zieht sich bis heute durch. Ich verstehe sehr gut, was du sagst, dass wir nämlich in Gremienbesetzungen in dieser Stadt eine Vorbildfunktion haben sollen und müssen.

Ich persönlich bin kein großer Fan von Resolutionen oder Appellen. Du hast auch selbst gesagt, es bleibt natürlich den Parteien selbst vorbehalten, wie sie ihre Listen aufstellen. Da ist auch schon die erste Krux in eurem Antrag. Da würde ich gerne zwei Dinge absichten. Das eine ist die Ratsreservelistenaufstellung der Parteien, die immer noch den Parteien und den Mitgliederversammlungen selbst vorbehalten ist.

Wir machen das nach Quote. Wir haben zur letzten Kommunalwahl sogar eine Liste aufgestellt, auf der mehr Frauen als Männer waren; dennoch sind wir nicht quotiert in diesen Rat eingezogen, weil die Wähler*innen das anders entschieden haben, nämlich so viele Direktwahlkreise uns anzuvertrauen, dass nachher als Grüne hier mehr Männer saßen als Frauen. Das ist auch nicht schön, weil wir sehr für 50 Prozent sind. Ich freue mich aber über jede einzelne Person in meiner Fraktion, die mit dabei ist und einen Direktwahlkreis erringen konnte. Das ist die eine Seite.

Es bleibt jeder Partei selbst überlassen, wie sie ihre Ratsreservelisten aufstellt, und wie sie ihre Direktwahlkreise vergibt. Meistens hat es dann noch nicht einmal auf Kölner Ebene den Ursprung, sondern auf Bundesebene, wie eine Partei ihre Liste aufstellt. Unsere Partei hat zum Beispiel entschieden, entsprechend eine Quote auf allen Ebenen einzuführen. Das ist das eine. Die Parteien entscheiden selbst, wie sie aufstellen. Das andere ist, wie die Wähler*innen entscheiden, wer in diesen Rat einzieht.

Was euer Appell nicht berücksichtigt, ist: Wie wir unsere Gremien nach PCGK besetzen, ist nicht nur Grundlage der Menschen, die dann hier in diesem Rat sitzen. Ihr könnt es selbst entscheiden - wir können alle selbst entscheiden -, ob wir weitere Menschen zum Beispiel in die Aufsichtsräte unserer städtischen Beteiligungsunternehmen schicken wollen. Das müssen keine Ratsmitglieder sein.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Und genau so haben wir das auch getan. Für uns Grüne sitzen vier Personen in Aufsichtsgremien, unter anderem auch die Vorsitzende des Stadt-

werkekonzerns - eine Frau; sie ist nicht Ratsmitglied. Es bleibt jeder Partei selbst überlassen, ob sie diesem Beispiel folgen möchte. Das hat keine Bedingung auf die Menschen, die hier in den Stadtrat gewählt sind. Das ist schon einmal eine Sache, die ihr in eurem Appell vorschlagt, der ich nicht folgen kann. Es liegt also an euch, auch Menschen in Gremien zu entsenden, die nicht Ratsmitglieder sind.

Dann habe ich noch eine Frage an euch. Es geht nicht nur um den PCGK. Klar, habt ihr den PCGK genommen, aber es geht auch generell um Repräsentanz von Frauen in Gremien. Soweit ich weiß, habt ihr einen Ausschussvorsitz. Ist das richtig?

(Zuruf von der LINKEN: Ja!)

Der ist auch von einem Mann besetzt. Das könnt ihr natürlich auch anders machen. Wenn ihr sagt, ihr habt die Möglichkeit, Gremien mit mehr Frauen auszustatten und zu besetzen, muss man dann auch bei sich selbst anfangen. Deswegen dieser Appell; er ist gehört worden - und auch bei uns angekommen. Wir würden ihn aber aus all den genannten Gründen ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Krupp, bitte.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion DIE LINKE hat definitiv ein gutes Ziel, das wir auch unterstützen. Das will ich ganz ausdrücklich sagen. Das, was Sie, Frau Tokyürek, eben gesagt haben, würde ich vielleicht marginal in manchen Punkten anders sehen, aber im Großen und Ganzen kann man dem, was Sie hier gesagt haben, zustimmen. Wir als Sozialdemokraten fühlen uns - das ist schon sozusagen in unserer geschichtlichen Genetik angelegt - der Parität verpflichtet; auch zwischen den Geschlechtern. Das kann ich auch für uns sagen, ähnlich wie das die Grünen handhaben: Unsere Liste ist quotiert; sie ist nicht nur quotiert, sie ist sozusagen wirklich 50/50 im Sinne eines Reißverschlussystems angelegt. Aber natürlich gilt das, was Frau Schneeloch hier eben auch schon geschildert hat, auch für das Bündnis 90/Die Grünen: Dadurch, dass Wahlkreise teilweise einziehen und teilweise nicht einziehen, ergibt sich dann eben ein anderes Bild, als man es auf Listenebene anlegen kann.



Aber noch einmal: Wir fühlen uns der Parität verpflichtet. Deswegen werden wir Ihrem Antrag heute auch zustimmen. Ich will ausdrücklich nur sagen: Ganz glücklich - so technisch - finde ich den Antrag nicht; denn, wenn man den liest, steht da quasi: Bringt mehr Frauen in den Rat, weil dann mehr Frauen in die Aufsichtsräte können.

Aber muss denn nicht erst einmal der Punkt sein: Bringt mehr Frauen in den Rat? Das hier ist doch das entscheidende Gremium in dieser Stadt. Das hoffe ich jedenfalls. Insofern würde ich nicht das Pferd von hinten aufzäumen und sagen: Ja, bringt mehr Frauen in den Rat, um dann mehr im Aufsichtsrat zu haben - Nein: Bringt mehr Frauen in den Rat, hier in dieses Entscheidungsgremium. Dann folgt alles andere und damit auch die Besetzung der Aufsichtsräte daraus, sozusagen gleichsam automatisch, oder jedenfalls ist sie dann sozusagen möglich. Das hat mich so ein bisschen gestört, dass das so über die Aufsichtsräte kam. Hier geht es doch darum, dass dieser Rat möglichst paritätisch besetzt ist. Das müsste doch das eigentliche Ziel sein.

Insofern: Wir stimmen dem Antrag zu, auch wenn wir das ein bisschen ruckelig finden. Das Ziel stimmt ja; wie wir es erreichen, wird sicherlich schwierig und noch ein langer Weg, auch aus den Gründen, die ich gerade genannt habe, dass eben nicht nur die Listen einziehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Ruffen das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Ich spreche jetzt nicht über die Quote bei der FDP. Wir schaffen das ohne Quote.

(Beifall bei der FDP)

- Nein, die Liste ist halb/halb. Jetzt haben wir eine ungerade Zahl. Das ist eine ganz einfache Rechnung. Aber der einzige Ausschussvorsitz, den wir haben, ist auch weiblich.

(Beifall bei der FDP)

Also: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man hätte es sich tatsächlich einfach machen können. Der Rat ist nicht für Parteiangelegenheiten zuständig. Danke schön. Aber ich will es mir auch nicht so einfach machen; denn

ich verstehe das Ansinnen tatsächlich. Die Grundidee ist eigentlich total richtig. Eine gute Durchmischung des Rates ist wichtig, und Diversität im Rat ist wichtig, um wirklich allen Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden.

Aber lässt sich denn die Diversität durch eine reine Frauenquote überhaupt erreichen? Müsste dann die nächste Forderung nicht heißen: Akademiker, Handwerker, Kaufleute, junge und ältere Menschen, finanziell schwächere oder vermögendere Menschen? Menschen mit und ohne Migrationshintergrund? Das können wir beliebig fortsetzen. Es ist unglaublich wichtig, dass dieser Rat divers ist. Aber eine Frauenquote ist dafür sicher nicht die Lösung. Das reicht nicht.

Davon abgesehen ist sie in meinen Augen ein zahnlöser Tiger, solange sich in den Köpfen nichts ändert. Ich bin als Tochter einer selbstständigen Unternehmerin groß geworden, die überall, wo sie auftauchte, gefragt wurde, wann denn der Chef kommen würde, und ob es Kaffee gäbe. Jetzt könnte man sagen, die Zeiten haben sich gebessert. Aber auch ich, die ich den gleichen Beruf und die Selbstständigkeit gewählt habe, werde häufiger dafür gelobt, wie gut ich mich als mitarbeitende Ehefrau im Betrieb meines Mannes auskenne.

Jetzt frage ich mich, ob eine Quote - übersetzt: Sie hat den Job, das Mandat, den Posten, nur weil sie eine Frau ist -, daran etwas ändert. Konkret auf unser Gremium hier bezogen frage ich mich, ob die Herren im Rat, die sich abwenden und bilaterale Gespräche führen, sobald eine Frau ans Rednerpult tritt, bei mehr Frauen plötzlich zuhören würden -

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

- oder einfach noch mehr Zeit für bilaterale Gespräche hätten, in denen alles wirklich Wichtige geklärt wird.

Es ist auch bezeichnend, dass eben - langsam füllt es sich wieder - die Reihen bei dieser Debatte relativ leer waren. Dass es bei einigen Damen, die nach vorne gehen, sogar schon einmal leise Pfiffe oder Zungenschnalzen gegeben hat, lasse ich hier einmal unter den Tisch fallen. Was ich damit sagen will: Es geht um mehr Respekt. Es geht um Respekt vor Frauen und Anerkennung ihrer Leistung. Das wäre dann ein erster Schritt, und dann haben vielleicht auch viel mehr Frauen Lust, sich in der Politik zu engagieren. Dann wird es von



selbst viel mehr Frauen in diesem Gremium geben; denn wer das möchte, der kann hier hereinkommen. Ich glaube, die meisten Frauen heute schaffen das, wenn sie das wirklich wollen.

Am Ende muss ich wieder sagen, ist es jeder Partei selbst überlassen. Ich denke, dass Parteien ganz gut beraten sind, wenn sie sich divers aufstellen. Der Wähler wird es goutieren oder eben auch nicht. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und KLIMA
FREUNDE & GUT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

Isabella Venturini (VOLT): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Wir können uns diesem Appell, was dieser Antrag letztendlich ist, sehr gut anschließen. Es wurde bereits auf mehrere Hürden oder Schwierigkeiten, die dieser Antrag auch beinhaltet, schon hingewiesen. Das ist auch alles richtig. Natürlich können wir den Parteien in Köln wenig vorschreiben, aber es ist ja auch nur ein Appell, den wir sehr gerne unterstützen; denn es ist unheimlich wichtig, dass auf allen Ebenen der politischen Arbeit hier in Köln darauf geachtet wird, dass hier auch weiterhin diverse Listen aufgestellt werden, dass weiterhin Frauen motiviert werden, direkt angesprochen, gefördert und aufgesucht werden. Auf jeder Ebene ist das wichtig; ich finde das auch ein richtiges Signal, dass wir als Stadtrat Köln uns dazu positionieren und sagen: Das ist richtig so! Das unterstützen wir! Natürlich können wir dann Diskussionen führen und es sehr kleinteilig diskutieren. Aber letztendlich ist das Ziel das Richtige, und das unterstützen wir gerne. - Vielen Dank.

(Beifall bei VOLT und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier im Saal und im Livestream! „Die SED, wie sie leibt und lebt!“ habe ich mir gedacht, als ich mir diesen Antrag der Linkspartei zur Kandidatenauswahl nach Quote bei der Kommunalwahl durchgelesen habe. Diese Partei mag sich in ihrer Geschichte mehrfach umbenannt haben,

aber der Geist ist der gleiche. Es ist jetzt zwar vielleicht nur ein Appell, aber wir wissen, wo die Richtung hingeht.

Es ist das ureigenste Recht einer Partei, für sich zu entscheiden, ob sie Männlein oder Weiblein aufstellt. Es kann gerne jede Partei für sich entscheiden, ob sie nur Frauen oder Männer oder sonst was aufstellt. Der Wähler kann auch danach die Partei aussuchen. Die Quote kann für den einen Wähler etwas Gutes sein - wir hatten hier auch schon den einen oder anderen, der gesagt hat, dass das angeblich ein tolles Markenzeichen sei; und der andere mag es vielleicht ablehnen. Geben wir dem Wähler doch die freie Wahl. Aber freie Wahlen für das Volk? - Damit hatte die extreme Linke in Deutschland immer schon ihre Probleme.

Dann hat der Antrag auch noch einen Denkfehler - das wurde hier auch schon angesprochen -: 45 Ratsmitglieder werden meines Wissens direkt gewählt. Wollen wir dann demnächst Wahlkreise haben, wo nur Frauen oder Männer antreten? Also falls das Altparteienkartell das untereinander ausklüngeln sollte, kündige ich jetzt hier schon einmal an, dass wir als Partei dann immer nur Männer in den Frauenwahlkreisen aufstellen und immer nur Frauen in den Männerwahlkreisen.

(Beifall bei der AfD)

Die Quote wird es niemals mit der AfD geben - nicht nach Geschlecht, sexueller Orientierung oder sonst was, wobei es eigentlich auch nichts ausmacht; denn „Mann“ kann sich demnächst einfach einmal so zur Frau erklären. Der Deutsche Bundestag ist mehrheitlich von Biologieleugnern besetzt. Daher ist das alles möglich.

(Beifall bei der AfD)

Der Antrag ist also überhaupt nicht mehr nötig. Wie gesagt, es ist Sache einer jeden demokratisch konstituierten Partei, ihre Partei selbst auszuwählen. Das nennt sich Demokratie und ist auch so von unserem Grundgesetz vorgesehen. Es ist also schon eine ziemliche Hybris der Fraktion DIE LINKE, deren Bundestagsfraktion gerade aufgehört hat zu existieren, so einen Antrag zu stellen. Das zeigt Ihre linke Überheblichkeit und totalitäre Grundhaltung. Ihre Bundestagsfraktion ist übrigens Geschichte, weil Sie eine Frau - Sahra Wagenknecht - rausmobben mussten.

(Beifall bei der AfD)

Vielleicht hat Ihre Partei auch ein Problem mit Frauen - ich will hier nur an die Sexskandale Ihrer



Partei in Hessen erinnern. Die Fraktion DIE LINKE will wahrscheinlich in bester DDR-Tradition eine große linke Einheitspartei haben, die dann allen anderen ihre Idee eines Ökosozialismus vorgibt - am besten zusammen mit den Grünen. Die anderen Parteien dürfen sich dann so ein bisschen Selbstverwaltung in bester Blockparteien-Manier gönnen, aber bei uns, der AfD, träumen Sie wahrscheinlich davon, dass wir alle irgendwie in ein neues Stasigefängnis kommen: Hohen-schönhausen 2.0. Aber wir werden uns wehren. Wir werden nicht zulassen - das atmet dieser Antrag nämlich -, dass die Unfreiheit in Deutschland wieder Einzug erhält. Wer AfD wählt, wählt die Freiheit.

(Beifall bei der AfD)

Liebe Fraktion DIE LINKE, Sie haben mit diesem Antrag Ihr wahres, totalitäres, undemokratisches Gesicht gezeigt. Demnächst werden Sie uns noch Vorgaben in anderen Politikfeldern machen wollen. Das ist kein demokratischer Wettbewerb, sondern der Versuch von Kartellabsprachen. Aber - das wurde auch schon gerade hier mit Blick auf den Ausschussvorsitz angesprochen - warum tun Sie denn nicht mehr für Frauen in diesem Rat? Herr Detjen oder einer Ihrer anderen Herren könnte zum Beispiel sein Mandat niederlegen. Da würde auch eine weitere Frau nachrücken. Das wäre doch einmal eine Maßnahme, die man ganz ohne die anderen Parteien machen könnte.

(Beifall bei der AfD)

Aber was wollen wir uns groß mit dem Vorschlag einer Partei beschäftigen, die zumindest nach den Umfrageergebnissen auf Bundesebene klar unter 5 Prozent liegt - und das nur, weil sie eine Frau rausgeekelt haben? Die werden dann glücklicherweise auf Bundesebene nur noch sehr gering über diese gesetzlichen Vorgaben reden.

Dann will ich noch kurz auf Frau Tokyüreks Redebeitrag eingehen. Sie stellen sich hierhin als Kommunistin und erzählen aller Welt, Unternehmen seien profitabler, wenn sie divers seien und mehr Frauen hätten. Das mag sein, aber ich gebe Ihnen da einen Tipp: Vertrauen Sie auf den Markt. Das wird nämlich der Markt regeln. Jedes Unternehmen, das auf Profit ausgerichtet ist, wird von sich divers und mit mehr Frauen besetzt sein; denn alles andere kann nicht am Markt existieren. Ich glaube, wir haben genug Beispiele auch aus DDR-Zeiten und auch aus Zeiten der Bundesrepublik. Ich sage nur WestLB, wenn der Staat einen auf Unternehmer macht. Das endet meistens

nicht gut. Deswegen sollte er sich auch aus der Personalauswahl heraushalten.

Wir als AfD werden in Zukunft weiterhin über diese Risiken und Gefahren für die Freiheit wachsam sein, und immer wieder vor dieser linkstotalitären Denke warnen. Deshalb lehnen wir diesen Antrag selbstverständlich ab.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Syndicus das Wort.

Karina Margareta Syndicus (KLIMA FREUNDE & GUT): Ganz herzlichen Dank, Frau Reker. - Liebe Kollegen und Kolleginnen! Verehrte Zuschauer*innen! Ich möchte einmal für die Ratsgruppe mit der aktuell höchsten Frauenquote hier sprechen - wir liegen nämlich bei 100 Prozent.

(Beifall bei der LINKEN)

Was das angeht, was wir eben gehört haben: Diese Partei hat sich wohl auch mehrfach umbenannt und ihr Programm seit den 30er-Jahren nicht wirklich geändert. Es ist unglaublich!

(Vereinzelt Beifall)

Ganz herzlichen Dank an Frau Ruffen. Da möchten wir wirklich eindringlich auch Ihren Appell gerne mittragen. - Vielen Dank.

Es ist natürlich den Parteien selbst überlassen, wie sie ihre Listen aufstellen usw. Aber ich glaube, hier sehen wir einmal wieder, wie wichtig es ist, wirklich darauf zu achten, aber auch die Möglichkeiten zu schaffen, dass mehr Frauen in diese Gremien kommen können, und auch mehr Menschen, die vielleicht nicht in einem kleinen mittelständischen Betrieb arbeiten; denn wir sagen: Ja, man darf in seinem Mandat nicht eingeschränkt werden, man muss an diesen Ratssitzungen teilnehmen können. Das sieht aber ganz anders aus, wenn Sie in einem kleinen Handwerksbetrieb arbeiten, wo dann oft einfach ein Mensch fehlt, wenn er Ausschüsse besucht, Ratssitzungen besucht usw. Das stellen wir uns so einfach vor; das ist es aber nicht. Da müssen wir eben die Möglichkeiten schaffen und auch darauf achten.

Wie es aussieht, ist der Appell da, das in den politischen Gremien zu machen, aber vielleicht haben wir auch tatsächlich ein Steuerungsinstrument in der Hand, wie wir das in unseren Aufsichtsräten in der Stadt gestalten. Vielleicht gibt



es da mehr Möglichkeiten. Deswegen unterstützen wir euren Appell. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Fraktion DIE LINKE, ich stimme eurem Antrag zu - gar keine Frage. Es ist aber ein bisschen irritierend. Ihr seid vielleicht nach der ganzen Debatte auch ein bisschen irritiert. Euer Beschluss umfasst sozusagen schon von der Listenaufstellung des Rates, dass wir dort möglichst Quoten haben sollen. Das ist eine gute Sache. Das unterstütze ich voll. In der Begründung seid ihr dann aber auch bei den Aufsichtsräten; dass der Rat dann später, weil er paritätisch besetzt ist, auch paritätische Aufsichtsräte zum Beispiel bilden soll. Das ist dann schon eine Stufe weite und taucht in eurem Appell leider nicht auf, sondern nur in der Begründung.

Ich möchte mich an dieser Stelle aber dann doch einmal auch auf die Aufsichtsräte beziehen, die alles andere als paritätisch besetzt sind. Da ist, glaube ich, nur eine Frau unter vielen, oder nur ganz wenige. Die allermeisten halten überhaupt gar keine Quote ein. Das ist natürlich ein Unding. Als wir diese Wahl durchgeführt haben, ist mir am Anfang dieser Ratsperiode das auch aufgefallen, und ich hatte mich damit auch intensiver befasst, weil die ganze Wahl, die wir da veranstaltet haben, an sich sehr denkwürdig war - aber das kann man im Archiv nachlesen. Ich habe mich deswegen jetzt hier gemeldet; denn ich möchte so einen Irrtum aufheben. Frau Ruffen - oder wer das vorhin gesagt hatte -, es ist nicht nur ein Appell. Wir haben ein Landesgleichstellungsgesetz, und wir sind schlicht und einfach dazu verpflichtet, diese Quoten in den Aufsichtsräten auf alle Fälle einzuhalten. Das ist nicht nur eine freiwillige Selbstverpflichtung des Rates oder unseres eigenen Kodexes, sondern es ist laut Landesgesetz eine Verpflichtung, das zu tun.

Natürlich ist das etwas kompliziert, das so auch hinzubekommen. Aber da muss man dann auch bei der Wahl und den informellen Bündnissen aufpassen, wer wem welche Stimmen gibt. Da weiß man ungefähr, was am Ende bei dieser Besetzung der Aufsichtsräte herauskommt. Ich hatte

damals, als das so im Sinne der Parität schiefgegangen ist, auch eine Anfrage an Sie, Frau Oberbürgermeisterin, gestellt; denn ich finde den Aspekt juristisch problematisch - ich bin zwar kein Jurist, aber deswegen kann ich so eine Anfrage bei Ihnen gut stellen. Wenn wir Listen für die Aufsichtsräte aufstellen, muss die Oberbürgermeisterin solche Listen nicht eigentlich zurückweisen - so haben Sie damals geantwortet -, wenn diese Listen ganz klar der Parität, dem Landesgleichstellungsgesetz widersprechen? Die Antwort kann man auch nachlesen. Es war eine Anfrage von mir am Anfang dieser Ratsperiode - nur, um das noch einmal ganz kurz in Erinnerung zu rufen. Ich habe die gleiche Anfrage damals auch an die Bezirksregierung gestellt, weil es ja ein Landesgesetz ist, und da aber leider nie eine Antwort bekommen. Von mir bekommen Sie eine ganz klare Zustimmung. Aber bei der Aufsichtsratswahl dann einfach auch besser aufpassen, wem man seine Stimmen gibt. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe jetzt zur Abstimmung auf. Wünscht jemand dagegen zu stimmen? - Das sind die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, die FDP und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

3.1.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke, Volt und der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend „Entwicklung des Osthofs der Hallen Kalk“ AN/2175/2023

Das Wort hat Frau Pakulat.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Wir haben uns schon in der letzten Ratssitzung in einer aktuellen Stunde ausführlich mit den Hallen Kalk beschäftigt. Der Ausstieg der Montag Stiftung aus dem Projekt machte das nötig. Viele der Initiativen, die betroffen waren, waren im Oktober auch hier im Saal vertreten; die Gespräche mit ihnen sind seitdem natürlich weitergeführt worden.

Es ist nach wie vor bedauerlich, dass die Montag Stiftung ausgestiegen ist. Umso mehr müssen wir als Stadt nun versuchen, eine neue Vorgehensweise zur Entwicklung der Hallen auf die Beine zu



stellen. Es hat keinen Zweck, sich nun zurückzulehnen und auf den nächsten Ritter oder die nächste Ritterin auf dem weißen Pferd zu warten, die uns dort die Verantwortung abnimmt. Die Kölner Politik ist sicher selten einig, aber was die Hallen Kalk angeht, haben wir bisher fast immer alle Beschlüsse zusammen und fraktionsübergreifend treffen können. Es gibt einen gemeinsamen Willen, in welche Richtung die Entwicklung gehen soll. Das ist ein ganz hohes Gut, und dieses hohe Gut muss von der Verwaltung auch ernst genommen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Trotz dieser Einigkeit ist jahrelang wenig passiert. 2017 wurde das Werkstattverfahren abgeschlossen und der integrierte Plan beschlossen. Seitdem ist eigentlich real gar nichts passiert. Das sind jetzt sechs Jahre. Ich neige wirklich nicht zum Verwaltungsbashing, aber diese sechs Jahre haben doch bei vielen von uns die Geduld auf eine sehr harte Probe gestellt. Es schien manchmal, als würden sich die Ämter in dieser Stadt gegenseitig überbieten, alle Vorschriften und Regeln herbeizuzitieren, die den kleinsten Schritt nach vorne unmöglich machen. Nichts gegen Brandschutz und Bauvorschriften und Betriebssicherheit von meiner Seite, aber einmal ganz ehrlich: Es ist sehr viel gefährlicher, manche alten Radwege in dieser Stadt zu benutzen, als über den Osthof der Hallen Kalk zu laufen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bei den Radwegen hat sich inzwischen viel getan, muss man sagen, aber es gibt immer noch sehr schreckliche Beispiele.

Neuerdings scheint es aber so, als würde sich aufseiten der Stadtverwaltung einiges tun, um eine frühzeitige Nutzung wenigstens von Teilbereichen des Geländes möglich zu machen. Es scheint so, als würde das Augenmaß und der gesunde Menschenverstand in einigen Ämtern Einzug halten, was mich überaus optimistisch stimmt. Trotzdem bleibt die Entwicklung der Hallen Kalk eine große Aufgabe. Ich glaube auch nicht, dass es nur durch Beschlüsse zu lösen ist. Das ist eine große Aufgabe, für die sich alle anstrengen müssen. Natürlich brauchen wir nicht für alles in dieser Stadt ein ämterübergreifendes Projektmanagement, wie das auf der letzten Sitzung einmal erwähnt wurde; aber diese Aufgabe braucht es. Ohne ein Projektmanagement, das ämterübergreifend geführt und geleitet wird, wird diese Aufgabe nicht zu bewältigen sein. Das ist eine Grundvoraussetzung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mittel- bis langfristig wird es auch viel Geld brauchen. Es ist ziemlich klar, dass weder die Stadt noch die Akteure vor Ort das Projekt in Gänze stemmen können. Umso wichtiger ist es jetzt, mit einer Pioniernutzung zu starten; denn nur im Tun, nur im Handeln wird noch einmal deutlicher, was wirklich in der Zukunft benötigt wird. Es führt bei allen Beteiligten auch zu einem Empowerment. Das ist eine wichtige Bedingung für das Einwerben von Fördermitteln oder auch den Einstieg von Stiftungen.

Stadt und Stadtgesellschaft können mit ihren Aktivitäten vor Ort zeigen, welches Potenzial auf dem Gelände steckt, und wir können beweisen, dass es uns mit der Entwicklung ernst ist. Ich freue mich über die breite Zustimmung zu diesem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kienitz das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal herzlichen Dank für den Verweis auf die Historie des Geländes. Daran will ich mich gar nicht lange aufhalten. Es ist klar geworden - das hat die Debatte der letzten Ratssitzung gezeigt -, dass das hier zu lange gedauert hat. Insofern ist es wichtig, dass wir jetzt einen Schritt weiterkommen. Insofern auch einen herzlichen Dank an Andree Haack, der hier die Fäden in der Hand hat, und dass es doch einen Schritt weiter nach vorne geht. Das kriegen wir zumindest gespiegelt; auch von denjenigen, die in der Verantwortungsgemeinschaft des Osthofs engagiert sind.

Sabine Pakulat hat es gerade gesagt: Die Pioniernutzung ist jetzt wichtig als nächster Schritt. Das zeichnet sich jetzt in den nächsten Wochen oder Monaten ab. Insofern ist das Signal heute auch noch einmal wichtig; denn sonst geht denen die Luft aus. Sie verlieren sonst auch irgendwann die Motivation. Deswegen ist es wichtig, dass Andree Haack und dass die Verwaltung hier jetzt konkret werden und die Pioniernutzung zulassen.

Einen letzten Punkt möchte ich gerne noch einmal festhalten. Den Osthof in den Hallen Kalk muss man noch einmal ein bisschen einsortieren, auch vor dem Hintergrund der Debatte in der letzten Ratssitzung, die wir zum Thema Entwicklungen



hatten, die wir zulassen wollen: eine Entwicklung an Biotopen im gesamten Stadtgebiet, in denen wir Entwicklungen zulassen wollen und auch sollten, die jenseits einer klassischen Projektentwicklung liegt, die jenseits einer klassischen Wohn- und Gewerbeentwicklung liegt. Deswegen brauchen wir so Trittsiegel dieser Nutzungen, wo kulturelles Leben stattfindet, wo kulturelles Engagement stattfindet, soziale Nutzungen auch vielleicht außerhalb der einen oder anderen Wirtschaftlichkeitsberechnung, weil wir doch diese Trittsiegel brauchen. Wenn wir in den Mülheimer Süden schauen, wenn wir nach Kalk schauen, wenn wir nach Ehrenfeld schauen, wissen wir, wie schwierig es ist, auch diese Bereiche zu erhalten. Da ist es uns mit „Jack in the Box“ oder stattdessen gelungen. Insofern finde ich gut, wenn es hier weitergeht. Wie gesagt, unsere Stadt braucht diese Trittsiegel an Erholungsräumen der Stadtentwicklung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Helmis-Arend hat das Wort.

Maria Helmis-Arend (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Liebe Vertreter*innen der Initiativen, auch auf der Tribüne oder draußen am Stream! Liebe Zuschauende! Es ist ganz wichtig, dass wir heute diesen gemeinsamen Antrag stellen. Wir müssen ganz klar auch über den Umgang mit den Ehrenamtlichen unserer Stadt sprechen. Das habe ich heute auch schon einmal vor ein paar Minuten getan. Es ist aber umso wichtiger, weil in der Ratssitzung vom 7. September die Erwartungen von soziokulturellen Initiativen unter anderem - Zitat - als „vollkommen unrealistisch“ bezeichnet wurden. Umso wichtiger ist es, hier heute noch einmal ganz klar den Initiativen die demokratische Stärke zu geben und zu betonen, dass wir wollen, dass sie vor Ort das Gelände erschließen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen uns auch fragen: Was gibt unsere Stadt für ein Bild ab? Das Bild einer Stadt, die zwar über Juwelen wie dieses noch unerschlossene Industrieareal verfügt, diese Juwelen aber sukzessive verrotten lässt; das Bild einer Stadt, die die Initiativen zwar immer wieder lobend erwähnt, sie auch immer wieder zu Gesprächen einlädt, ihnen aber die Tore versperrt, um das Gelände überhaupt betreten zu können.

(Beifall bei der SPD)

Wie passt es also zusammen, dass einerseits diese Initiativen rund um den Osthof in enger Kooperation und auch mit einer starken Transparenz in die Stadtgesellschaft hinein mit großartigen Ideen zur soziokulturellen und gemeinwohlorientierten Entwicklung dieses Geländes an uns herantreten, wir also hier die Chance eines einzigartigen Pilotprojektes vor uns haben, eigentlich auf dem Tablett serviert bekommen, auf der anderen Seite sie aber nicht einmal aufs Gelände lässt? Ja, genau, niemand darf auf das Gelände. Warum eigentlich? - Es ist wieder einmal der härteste Türsteher Kölns: der Brandschutz.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

- Danke. Selbst Teile der Liegenschaftsverwaltung haben in unserem Fachgespräch vorletzte Woche ganz offen dargelegt, dass man sich erst überhaupt einmal ein Bild vor Ort machen müsse, dass sie selbst also auch noch nicht einmal herumgegangen seien. Es ist längst politische Beschlusslage, dass es einen gemeinsamen Gesprächstermin mit den Initiativen vor Ort geben muss und dass es eine Begehung zur Erschließung dieses Ortes geben muss. Dass der Termin meines Wissens mit Herrn Haack noch nicht stattgefunden hat, haben wir, glaube ich, schon erwähnt. Aber meines Wissens ist auch der geplante Termin mit dem Liegenschaftsamt für den 19. Dezember inzwischen geplatzt. Es wäre auch gleich meine Frage an die Verwaltung, ob diese Information so zutreffend ist.

Es heißt also weiterhin scheinbar: betreten verboten. Doch gilt das denn wirklich für alle? - Als ich im Februar gemeinsam mit unserer überragenden Bezirksbürgermeisterin von Kalk das Gelände mit einigen Vertreter*innen der Initiativen vor Ort besucht habe, war es bitterkalt und wir schlichen um das Gelände herum. Das Gelände, das unserer Stadt gehört, war abgeschlossen. Aber auf dem Gelände in dem Innenhof: Wer war da? - Zahlreiche Menschen, Trucks, Kameras, ein kunterbuntes Gewimmel. Da, wo wir eigentlich wollen, dass diese Initiativen Feste feiern, wo wir wollen, dass Kunstausstellungen stattfinden, wo soziokulturelle Kinderangebote stattfinden können. Wer durfte diesen Platz betreten? - Es waren zahlende Produktionsfirmen, und nur diesen Produktionsfirmen habe ich zu verdanken - wahrscheinlich war es illegal; das weiß ich nicht -, diesen Innenhof überhaupt betreten zu dürfen, um mir selbst als Stadträtin einmal ein Bild von dieser Sache vor

Ort machen zu können. Meine Damen und Herren, das können wir uns doch so nicht bieten lassen!

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich habe wiederholt in vielen Kulturausschüssen - im vorletzten, nämlich dem von September, sogar schriftlich - dazu nachgefragt, warum man das so zulässt, und ob dieses Geld aus den Einnahmen der Produktionsfirmen nicht vielleicht auch den Initiativen vor Ort zurückgeführt werden können oder zugeführt werden können.

(Beifall von Mario Michalak [Bündnis 90/Die Grünen])

Bis heute bleibt diese Anfrage aber leider unbeantwortet. In einer Mitteilung aus der letzten Gremienfolge ist dagegen zu lesen: Für die Umsetzung einer gemeinwohlorientierten Nutzung des Osthofs bleibt die Verwaltung weiterhin - Zitat -: „gesprächsbereit“. Meine Damen und Herren, „gesprächsbereit“ sollte uns nicht genug sein!

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Gesprächsbereitschaft reicht nicht. Wir brauchen Proaktivität. Nachdem uns die Montag Stiftung, die wahrscheinlich stressresistenteste Stiftung dieser Art jetzt vielleicht von dannen gesprungen ist, und wenn wir sie nicht zurückbekommen, müssen wir schauen, wie wir das weiterentwickeln. Wir freuen uns daher sehr über diesen Dringlichkeitsantrag, den wir hier gemeinsam aufstellen. Wir hoffen, sollte die Montag Stiftung wirklich nicht zurückgewonnen werden können, dass wir einer gGmbH dort in die Gründung verhelfen. Das wäre genau der richtige Schritt. Außerdem rege ich noch an, dass wir die Politik durchaus an der ganzen Sache beteiligen sollten. Das steht jetzt leider so im Antrag nicht drin. Das hätten wir uns durchaus gewünscht, aber ich bitte hier noch einmal deutlich darum, dass wir da doch stark einbezogen werden. An alle der Appell heute: Bitte lassen Sie Proaktivität mehr sein als nur Gesprächsbereitschaft! - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist sehr viel Richtiges gesagt worden. Das möchte ich nicht alles wiederholen. Ich kann mich

im Wesentlichen den Worten meiner Vorrednerinnen und Vorredner anschließen.

Ich möchte aber noch einmal darauf hinweisen: Wir haben jetzt dieses Desaster mit der Montag Stiftung erlebt. Es war eigentlich nicht ein Desaster mit der Montag Stiftung, sondern es war eigentlich, wenn man es jetzt einmal böse sagt, ein Desaster mit der Verwaltung, dass die Montag Stiftung abgesprungen ist. Das ist jetzt so, wie es ist. Das ist natürlich sehr bedauerlich, aber das muss natürlich ein Auftrag an die Verwaltung sein, jetzt umso intensiver dieses Projekt voranzutreiben.

Die Kollegin Pakulat hat es vorhin schon gesagt: Na ja, es gibt auch so ein bisschen was wie Ungeduld, sowohl in der Bezirkspolitik, bei den Pionierinnen und Pionieren vor Ort als auch hier im Rat. Das kann ich auch unterstreichen. Wir müssen auch einmal ein bisschen verstehen, was uns da in der ganzen Zeit schon entgangen ist. Wir haben da ein Juwel in einem sehr lebendigen Stadtteil, was der Nutzung der Bevölkerung und der Gemeinschaft insgesamt entzogen wird. Das ist natürlich eigentlich schon ein Skandal oder zumindest ein großes Defizit, was wir jetzt möglichst schnell aufarbeiten müssen, damit diese kreativen Leute, die im Sozialen, in der Inklusion usw. unterwegs sind, endlich diesen Ort für unsere Stadt, für unser Gemeinwesen nutzen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn ich noch eine Anmerkung machen darf: Wir haben jetzt hier hauptsächlich über den Osthof gesprochen. Das ist ja auch alles richtig. Wir dürfen aber auch nicht vergessen, dass dieser Osthof sozusagen ein Baustein in einem größeren Areal ist. Wir haben da insgesamt die drei Hallen. Eine wird nach wie vor als Probe-Location für das Schauspiel genutzt. Früher war es eine richtige Spielstätte. Und wir haben noch die beiden Hallen, die einmal als Ausstellungsfläche für das Museum Ludwig genutzt werden sollen. Wir haben da echt ein Riesenpotenzial. Deswegen haben wir uns auch gerne hier heute diesem Antrag angeschlossen, weil wir uns erhoffen, dass, wenn der Rat da jetzt sehr einstimmig noch einmal ein Votum abgibt, die Verwaltung dann gerne unter der Führung des zuständigen Dezernenten, Herrn Haack, jetzt richtig Tempo macht, und wir in ein paar Jahren da etwas sehen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Verwaltung! Im Oktober gab es eine aktuelle Stunde, nachdem die Montag Stiftung sich mit großem Knall aus dem Projekt verabschiedet hat. Zu Recht wurde hier an dieser Stelle in diesem Rat bemängelt, dass das Engagement der Verwaltung bis dahin subperformant war, um es höflich auszudrücken. Böse Zungen sprachen sogar davon: nicht spürbar.

Umso erfreulicher ist es, dass diese Initiative zu diesem gemeinsamen Ratsantrag geführt hat - warum die FDP nicht zu den Unterzeichnern gehört, werde ich gleich am Ende noch kurz ausführen. Wir stehen natürlich nach wie vor zu dem Projekt. Selbstverständlich sehen wir insbesondere auch die Türöffnerfunktion für den Stadtteil Kalk. Wir sehen, dass hier verschiedene urbane Nutzungen möglich sind. Gegen das, was hier genannt wurde, von Klimainitiativen über Theaterinitiativen bis hin zu inklusiven Initiativen, kann niemand sein. Dafür sind wir natürlich auch. Lieber Niklas Kienitz, ich habe heute ein neues Wort gelernt: Trittsiegel. Wenn ich es richtig verstehe, kommt dieses Wort aus der Jägersprache, und bedeutet so viel wie eigenen Fußabdruck, Footprint etc.

(Niklas Kienitz [CDU]: Hast du gegoo-gelt, oder was?)

- Nein, ChatGPT.

(Heiterkeit)

- Ja, ihr lacht. Also, was den einen der ökologische Fußabdruck ist, ist dem anderen das Trittsiegel. Also wir reden hier alle von dem Gleichen. Nur gehört an diese Stelle - und da müssen wir uns, glaube ich, alle ein Stück weit ehrlich machen - auch, welche Kosten damit verbunden sind.

Bei allem Verständnis für die nachvollziehbaren, guten Nutzungen vermissen wir als FDP-Fraktion hier eine klare Finanzierungsaussage. Wir vermissen hier auch klare Brandmauern; denn eines darf nach unserem Dafürhalten auf gar keinen Fall passieren, nämlich dass wir sukzessive zu einem Punkt kommen, an dem es kein Zurück mehr gibt - zu Deutsch: Point of no return. Dann darf es nicht sein, dass wir hier in zwei oder drei Jahren Millionen von Euro zur Rettung dieses Projektes beschließen müssen. Das kommt der FDP-Fraktion

im gemeinsamen Antrag leider zu kurz, weswegen wir nicht zu den Unterzeichnern gehören. Wir werden gleichwohl auch nicht dagegen stimmen. Aber wir meinen, der Rat darf heute keinen Blankoscheck für nachfolgende Räte oder Kämmerinnen aussprechen. Deswegen werden wir heute nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen? - Frau Venturini.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauende! Es geht hier ganz klar um eine Priorisierung, und hier kann ich mich nicht den Worten der FDP anschließen; denn für die Volt-Fraktion steht es ganz klar, dass so ein Projekt absolute Priorität hat. Es kann nicht sein, dass Initiativen in dieser Stadt, die sich ehrenamtlich betätigen und alles dafür tun, etwas in Gang zu setzen, was wirklich einen absoluten Mehrwert für Kalk und für die gesamte Stadt schaffen kann, irgendwie so abgestraft werden, dass dann ihre Initiative, ihre Idee, ihr Herzblut in ihre ganze Arbeit verpufft, -

(Beifall bei Volt und der LINKEN sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

- weil die Stadtverwaltung und weil wir es als Stadtrat nicht in den Griff bekommen haben, zu sagen: Das hat jetzt Priorität! Das muss jetzt angegangen werden. Wir arbeiten hier lösungsorientiert daran und nicht, dass wir ständig die Defizite aufzeigen und einfach nur blockieren. Das kann es einfach nicht sein. Diese Initiativen haben dafür gesorgt, dass sie wirklich einen professionellen Partner an ihrer Seite hatten - die Montag Stiftung -, die das wirklich in petto hat. Die macht das wirklich woanders mit links. Wie kann es sein, dass das hier gescheitert ist? Für uns als Volt-Fraktion ist es absolut wichtig, hier noch einmal zu demonstrieren, dass das für uns Priorität hat.

Wir verschleudern so viel Geld für andere Sachen, wo auch die Finanzierung überhaupt noch nicht klar ist, aber bei so einem Projekt, das wirklich einen sozialen und kulturellen Mehrwert bringen wird, sollten wir dann auf einmal zurückziehen? - Das können wir so nicht mittragen.

(Beifall bei Volt)



Deswegen stehen auch wir mit auf dem Antrag. Es ist absolut wichtig, hier zu zeigen: Wir wollen dieses Projekt! Es darf nicht sterben! Es ist hier auch der dringende Appell an die Stadtverwaltung, das jetzt anzugehen.

Wie Herr Weisenstein schon richtig dargestellt hat, handelt es sich um ein unheimlich komplexes Projekt. Es ist jetzt nicht nur der Ostteil, es ist jetzt nicht nur die VGO, die da zu tun hat, sondern es ist wirklich ein großes stadtentwicklungspolitisches Projekt. Das kann man mit den üblichen Verwaltungsstrukturen so nicht stemmen. Trotzdem bin ich mir absolut sicher und jetzt auch zuversichtlich, dass wir die Strukturen so aufbauen können, dass das machbar wird. Dann wünsche ich mir wirklich gutes Gelingen für uns alle; denn dieser Antrag wird durchkommen. Wir müssen positiv und gemeinsam und wirklich sehr konstruktiv in die Zukunft blicken, damit das auch alles klappen kann. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Büschges das Wort.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die vielen Brandreden, die wir jetzt gehört haben, sind, sage ich Ihnen ganz ehrlich, wenig glaubwürdig.

Herr Görzel, es war übrigens im September, was es eigentlich nur noch schlimmer macht; denn, so wie Sie es jetzt dargestellt haben - Sie haben es nicht einmal geschafft, einen ordentlichen Antrag zu stellen, sondern mussten heute mit heißer Nadel am 07.12. einen Dringlichkeitsantrag schreiben -, da muss ich sagen, da sind Ihre Brandreden wenig glaubhaft. Trotzdem würde ich gerne vielleicht von Herrn Haack zwei oder drei Sätze dazu hören, damit auch wir das etwas besser einordnen können. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Welche Frage stellen Sie? Dann überlege ich, ob ich Herrn Haack das Wort gebe.

Matthias Büschges (AfD): Also, es gibt jetzt die Chronologie seit September, seit der aktuellen Stunde, die wir hatten. Es wurde in die Verwaltung

verwiesen. Ich habe es gerade noch einmal nachgeschaut. Was danach passiert ist, das würde ich gerne wissen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Haack.

Beigeordneter Andree Haack: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir hatten in der aktuellen Stunde darauf hingewiesen, dass wir eine Projektstruktur gegründet haben - oder schon gebildet haben -, die intensiv an der Realisierung der Hallen Kalk arbeitet. Wir arbeiten in allen fünf Projektgruppen das Thema weiter ab. Der Ortstermin ist für den 19. Dezember terminiert. Das haben Sie bereits erwähnt. Mir ist nicht bekannt, dass der jetzt aufgehoben wurde. Das müsste ich noch klären. Zumindest gestern hieß es noch, dass der Termin stattfindet, um die Pioniernutzung vorzubereiten. Wir arbeiten mit den Akteuren gemeinsam an einem Konzept, wie wir die Hallen Kalk, insbesondere den Osthof, weiter umgesetzt bekommen. Parallel arbeiten wir auch daran, mit dem Kollegen Wolfgramm das DOMiD umzusetzen. Wir sind an allen Themen dran, so wie wir Ihnen das in der aktuellen Stunde berichtet haben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Doch. Bitte sehr, Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (KLIMA FREUNDE & GUT): Ganz herzlichen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte zuschauende Menschen! Wenn man so zum Schluss redet, ist alles Tolle schon gesagt worden. Ganz, ganz herzlichen Dank! Ich möchte aber vor allen Dingen den Initiativen danken, die hier drangeblieben sind und noch nicht aufgegeben haben, obwohl es so lange dauert. Ich hoffe, Sie sehen jetzt auch einen Hoffnungsschimmer vonseiten der Politik und der Verwaltung, dass es hier weitergeht, und dass wir anerkennen, dass gemeinwohlorientierte Entwicklung wirklich, wirklich wichtig ist; gerade in einem Stadtteil wie Kalk, wo wir noch diese Möglichkeiten haben. Hier wollen wir zeigen: Wir sind keine Stadt, die immer und immer und immer langweiliger wird und irgendwann nur noch den Dom hat, und nur noch Wohnungen hat - und überhaupt -, sondern dass wir auch etwas Innovatives vorantreiben wollen und



an den Menschen, die hier diese Stadt mitgestalten, festhalten wollen, und diese auch unterstützen. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Syndicus, es ist so schade, dass Sie so wenig von dieser Stadt kennen, sonst würden Sie sie nicht langweilig finden. Man kann Köln finden, wie man will, aber langweilig habe ich noch nicht gehört!

(Beifall)

Karina Margareta Syndicus (KLIMA FREUNDE & GUT): Frau Reker, ich kann Ihnen sagen, ich bin sogar im Kölner Dom getauft, und ich kenne sogar die Stadt außerhalb davon.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber komischerweise habe ich schon alles über Köln gehört, aber nicht, dass es langweilig ist.

(Heiterkeit)

Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen und frage, ob jemand dagegen zu stimmen wünscht. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Die FDP enthält sich. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

3.1.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Ergänzung Struktursicherungsfonds 2023“ AN/2176/2023

Das Wort hat Herr Rudolph.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Nein! 3.1.11 war es! Sorry, das habe ich falsch gesehen! - Frau Schneeloch.)

- Frau Schneeloch.

Sandra Schneeloch (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme damit eigentlich den Tagesordnungspunkt, der da nachfolgend ist, ein bisschen vorweg bzw. ergänze ihn dazu - so heißt ja auch der Dringlichkeitsantrag, nämlich „Ergänzung Struktursicherungsfonds“.

Wir haben uns im letzten Jahr und auch schon in den Haushaltsverhandlungen zu dem Thema mit der Sicherung unserer sozialen Infrastruktur in Köln befasst, und es war uns ein sehr wichtiges Thema. In 2023 haben auch viele Initiativen hier von unserem Förderangebot Gebrauch gemacht, gestärkt natürlich auch durch den Stärkungspakt aus dem Land Nordrhein-Westfalen.

Die weitere Diskussion dazu kommt im nachfolgenden Punkt. Wir möchten aber noch eine Sache für 2023 heilen. Und das ist, dass in der Berücksichtigung der Förderungen Struktursicherung, gestiegene Tarifkosten, gestiegene Energiekosten, die Inflation, die Umweltinitiativen in 2023 nicht mitberücksichtigt worden sind. Deswegen der Dringlichkeitsantrag für uns. Hier wird auch kein neues Geld benötigt. Wir haben hier eine Umschichtung von nicht verausgabten Geldern im Haushalt 2023 vorgeschlagen, wie Sie auch im Dringlichkeitsantrag entsprechend sehen können. Also sehen Sie es bitte als Ergänzung und Heilung der Struktursicherung für 2023. Was wir jetzt 2024 fortblickend machen, wird gleich der Herr Rudolph auch entsprechend ausführen. Da ist auch der Umweltbereich entsprechend mit drin. Daher noch einmal Umschichtung in 2023, um auch da den Umweltinitiativen die Förderung zukommen zu lassen, die viele andere für dieses Jahr genossen haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Erkelenz das Wort.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das ist noch nicht der große Antrag! Der große Antrag ist 3.1.11!)

Gibt es weitere Wortmeldungen zu Tagesordnungspunkt 3.1.10? - Das sehe ich nicht. Dann würde ich gerne darüber abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. Ich rufe den nächsten Dringlichkeitsantrag auf.

Tagesordnungspunkt

3.1.11 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke und Volt sowie der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend "Anpassung des Strukturförderfonds für 2024" AN/2179/2023

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/2180/2023

Jetzt hat Herr Rudolph das Wort.

Floris Rudolph (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen und auch liebe Träger! Wir leben in unsicheren Zeiten - unsichere Zeiten für uns alle. Gerade in diesen Zeiten zeigt sich, was unsere Träger hier in Köln für die Stadtgesellschaft und die Menschen, die in Köln leben, tun. Sie bieten eine Schulter zum Anlehnen, sie geben die Hand für Stabilität und sie geben Motivation, um weiterzugehen. Genau in diesen Zeiten müssen wir uns für unser starkes soziales Netz einsetzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Dafür haben wir als Bündnis im Jahr 2022 im Doppelhaushalt den Strukturförderfonds aufgelegt, jeweils mit 5 Millionen Euro für das Jahr 2023 und das Jahr 2024, um die Mehrbelastungen durch gestiegene Energie- und Personalkosten aufzufangen. Den Strukturförderfonds haben wir frühzeitig aufgelegt, um damals die noch nicht bekannten Preissteigerungen und Auswirkungen teilzukompensieren. Das war wichtig.

Dieses Jahr haben die Mittel ausgereicht, auch dank des Landes mit dem Stärkungspakt NRW. Mit den anstehenden Tarifierhöhungen im nächsten Jahr werden die Gelder aber vermutlich nicht ausreichen. Deswegen beschließen und beraten wir heute hier zusammen diesen Antrag, um die Träger auch in 2024 ausreichend zu fördern. Wir erhöhen die Förderung um weitere 5 Millionen Euro auf insgesamt 10 Millionen Euro in 2024. Zusätzlich zu den 10 Millionen Euro stellen wir sicher, dass auch in den Kindertageseinrichtungen und im offenen Ganztag die gestiegenen Personalkosten - teilweise zumindest - mitfinanziert werden. Dafür müssen insbesondere die Fachdezernent*innen jetzt auch sorgen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Denn: Wenn wir die Trägervielfalt in Köln erhalten wollen, müssen wir jetzt handeln. Die Diskussionen in Bund und Land zeigen, dass die öffentlichen Haushalte stark belastet sind. So auch hier in Köln. Das sorgt zu Recht für Verunsicherung. Die Sorge um die Zukunft, die Sorge vor Kürzungen, Entlassungen oder gar Insolvenz sind bei den Trägern und den Mitarbeiter*innen groß. Wie groß die Verunsicherungen sind, konnten wir in

den letzten Wochen auf den Demos und den Menschenketten in den Gesichtern jeder einzelnen Person sehen. Als Kommune können wir die ausbleibenden Landes- und Bundesförderungen aber nicht auffangen. Aber mit diesem Antrag sorgen wir für Stabilität in Köln. Mit diesem Antrag schaffen wir für 2024 Klarheiten, und mit diesem Antrag sagen wir ganz klar: Wir unterstützen euch!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei Teilen der CDU)

Mit den Erfahrungen aus diesem Jahr werden wir den Strukturförderfonds weiter verbessern. Die Förderrichtlinien, auch beim Eigenanteil, werden unter die Lupe genommen. Hier müssen die Fachdezernate nun prüfen, wie das Verfahren weiter vereinfacht und bürokratieärmer gestaltet werden kann, damit die Hilfen auch wirklich schnell bei den Trägern ankommen.

Die Diskussionen zu den einzelnen Förderkriterien werden wir nicht heute hier führen, sondern im Januar in den einzelnen Fachausschüssen. Und: Der Strukturförderfonds wird auf andere Bereiche ausgeweitet. Meine Kollegin, Frau Schneeloch, hatte das für 2023 schon angekündigt. So werden wir es auch jetzt hier für 2024 für Umwelt ausweiten.

Für die Finanzierung bitten wir die Verwaltung, die Restmittel aus diesem Jahr zu übertragen. Gleichzeitig beantragen wir das Vorziehen der beabsichtigten Ausweitung der Kulturförderabgabe auf Geschäftsreisende in den Juli 2024.

Am Ende möchte ich gerne noch einmal in die Zukunft schauen. Dieser Antrag ist nämlich auch die Bitte an die Fachdezernate, in den Haushaltsaufstellungen für den nächsten Haushalt, diese Personalkostensteigerungen der Träger auch bei den Kitas und OGS zu berücksichtigen und zu behandeln. Wie es konkret aussieht, werden wir dann in den Haushaltsverhandlungen zusammen beraten müssen.

Wir hier im Rat streiten gerne um die besten Ideen. Dafür haben wir heute schon sehr viele und auch lebhaft Debatten gehabt. Aber ich bin froh, dass wir heute zusammen eine unmissverständliche Botschaft senden und alle gemeinsam diesen Antrag unterstützen und sagen: Wir unterstützen euch!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei Volt sowie bei Teilen der CDU)



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich frage jetzt nach weiteren Wortmeldungen. - Herr Erkelenz hat sich als Erster gemeldet.

Martin Erkelenz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Kölner Wohlfahrtsverbände tragen entscheidend mit dazu bei, dass die soziale Infrastruktur in unserer Stadt und der soziale Frieden in unserer Stadt nachhaltig gesichert werden. Um die Stadtgesellschaft auch zukünftig zusammenzuhalten, braucht Köln weiterhin ein stabiles und verlässliches soziales Netz. Die CDU-Ratsfraktion hat hierzu ein Positionspapier entwickelt. Das zeigt: Auch die Kölner CDU steht für ein soziales Köln; und die Träger der freien Wohlfahrtspflege sind Partner der Kölner Bürger, Partner der Stadtverwaltung und auch Partner der Politik zugleich.

(Beifall bei der CDU)

Wer die Lage der freien Träger möglicherweise auch einmal als nicht so dramatisch darstellt - es war in der Presse so zu lesen -, erkennt, dass wenn auch nur ein kleiner Teil dieses gesamten Engagements wegfällt, die ganze Struktur in Schieflage kommen könnte. Das, Kolleginnen und Kollegen, wollen wir mit diesem Antrag bereits im Kern verhindern.

(Beifall bei der CDU)

Selbstverständlich werden wir einen Blick darauf haben, ob und inwieweit der Fonds wirklich auch auskömmlich ist. Mit dem vorliegenden Antrag sollen zusätzlich die Förderkriterien des jetzt gültigen Fonds überprüft und überarbeitet werden. So ist es zwar verständlich und richtig, wenn für Zuschüsse zum Energieverbrauch Eigenanteile vorgesehen sind; jedoch hinsichtlich der Zuschüsse zu Personalkosten sind Eigenanteile unserer Meinung nach eher widersinnig.

Neben dem Erhalt der Trägerstruktur ist weiterhin die Zielsetzung unseres Antrages eine gewisse Flexibilisierung des Strukturförderfonds - der Herr Kollege sagte es eben auch. Nicht ausgeschöpfte Mittel sollen auch den Personalkostensteigerungen im pflichtigen Bereich zugutekommen. Und natürlich sind wir dafür, dass die Mittel, die nicht ausgegeben wurden, in das Jahr 2024 übertragen werden.

Aufgrund der Steigerungen vor allem im Bereich der Personalkosten befinden sich die Träger der Freien Wohlfahrtspflege - und da sind die Träger

in Köln wahrscheinlich nicht alleinstehend - in einem sehr kritischen Zustand. Es drohen Zahlungsunfähigkeiten und Angebotsreduzierungen. So ist das Fazit: Wir benötigen einen überarbeiteten Strukturförderfonds - mehr denn je für ein soziales Köln. Wir sichern die Tragfähigkeit der sozialen Infrastruktur, weshalb ich um Zustimmung zu unserem Antrag bitte. Und vielleicht mit einem Augenzwinkern - ich weiß jetzt nicht, wie die FDP-Kolleginnen und Kollegen sich hier verhalten -: Ich würde mich ganz besonders freuen, wenn heute die FDP da zustimmen kann.

An dieser Stelle: Liebe Katja, danke für die vielen Jahre der guten Zusammenarbeit. Das eine oder andere - ich verrate es hier mal - haben wir ja auch bilateral am Bündnis vorbei geregelt und regeln können.

(Heiterkeit - Christian Joisten [SPD]:
Das sind ja intime Einblicke hier!)

Für die gute Zusammenarbeit möchte ich mich ganz herzlich bei dir bedanken und freue mich, dass du nicht ganz weg bist, sondern im Sozialausschuss uns auch noch erhalten bleibst. - Danke schön.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, bitte gestatten Sie mir eine Zwischenbemerkung. Sie können von mir eine konforme Sitzungsführung erwarten. Und auch hier, bevor wir jetzt wirklich in die Beratung eintreten, ist es so, dass der von Ihnen gestellte Antrag je nach Verständnis und Umsetzung erhebliche finanzielle Folgen hat, die auch deutlich über das in Rede stehende Volumen von 10 Millionen hinausgehen können. Das betrifft insbesondere die Aussagen zu den pflichtigen Bereichen. Hierfür enthält dieser Antrag keine entsprechende Deckung; auch der Änderungsantrag enthält keine entsprechende Deckung. Das muss ich leider feststellen. Deswegen kann ich nur in der Beratung fortführen - sonst stimmt das nicht, was wir hier machen -, wenn Sie diesen Antrag umdeuten in einen Prüfantrag für die Verwaltung, wenn Sie also nicht an diesem Antrag festhalten, so wie er jetzt ist, sondern wenn Sie ihn umdeuten. Wir haben diesen Fall heute schon einmal gehabt. Ich sage Ihnen jetzt auch, es liegt keine Deckung vor. Sie können das in einen Prüfantrag umdeuten, und dann können wir darüber abstimmen. - Zur Geschäftsordnung, Herr Büschges.

(Christian Joisten [SPD]: Vielleicht arbeiten wir die Rednerliste erst mal ab!)

- Nein, wir beraten ja schon.

Matthias Büschges (AfD): Genau. Deswegen stelle ich auch den Geschäftsordnungsantrag auf Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wer stimmt dem Antrag der AfD-Fraktion auf Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt zu? - Die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Ich bitte also jetzt den nächsten Redner oder die nächste Rednerin die Umdeutung zu bestätigen. Dann können wir über den Antrag abstimmen; sonst können wir ihn auch nicht beraten.

(Christian Joisten [SPD]: Aber wir haben doch schon anfangen, zu beraten!)

- Nein, wir haben bisher nur Antragsteller gehört, genauso wie die AfD auch ihren Antrag begründen durfte. Es ist nicht beraten.

(Christian Joisten [SPD]: Wir sind auch Antragsteller!)

- Nein, es war auch nicht ausgemacht, dass der geändert wurde.

(Christian Joisten [SPD]: So geht es nicht!)

Es wird eine Beratungspause beantragt.

(Unterbrechung von
17.07 Uhr bis 17.10 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen und die Türen zu schließen. Wir haben das jetzt geordnet. Das liegt eben daran, wenn Anträge im letzten Moment kommen, dass es dann Verwirrung gibt. Jetzt ist zu differenzieren zwischen pflichtigem und freiwilligem Bereich. Die Kämmerin versucht, das jetzt einmal darzulegen.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! An dieser Stelle, glaube ich, hat es ein Missverständnis gegeben, das jetzt vielleicht klar zu ziehen ist. Der Antrag enthält verschiedenste Bereiche. Zum einen geht es um die Aufstockung des Strukturförderungsfonds, der bisher ausschließlich und alleine für freiwillige Leistungen gedacht ist. Dazu liegt selbstverständlich eine ausreichende Deckung mit den von

Ihnen formulierten Vorschlägen zur Ausweitung der Kulturförderabgabe ab dem 01.07.2024 vor.

Darüber hinaus steht das natürlich unter dem Vorbehalt der im Jahresabschluss zu treffenden Entscheidung der Kämmerin über die in 2023 nicht ausgeschöpften Mittel, die wir in das kommende Jahr übertragen können, und dann auch werden, wenn sie denn Ende des Jahres stehen bleiben, wovon auszugehen ist. So weit zu dem freiwilligen Bereich.

Darüber hinaus haben Sie bestimmte Botschaften formuliert, dass Sie auch im pflichtigen Bereich Lösungen zur Finanzierung der Tarifkosten erwarten. Dieser Bereich ist deutlich komplexer. Was sehr begrüßenswert ist: Ihr Antrag sieht vor, dass soweit der Strukturförderungsfonds nicht für die freiwilligen Bereiche vollständig ausgeschöpft werden sollte, daraus auch Mittel für die pflichtigen Bereiche eingesetzt werden können. Das ist eine Erweiterung; es ist vorhin auch schon erwähnt worden. Dies ist sehr zu begrüßen, wird aber in Gänze zur Abdeckung der Bedarfe im pflichtigen Bereich nicht ausreichen. Auch das ist klar. Deshalb ist diese Botschaft, dass hier im Bereich der pflichtigen Aufgaben zu einer Abdeckung der Personalkosten zu kommen ist, ein Prüfauftrag an die Verwaltung. So ist es, glaube ich, auch gemeint. Das dient hier an der Stelle noch einmal der Klarstellung - ich sehe hier auch Kopfnicken -, damit es hier keine Verwirrungen gibt. Selbstverständlich kann dieser Antrag mit dieser Maßgabe dann auch beraten werden. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir fahren jetzt in der Beratung fort, und ich mache dann einen Vorschlag zur Beschlussfassung. Herr Joisten und dann Frau Glashagen.

Christian Joisten (SPD): Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer draußen am Livestream! Nach dieser etwas turbulenten Unterbrechung und Nachjustierung, die hier erforderlich ist, will ich zunächst ganz allgemein einsteigen und komme dann auch gleich noch einmal auf die Situation zurück.

In den letzten Wochen haben auf jeden Fall viele Träger, Vereine und Institutionen mit großer Sorge in die Zukunft geschaut; denn es war doch jetzt eine ganze Zeit unklar, wie sie mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiter umgehen können, wie sie bezahlen sollen. Vielerorts drohten Schließungen von Betreuungseinrichtungen

wie Kitas oder Mittags- und Nachmittagsbetreuung an Schulen. Dies hätte, wenn es denn so gekommen wäre, dass diese Zahlungen und unser Antrag hier heute nicht zustande gekommen wären, nicht nur für die Angestellten dramatische Konsequenzen bedeutet, sondern auch für Kinder und Eltern erhebliche Belastungen mit sich gebracht; von den Auswirkungen auf die Kölner Arbeitgeber einmal ganz zu schweigen.

Um diese dramatische Situation abzuwenden, haben wir uns gemeinsam, wie das hier auch schon beschrieben wurde, mit dem Großteil der demokratischen Fraktionen auf den Weg gemacht, den nun hier vorliegenden Antrag zu entwickeln; denn gerade für uns Sozialdemokraten ist der Erhalt und der Ausbau der sozialen Infrastruktur nicht nur ein Herzensanliegen, sondern Teil unserer DNA.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind überzeugt: Nur wenn es uns als Gesellschaft gelingt, alle Menschen zu selbstbestimmten Individuen zu entwickeln und an unserem Gemeinwesen teilhaben zu lassen, werden wir die Akzeptanz unseres Staates und somit unserer Demokratie langfristig sicherstellen können.

Schon jetzt müssen wir feststellen, dass doch viele Menschen den Eindruck gewinnen, dass wesentliche Teile der Daseinsvorsorge nicht mehr so durchgehend sichergestellt werden können und funktionieren. Schon heute finden viele nicht mehr den Wohnraum, den sie sich leisten können. Schon heute ist vielerorts die verlässliche Kitabetreuung nicht mehr gewährleistet. Schon heute können wir als Stadt Köln nicht mehr alle Wünsche und Anforderungen an einen wohnortnahen Schulplatz in den jeweils gewünschten Schulformen sowie das zugehörige OGS-Angebot erfüllen. Schon heute haben wir zu wenig Sozialarbeiter in den Schulen, womit wir die wenigen noch vorhandenen Lehrer überlasten und damit die Qualität unserer Bildung weiter absenken, wie uns die aktuelle PISA-Studie gerade sehr nachdrücklich vor Augen geführt hat. Und schon heute haben wir deutlich zu wenige Angebote für Seniorinnen und Senioren; von Wohn- und Pflegeplätzen ganz zu schweigen.

Gegen all diese Entwicklungen müssen wir mit breiten Mehrheiten angehen und den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt nachhaltig sicherstellen. Dazu leistet dieser Antrag einen wichtigen, aber mit Blick in die Zukunft keinesfalls ausreichenden Beitrag; dennoch ist es jetzt erst ein-

mal wichtig, dass wir mit diesem Antrag die bereits vorhandene soziale Infrastruktur unserer Stadt kurzfristig sichern und den betroffenen Menschen keine zusätzlichen Versorgungslücken zumuten müssen. Um derartige Situationen, die auch mit erheblichen Unsicherheiten für die betroffenen Menschen verbunden sind, und auch für uns hier in der Politik zusätzliche Belastungen bedeuten, zukünftig zu vermeiden - auch das wurde schon mehrfach angedeutet -, sollten wir alle miteinander darauf achten, dass zukünftig bereits bei Beschluss eines Haushalts mit realistischen und erwartbaren Ansätzen gearbeitet wird.

Auf jeden Fall brauchen wir auch in Zukunft, und auch im nächsten Haushalt - auch das ist bereits angekungen -, weiterhin einen oder gegebenenfalls mehrere auf verschiedene Zielgruppen ausgerichtete Struktursicherungsfonds. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere soziale Infrastruktur hier in Köln nicht nur erhalten, sondern im Sinne des eben Gesagten auch da, wo nötig, ausgebaut wird.

(Beifall bei der SPD)

Alles in allem freuen wir uns aber nun zuerst einmal, dass diese gemeinsame Kraftanstrengung gelungen ist, und danken für die sehr konstruktive Zusammenarbeit mit allen demokratischen Fraktionen, allen voran der Mehrheitsfraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Kämmerin, die hier Spielräume identifiziert und auf zusätzliche Einnahmetatbestände hingewiesen hat. Alles in allem ist das aus unserer Sicht durchaus ein Musterbeispiel, wie Kommunalpolitik auch in einer Millionenstadt zielgerichtet und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger organisiert werden kann. Abschließend sei jetzt noch einmal aufgrund dieser eben neu entstandenen Lage darauf hingewiesen, dass wir schon sehr darauf achten und pochen würden, dass wir jetzt den hier vorliegenden Antrag auch in dieser Form beschließen und damit eine klare Erwartungshaltung - so will ich es einmal nennen - an die Verwaltung auch noch einmal formulieren, dass wir auch im pflichtigen Bereich das schaffen, was uns jetzt im freiwilligen Bereich auch mit Hinterlegen entsprechender Kostenstellen gelungen ist, dass wir nämlich auch dort das sichern, was wir sichern müssen.

Insofern kann ich mir gar nicht vorstellen, dass letzten Endes auch die Verwaltung anders handelt; denn es kann nur teurer werden, wenn die Träger nicht mehr diese Aufgaben übernehmen, sondern wir das in eigener Regie machen müssen. Insofern, glaube ich, haben wir alle aus unterschiedlichen Motivationen ein klares Interesse,

dass das, was wir hier aufgeschrieben haben, letzten Endes auch Realität wird. Und in diesem Sinne danke ich erst einmal allen fürs Zuhören. Ich danke der Verwaltung, da mit Sicherheit konstruktiv daran zu arbeiten und will aber auch nicht versäumen, Katja Hoyer jetzt von diesem Platz heute hier noch einmal ganz herzlich für ihre langjährige Arbeit im Sinne dieses Rates, dieser Stadt und der Menschen in dieser Stadt vor allen Dingen zu danken. Es hat immer großen Spaß gemacht, und ich freue mich tatsächlich auch, dass du noch ein bisschen weitermachst. Aber hier aus diesem Gremium scheidest du heute aus. Liebe Katja, deswegen von dieser Stelle auch im Namen der SPD-Fraktion ganz herzlichen Dank für alles, was du hier an Zusammenarbeit, an Zusammenstehen für die soziale Sache, aber auch für die Demokratie geleistet hast. Ich freue mich auf den weiteren Weg mit dir. Hoffentlich können wir heute Abend noch anstoßen. - Danke.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich muss leider jetzt in die Beratung noch einmal eingreifen, weil es sicherlich für den freiwilligen Bereich Deckung gibt - das hat zu großer Aufregung geführt -, aber für den pflichtigen Bereich bitte ich es umzuwidmen; denn es gibt keine Deckung dafür. Die Verwaltung sucht eine Deckung.

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben genickt! - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben alle genickt! - Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen]: Das muss reichen!)

- Ja, gut. Herr Joisten hat eben gesagt, er stellt es sich anders vor. - Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Anwesende!

„Köln bleibt sozial“ riefen 8 000 Menschen vor einer Woche auf der Demonstration der Liga der Wohlfahrtsverbände. Beeindruckend war es, weil es vor allem viele junge Menschen von den Trägern, aus den Einrichtungen, den OGS etc. waren.

Die Menschen, die im Sozialbereich sind, spüren im Moment, dass sich in Berlin etwas abspielt. Alle sind unsicher und fragen sich: Was kommt da

jetzt? Kommen die Kürzungen vom Jobcenter erneut zurück? Erst gekürzt, dann wieder zurück und jetzt noch einmal zurück? - Wir werden es sehen.

Umso wichtiger ist, dass wir hier in Köln versuchen, unsere Aufgabe zu erledigen: Ja, Köln bleibt sozial! So verstehen wir von der Fraktion DIE LINKE das auch.

Ja, wir konnten froh sein, dass wir in der Pandemie - vielleicht können Sie sich daran erinnern - trotz Bedenken hier im Hause - das sage ich einmal allgemein - diesen Strukturfördermittelfonds für 2023 und 2024 aufgelegt haben. Das war ein wichtiger Punkt. Diesen Fonds stocken wir jetzt um weitere 5 Millionen Euro für freiwillige Leistungen auf: im Bereich Soziales, Kommunales Integrationsamt, Schulsozialarbeit und Jugendförderung.

Viel schwieriger sind dagegen - das ist jetzt klar geworden - die pflichtigen Aufgaben. Diese liegen weit über 10 Millionen Euro; vor allem im Bereich Personalkosten für die Beschäftigten in den Kitas und in den OGS. Die Stadt Köln - das ist jetzt vielleicht nicht ganz unwichtig, wenn wir über diese Sache sprechen - hat immer einen Anteil. Die Stadt zahlt nicht alles. Die Stadt zahlt bei den OGS 42 Prozent und bei den Kitas 52,2 Prozent. Die 52,2 Prozent - bzw. es sind, glaube ich, 40 Prozent, die das Land zahlt - sind bereits eingetroffen.

Wir können das ja gerne prüfen, aber wollen wir uns dem entziehen, unseren Anteil zu zahlen? - Ich glaube, so hat es die Oberbürgermeister nicht gemeint. Und ich glaube auch, so hat es die Kämmerin nicht gemeint. Ich will nur darauf hinweisen: Wenn man sagt, wir prüfen das, kann ich nur sagen: Das Land hat aber schon gezahlt! Die prüfen nicht mehr, sondern die stehen zu ihrem Wort. Das ist auch ein Vertrag. Das ist nicht so, als würden wir uns die Hand schütteln und sagen: Das machen wir so! Das ist ein Vertrag. Man kann gerne alles prüfen, aber ich glaube, in dieser Verpflichtung stehen wir. Deswegen glaube ich, ist es auch wichtig, dass wir in unserem gemeinsamen Beschlussantrag stehen haben, die gesamte Verwaltung steht da in der Verpflichtung und nicht nur der Dezernent Schule und Jugend. Es ist auch klar: Diese 10 Millionen Euro kann das Schul- und Jugenddezernat nicht stemmen. Das geht gar nicht, sondern das muss die gesamte Verwaltung stemmen. Ich habe ein großes Vertrauen, dass die Verwaltung das insgesamt macht.



(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen]: Die 10 Millionen sind doch gedeckt!)

- Klar, die 10 Millionen sind gedeckt. Das sind ja die freiwilligen Leistungen. Ich rede jetzt die ganze Zeit über die pflichtigen Leistungen, und da habe ich am Anfang gesagt, es sind mehr als 10 Millionen Euro zusätzlich. Das sind - ich habe jetzt die Zahlen an meinem Platz - 6,3 Millionen Euro für Kitas usw. und so fort.

Was ich noch sagen wollte: Wenn wir uns im Moment die Struktur ansehen - man kann jetzt sagen: Ja, die Wohlfahrt - die haben ja auch Geld in der Kasse liegen usw. Ich möchte nur auf Folgendes hinweisen: In Ostwestfalen hat die AWO 120 Kitas geschlossen. Die Wohlfahrtsverbände, die Träger, gehen schon auf dem Zahnfleisch. Darauf will ich einfach einmal hinweisen. Man sagt immer, sie haben ja viel Geld zum Ausgeben. Ich glaube nicht, dass es so ist.

Lasst uns eine Sache noch einmal ins Auge fassen: Wenn wir den Beschäftigten der Stadt Köln die Lohnerhöhung gezahlt haben - das ist der Fall, die haben die bezahlt -, und die übernehmen pflichtige Aufgaben, und wir haben aber OGS, Kitas usw. - das sind auch pflichtige Aufgaben -, dann sage ich als alter Gewerkschafter: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, und diese Leute müssen auch dieses Geld bekommen!

(Beifall bei der LINKEN)

Insofern zu dem Thema pflichtige Aufgaben: Ja, wir müssen es prüfen, aber wir müssen auch Gerechtigkeit walten lassen. Da gibt es so gewisse Grundsätze. Insofern freue ich mich, dass dieser Rat in der schweren Lage, in der wir uns befinden, kämpft - Frau Kämmerin, ich beneide Sie nicht um Ihr Amt, aber Sie kämpfen. Das ist auch völlig in Ordnung. Wir brauchen eine Kämmerin, die kämpft. Wir brauchen keine Kämmerin, die zustimmt, und dann stimmt es hinterher nicht. Das finde ich völlig in Ordnung. Ich freue mich, dass wir eine kämpferische Kämmerin haben; auch wenn uns das ab und zu nicht passt.

(Heiterkeit bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Deswegen: Danke für diesen Antrag! Lasst uns das prüfen, aber pflichtige Aufgaben sind so kompliziert, da kann man sich nicht herauswinden. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, dass Sie so viel Zutrauen zur Verwaltung haben, Herr Detjen. Ich bitte jetzt noch einmal darüber nachzudenken, ob man an der Stelle nicht wirklich den Prüfauftrag geben kann. Herr Joisten denkt vielleicht auch weiter.

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen]: Es haben alle genickt!)

- Gut. - Dann hat jetzt Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen im Saal und am Stream! Wir merken es: Es ist aufregend wie selten hier im Rat. Ich bin noch nicht ganz so lange dabei, aber so eine Situation wie heute habe ich, glaube ich, vergleichbar noch nicht erlebt.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh! - Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hatten wir auch schon beim Großmarkt!)

- Ja, das war auch interessant. Aber ich möchte eigentlich darauf hinaus, dass dieses Thema, das wir hier behandeln, alle Belange betrifft; alle Kölnerinnen und Kölnern geht es etwas an, und deshalb ist es auch wichtig, dass wir uns hier alle so aufregen, engagieren und dafür kämpfen - egal auf welchen Ebenen.

Wir von der Voltfraktion sind sehr froh darüber, dass wir bei den freiwilligen Leistungen jetzt eine Deckung haben, die wir durch die vorgezogene Ausweitung der Kulturförderabgabe auf Geschäftsreisende ab dem 01.07. nächsten Jahres schon sicherstellen können.

Auch möchte ich der Verwaltung danken, dass Sie - das haben Sie gerade eben schon gesagt - die Restmittel aus dem Strukturförderungsfonds dieses Jahres übertragen, und wir somit den Fonds für nächstes Jahr sogar verdoppeln können. Das ist eine ganz schöne Bank. Am Anfang habe ich noch nicht so richtig daran geglaubt. Ich bin jetzt umso glücklicher, dass das jetzt so ist; denn aus dem laufenden Haushalt ohne zusätzliche Einnahmen zu generieren, wäre eine Ausweitung einfach nicht möglich gewesen. Ich möchte deswegen noch einmal betonen, dass Steuern und kommunale Gebühren wichtig und richtig sind; denn wir profitieren einfach alle davon. Wir zahlen die für uns selbst.

Ich möchte deswegen jetzt noch einmal sagen, gerade in dieser Zeit, in der die Träger extremer



finanzieller Mehrbelastung ausgesetzt sind - das haben wir jetzt hier mehrfach gehört -, können wir als Rat etwas Sicherheit geben. Die Trägerlandschaft benötigt Sicherheit - das hat Herr Rudolph eben auch sehr schön betont -, damit sie die soziale Infrastruktur mit ihrem vielfältigen Angebot in dieser Stadt, das wir als Gesellschaft - jeder Einzelne - dringend benötigen, erhalten können. Wir müssen alle weiterhin auf unsere Träger setzen können. Dazu haben wir heute einen ordentlichen und wichtigen Schritt getan.

Zum Schluss möchte ich noch einmal meinen Dank an die Verwaltung aussprechen, dass sie weiterhin und intensiv nach Lösungen im pflichtigen Bereich suchen wird. Das haben Sie, Frau Diemer, eben dankenswerterweise schon gesagt; auch wenn wir da jetzt noch nicht ganz so rund sind. Aber ich gehe auch davon aus, dass wir das mit dem Vorschlag gleich sein werden.

Trotz allem glaube ich nicht, dass wir hiermit alle vorgesehenen Kürzungen von Land und Bund auffangen können. Das hat die Liga der Wohlfahrtsverbände auch auf der Bundes- und Landesebene sehr eindringlich dargelegt; auch das mit sehr eindrucksvollen Demonstrationen, aber auch offenen Briefen und so weiter. Deswegen hoffe ich natürlich inständig, dass auch dort nicht das letzte Wort gesprochen ist und gute Wege gegangen und gefunden werden. Damit möchte ich mich bei euch bedanken für eure Aufmerksamkeit. - Danke schön.

(Beifall bei Volt sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Was für eine aufwühlende Debatte! Aber es ist auch nachvollziehbar. Es ist eine dramatische Situation, ein ernstes, schwieriges Thema, das wir hier beraten. Deswegen kann ich das gut nachvollziehen. Ich muss sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wirklich für die Zukunft, wo ich jetzt zwar nicht mehr im Rat bin: Bitte stellen Sie Anträge nicht so spät ein! Das macht es wirklich ganz schwierig für alle anderen, die vielleicht einen Änderungsantrag stellen wollen.

(Beifall bei der FDP)

Das war für uns hochproblematisch. Trotz alledem möchte ich mich erst einmal im Namen der FDP-Fraktion dafür bedanken, dass die bisherigen Debatten zu dieser Thematik - es ist ja heute nicht die erste - so sachlich stattgefunden haben. Das gilt besonders für den Sozialausschuss und für den Jugendhilfeausschuss.

Wir alle kennen die finanziellen und personellen Probleme der Träger und wissen, dass viele Bildungs- und Beratungsangebote derzeit auf der Kippe stehen, und zwar nicht nur in Köln - das wurde auch erwähnt -: Wenn man einmal schaut, 30 Prozent der sozialen Institutionen in NRW mussten aufgrund fehlenden Geldes ihre Angebote bereits reduzieren. Wie wichtig bzw. wie notwendig diese Angebote sind, haben auch die erschütternden Ergebnisse der neuesten PISA-Studie gezeigt. Wir müssen sehen: Die Förderung und Betreuung unserer Kinder und Jugendlichen muss für uns alle höchste Priorität haben.

(Beifall bei der FDP)

Das muss für alle Ebenen gelten, für alle politischen Ebenen, für das Land. Wenn die Landesregierung glaubt, dass sie mit dem Kitarettungspaket nun ihren Beitrag geleistet hat, kann ich nur sagen: Das wird nicht reichen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP)

Aber natürlich ist auch die Bundesregierung in der Verantwortung. Es wurde gerade die Diskussion über die Einschnitte beim Jobcenter diskutiert. Diese Diskussion tut auch mir weh; denn, wenn wir diese Angebote nicht haben, werden wir weniger Menschen in Arbeit bringen. Ich finde, auch das muss unser aller oberstes Ziel sein: Menschen in Arbeit bringen.

Aber zurück auf die kommunale Ebene: Jahrelange Haushaltsgespräche mit den Wohlfahrtsverbänden und freien Trägern haben mich zwei Dinge gelehrt. Für die sozialen Institutionen gab es bei den Planungen immer zwei Knackpunkte:

Erstens. Die Abhängigkeit von Projektmitteln. Das heißt, die Mittel wurden immer nur für einen bestimmten Zeitraum bezahlt.

Und zweitens. Die Refinanzierung von Personalkosten. Diese Personalkosten sind es nun, die die Träger in die Knie zwingen.

Haben wir in dem Beschluss zum Strukturförderfonds 2023/2024 noch die Energiekosten im Blick



gehabt, sehen wir jetzt, dass es eigentlich die Personalkosten sind, die für die großen Probleme sorgen. Diese Situation wird im vorgelegten Antrag auch gut beschrieben. Dieser Darstellung sowie der Forderung, dass die Kommune finanzielle Unterstützung bei diesen freiwilligen Leistungen zahlen muss, kann sich die FDP-Fraktion auch gut und umfänglich anschließen. Auch sind wir der Meinung, dass der Strukturförderfonds für 2024 aufgestockt werden muss, damit die sozialen Angebote in unserer Stadt überleben können.

Aufgrund der dramatischen finanziellen Situation, in der sich die Träger befinden, ist auch eine Verdopplung der Fördermittel notwendig. Weil die Situation so dramatisch ist, wie sie ist, teilen wir Ihre ersten Punkte alle - nur bei dem Punkt um die Finanzierung sind wir in der Tat anderer Meinung. Da die FDP schon gegen die Einführung der Kulturförderabgabe war, können Sie eigentlich nicht erwarten, dass wir uns heute darüber freuen, wenn Sie diese als Ausgleich für die Mittel nennen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das Geld habt ihr trotzdem immer gerne genommen!)

Wir als FDP wollen, wenn möglich, Steuer- und Abgabenerhöhungen vermeiden; denn diese Erhöhungen belasten die Bürger und Bürgerinnen, die ebenfalls unter gestiegenen Energiekosten und Inflation leiden. Bevor man Abgaben erhöht, muss zunächst einmal geschaut werden, ob sich die geplanten Ausgaben nicht anders finanzieren lassen. Genau das haben wir mit unserem Änderungsantrag gemacht. Neben den verbliebenen 2,5 Millionen Euro aus dem Strukturförderfonds haben wir Gelder, die nicht abgerufen worden sind, aus dem Programm „Weiterentwicklung der Kölner Hilfen für obdachlose Menschen“ herangezogen, also Sachen, die nicht ausgegeben worden sind, und wo man erwarten kann, dass das sehr wahrscheinlich im nächsten Jahr auch nicht sein wird. Weiterhin haben wir - das haben wir heute auch in einer Antwort zu lesen - die Lastenradförderung herangezogen und eine Verschiebung der Vorbereitung des Umzuges der Kunst- und Museumsbibliothek.

Ich sage Ihnen aber auch heute zu: Wenn wir als FDP mit diesem Änderungsantrag nicht durchkommen, ist auch für uns die Situation der Träger und der Angebote so wichtig, dass wir dann im Endeffekt Ihrem Antrag zustimmen werden, weil wir uns auch da in der sozialen Verantwortung sehen.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren! Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Sie gestatten mir an dieser Stelle vielleicht ein paar persönliche Worte. Das wird voraussichtlich mein letzter Redebeitrag hier in diesem Rat sein; es sei denn irgendjemand von Ihnen fordert mich gleich noch einmal zu einer Replik heraus.

(Heiterkeit)

Aber davon gehe ich jetzt einmal nicht aus. Ich durfte 14 Jahre diesem Rat angehören. Ich habe das immer als große Verantwortung und auch als große Auszeichnung empfunden. Viele haben mich in dieser Zeit unterstützt. Es gab Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg, vielleicht hinter einem Bündnis, aber auch nicht nur so - da wollen wir einmal nicht aus dem Nähkästchen plaudern. Ich habe wirklich allen Grund, Danke zu sagen. Mein erstes Dankeschön geht an Sie, liebe Frau Oberbürgermeisterin, -

(Beifall)

- für die netten und wertschätzenden Worte, die Sie für mich gefunden haben. Ich habe mich aufgrund gemeinsamer Einschätzung und auch aufgrund gemeinsamer Erfahrungen Ihnen immer ganz besonders verbunden gefühlt. Das wird auch in Zukunft so bleiben.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke.

Katja Hoyer (FDP): Mein Dank geht auch an die Verwaltung, die eigentlich immer wieder - auch gerade in diesen Zeiten - vor neue Herausforderungen gestellt wird; Krisen, neue Gesetze und auch fordernde Anträge der Politik sorgen immer dafür, dass Sie kräftig arbeiten müssen.

Aber auch außerhalb des Ratssaales habe ich viele tolle Erlebnisse gehabt. Da haben wir jetzt alle heute über die Wohlfahrtsverbände, die freien Träger, gesprochen, die wirklich einen super Job für diese Stadt machen. Da kann man gar nicht oft genug Danke sagen. Aber wer mir auch wirklich ganz wichtig ist, sind die Ehrenamtler; denn dieses soziale Köln würde ohne das tolle ehrenamtliche Engagement nicht funktionieren.

(Beifall)

Ihnen, liebe Kollegen und liebe Kolleginnen, danke für Ihre anerkennenden Worte, danke für intensive, manchmal doch auch strittige Diskussionen. Ich war ja nicht immer so im Mainstream, wie man jetzt auch gerade gemerkt hat. Aber wir waren, glaube ich, immer hart in der Sache, aber fair und respektvoll im Umgang. Ich finde, so soll es sein; so muss es auch sein.

(Beifall)

Ich verspreche Ihnen, das wird auch in Zukunft so bleiben, weil meine Fraktion die kluge Entscheidung getroffen hat, dass ich weiter sozialpolitische Sprecherin sein darf. Das werde ich auch mit vollem Einsatz sein. Das verspreche ich Ihnen.

Zu aller guter Letzt geht ein ganz großes Mercy an meine FDP-Fraktion. Da zunächst erst einmal an alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen; denn wir können unseren Job hier nur machen, weil sie uns so super unterstützen.

(Beifall bei der FDP)

Ja, und dann: Danke, lieber Volker, liebe Stefanie, lieber Uli, lieber Ralph, für eure stete Unterstützung, für eure Loyalität und für eure Freundschaft.

(Anhaltender Beifall - Die Ratsmitglieder erheben sich. - Bernd Petelkau [CDU] und Christian Joisten [SPD] überreichen Katja Hoyer [FDP] jeweils einen Blumenstrauß.)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich weiß, dass es heute wieder schwerfällt, zur Tagesordnung zurückzukehren, aber wir sind noch beim Tagesordnungspunkt 3.1.11. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Ich glaube, die jetzige Debatte hat zwei Dinge gezeigt:

Erstens. Es war goldrichtig, den Antrag zu stellen, die Bettensteuer abzuschaffen.

(Beifall bei der AfD)

Denn die ist ja schon hier im Vorgriff verplant worden. Ja, es ist überhaupt nicht gesagt, dass wir auch nur annähernd 5 Millionen Euro vereinnahmen werden. Das ist typisch Köln. Gelder, die man noch nicht einmal gesichert in der Kasse hat,

werden direkt schon wieder für die nächsten Jubelprojekte ausgegeben. Das ist der erste Punkt. Und der zweite Punkt ist: Wir können diese Vorlage, so wie sie eingebracht wurde, nicht beschließen. Das ist, glaube ich, klar geworden. Frau Diemert sucht noch nach einem Goldtopf, den wir aber auch so schnell hier nicht hervorzaubern können. Ich bin gespannt auf Ihren Formulationsantrag. Aber vollkommen klar ist: Wenn das nicht geändert wird Richtung Prüfung, wird das so nicht fliegen. Und wie gesagt, es rächt sich, wenn man Vorlagen - da hat Frau Hoyer recht - so auf den letzten Drücker hier einbringt und sie nicht sauber vorher diskutiert hat. - Danke.

(Beifall bei der AfD - Jörg Detjen [DIE LINKE]: Diese AfD ist für soziale Kürzungen! Eindeutig!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen und möchte hier nur noch einmal erläutern, dass die Deckung von 1 Million Euro aus dem Teilfinanzplan - alles andere kann ich nicht beurteilen - investiv ist. Das heißt, es würde für konsumtive Mittel nicht funktionieren. Das müssen Sie nur wissen. Den Rest konnte ich noch nicht prüfen. Also lassen wir jetzt über den Änderungsantrag abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die FDP-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zu dem Dringlichkeitsantrag von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE, Volt und von der Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT: Ich schlage Ihnen vor, Punkt 4 nach dieser ganzen Diskussion jetzt umzuformulieren in:

Die gesamte Verwaltung wird aufgefordert zu prüfen, wie die in den pflichtigen Bereichen, wie zum Beispiel im Bereich Kita und OGS, ausreichende Finanzierung und Ausgleich der gestiegenen Personalkosten sichergestellt werden können.

Wenn Herr Detjen schon zu mir das Vertrauen hat, dann bitte ich die anderen auch darum. Ich würde jetzt gerne den so geänderten Antrag abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Die AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)



Tagesordnungspunkt

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Abs. 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Anregung der Bezirksvertretung Nippes, Olympia-Stützpunkt und Indoor-Skatepark 3616/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie die Alternative. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

3.2.2 Anregung der Bezirksvertretung Nippes, Bürgerzentrum Turmstraße, Entsiegelung 3619/2023

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir würden gerne wie die Alternative abstimmen lassen, allerdings mit dem Zusatz, diese Anregung der Bezirksvertretung ebenfalls noch in den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft und in den Finanzausschuss zu geben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das wäre mein zweiter Satz gewesen.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Entschuldigung. Ich wollte Ihnen nicht vorgreifen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es ist ja nicht schlimm. Wenn wir uns einig sind, ist es ja ganz wunderbar. So lasse ich auch abstimmen, nämlich die Alternative und zusätzlich wird verwiesen in den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft und in den Finanzausschuss. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Kontakte der Oberbürgermeisterin zu Kölner Bundestags- Landtagsabgeordneten“ AN/1864/2023

**Antwort der Verwaltung vom 26.10.2023
3425/2023**

Die Verwaltung hat in der letzten Ratssitzung die Antwort vorgelegt. Gibt es Nachfragen? - Jetzt weiß ich nicht, wer von Ihnen sich zuerst gemeldet hat. - Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Die Antwort ist leider Gottes auch wieder unzureichend, und zwar wurde der erste Teil der Frage nicht beantwortet. Auf die Fragen „wann“ steht in der Antwort kein Datum. Irgendwann muss es bei Ihnen eingegangen sein. Da bitte ich doch darum, sehr genau mitzuteilen, wie das funktioniert; denn irgendwann müssen Sie es erfahren haben. Sie haben unsere Frage zu 1 nicht beantwortet.

Dann zu Frage 3. Die Frage lautete:

Warum hat die Kölner Verwaltung nicht mit den AfD-Bundestagsabgeordneten in dieser Frage gesprochen?

Sie schreiben:

Die Verwaltung entscheidet jeweils im Einzelfall individuell, zu welchen Themen sie mit welchen Abgeordneten Gespräche führt.

Was sind denn die Kriterien in diesem Fall gewesen, wonach Sie sich die jeweiligen Abgeordneten ausgesucht haben? Der ganze Vorgang ist eine ziemliche Posse gewesen. Das würde mich interessieren. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Also die Verwaltung wird das noch einmal schriftlich beantworten. Ich verweise jetzt auf die Beantwortung in Absatz 4, 2. Absatz. Damit war für mich die Frage beantwortet; aber wir beantworten gerne noch einmal schriftlich und verweisen.

Tagesordnungspunkt

**4.2 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Parkgebühren Carsharinganbieter „Miles““
AN/1868/2023**

**Antwort der Verwaltung vom 05.12.2023
3405/2023**

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Keine Nachfragen.

Tagesordnungspunkt

**4.3 Anfrage der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend „Lastenradförderung 2023“
AN/1872/2023**

**Antwort der Verwaltung vom 07.12.2023
3979/2023**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Bitte sehr, Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (KLIMA FREUNDE & GUT): Ganz herzlichen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Wir haben zwei Nachfragen dazu. Zum einen zu dem Punkt bezüglich der personellen Ausfälle: Wie wird die Verwaltung in Zukunft sicherstellen, dass eine so wichtige Stellschraube der Mobilitätswende nicht durch einen krankheitsbedingten Ausfall in der Verwaltung in Gefahr ist? Und zu Punkt 3: Wie kann die Mittelübertragung in 2024 sichergestellt werden? - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das würden wir auch gerne schriftlich beantworten.

Tagesordnungspunkt

**4.4 Anfrage der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend „Stellungnahme des Amtes für Bodendenkmalpflege zur Ost-West-Achse“
AN/2155/2023**

**Antwort der Verwaltung vom 07.12.2023
4019/2023**

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen?

Inga Feuser (KLIMA FREUNDE & GUT): Dazu haben wir auch eine Nachfrage. Frau Syndicus hat es vorhin schon gesagt: Wir sind mehr als überrascht, dass ein ausführliches Gutachten

über die archäologischen Funde auf der Ost-West-Achse erst nach dem Variantenentscheid eingeholt werden soll, weil wir nicht verstehen, wie wir entscheiden sollen, wenn wir nicht wissen, wie lange es dauern wird, das zu sichern, was wir da finden. Deswegen ist die eine Nachfrage: Warum wird die bislang vorliegende Stellungnahme der Bodendenkmalpflege nicht zugänglich gemacht?

Ich lese in der Antwort der Verwaltung außerdem, die Zeit für die archäologischen Arbeiten im Rahmen der Leitungsverlegung und -sicherung seien in den hier angegebenen Zeiten nicht eingerechnet, obwohl man, so steht es da: „hierfür einen erheblichen Aufwand“ erwartet; auch nach den Erfahrungen der Nord-Süd-Achse. Deswegen möchten wir da doch auch noch einmal genauer wissen: Wie lange wird die Dauer für die archäologischen Arbeiten im Rahmen der Leitungsverlegung und -sicherung denn eingeschätzt?

(Beifall von Bezirksbürgermeisterin
Dr. Diana Siebert [Nippes])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Auch das beantworten wir gerne schriftlich.

Tagesordnungspunkt

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**5.3.1 Bürgerbegehren „Erhalt Kinderkrankenhaus Riehl & Krankenhaus-Holweide“ - Prüfung der Zulässigkeit
3549/2023**

Vorab vielleicht: Die Gemeindeordnung sieht vor, dass der Rat über die Zulässigkeit eines eingereichten Bürgerbegehrens entscheidet. Hier hat das Wahlamt geprüft und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die erforderliche Anzahl von Unterschriften nicht vorliegt. Die Begründung des Begehrens ist zudem unzureichend, sodass wir heute die Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens nach Auffassung der Verwaltung festzustellen haben. Gibt es Wortmeldungen? - Frau Böll hat das Wort.

Mechthild Böll (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen!

Das eingereichte Bürgerbegehren mit dem Namen „Erhalt Kinderkrankenhaus Riehl & Krankenhaus-Holweide“ ist unzulässig. Die Sache ist eindeutig. Die klare, kurze, gute Vorlage der Verwaltung sagt das eindeutig; dennoch möchte ich mir erlauben, kurz einige Worte dazu zu sagen. Unzulässig ist dieses Bürgerbegehren aus zwei Gründen gewesen:

Zum einen wurde das erforderliche Quorum von 3 Prozent der Kommunalwahlberechtigten bei Weitem nicht erreicht, sondern lediglich knapp 1,5 Prozent; es wurden nämlich - immer noch ungeprüfte - 12 166 Unterschriften eingereicht. Es ist doch sehr auffällig, dass die vorgeschaltete Petition über 56 000 Unterschriften aufwies und nun lediglich 12 000 Unterschriften für das rechtlich relevante Bürgerbegehren zu finden waren. Dies entspricht einem Fünftel.

Die übrigen 44 000 haben sich offensichtlich eines Besseren besonnen. Sie haben vielleicht die Gründe für das „Zukunftsmodell 1+0“ nachgelesen und gemerkt, dass die Begründung des Bürgerbegehrens in die Irre führt.

Hier kommen wir zum zweiten Grund der Unzulässigkeit: Es sind weder die wesentlichen Entscheidungsgrundlagen für die Ratsentscheidung vom 15. Juni ausgeführt gewesen, noch ist die Sachlage einwandfrei dargestellt. So ist ausschließlich von der Schließung der beiden Standorte Riehl und Holweide die Rede, aber nicht vom Erhalt aller Leistungen bei Verlagerung der Standorte.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich frage mich, warum die Fakten und die Gründe der Entscheidung zum „Zukunftsmodell 1+0“ der städtischen Kliniken nicht aufgeführt wurden und sogar noch sybillinisch dargestellt waren und misinterpretiert werden konnten.

Sollten die Bürgerinnen und Bürger eine Unterschrift tätigen für ein vermeintliches Begehren, das jeglicher sachlichen Grundlage entbehrt und das lediglich einem Gefühl des „Gewohntes bitte schön erhalten“ nachgibt? Das „Zukunftsmodell 1+0“ mit einem Standort im rechtsrheinischen Merheim, das der Rat mit seiner großen Mehrheit im Juni beschlossen hat, war und ist aus betriebswirtschaftlicher Sicht und aus haushaltspolitischer Sicht der Stadt Köln unausweichlich; es stellt ein wegweisendes, starkes Zukunftskonzept dar.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dieses gilt es so zügig wie möglich in die Tat umzusetzen, um das wachsende Defizit wieder deutlich zu senken. Das Zukunftsmodell kann nämlich erst mit der Konzentration der Leistungen wirken, und ein Sanierungskonzept wird das Modell ergänzen müssen.

Zurzeit wächst das Defizit noch an: Wir haben das später im nichtöffentlichen Teil. In der aktuellen Lage ist es für die Stadt Köln unbedingt geboten, den Finanzierungsbedarf der Kliniken zu tragen, damit genau das Zukunftskonzept umgesetzt werden kann und die Gesundheitsversorgung für Kölnerinnen und Kölner auf höchstem Niveau und mit maximal versorgenden Leistungen bestehen bleibt.

In diesem Sinne ist es für mich absolut nicht nachvollziehbar, wie die Initiatorinnen des Bürgerbegehrens eine in die Irre führende Begründung schreiben konnten. Es geht um nichts weniger als darum, die nachhaltige Kölner Gesundheitsversorgung aufzustellen. Das Ergebnis spricht für sich: Ein klares Scheitern mit nur 1,5 Prozent noch ungeprüfter Unterschriften.

Daher gehe ich davon aus, dass Sie alle dieses Bürgerbegehren für unzulässig erklären und der Beschlussvorlage folgen werden. So wie ich auch. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gärtner das Wort.

Ursula Gärtner (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren hier und im Netz! Zunächst möchte ich für meine Fraktion ausdrücken, dass wir grundsätzlich Verständnis für eine spontane Reaktion bei den Bürgerinnen und Bürgern auf die geplante Verlagerung der bisherigen medizinischen Angebote in Holweide und Riehl haben. Man muss sich aber mit dem, was geplant ist, und den Gründen dafür vertieft auseinandersetzen. Ich möchte hier nicht die Ausführungen der Verwaltungsvorlage zu dem nicht erreichten Quorum wiederholen, sondern etwas zu der unzureichenden und teils falschen Begründung für den Vorstoß der Initiative sagen.

Wie die Verwaltung richtig ausführt, werden Leistungen, die bisher in Riehl und Holweide erbracht wurden, nicht eingestellt, sondern nach Merheim verlagert. Es fallen keine Leistungen weg, und die Gesundheitsversorgung wird nicht eingeschränkt.



Der Rat hat sich die Entscheidung nicht leicht gemacht, ist aber nach Abwägung aller Gesichtspunkte zu dem Schluss gekommen, dass die Verlagerung unbedingt notwendig ist. Dabei haben wirtschaftliche Gründe eine Rolle gespielt - aber nicht nur. Die Gebäude in Holweide und Riehl sind nicht mehr zeitgemäß; ihr baulicher Zustand ist schlecht; die Technik ist insgesamt nicht auf einem aktuellen Stand, und die Funktionsabläufe können nicht mehr zeitgemäß organisiert werden. Die Anforderungen an die stationäre medizinische Versorgung haben sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert. Die Versorgungsqualität ist höher geworden, stellt aber andere Anforderungen als früher.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass der Hinweis auf kurze Wege zum Krankenhaus vor Ort relativ zu sehen ist. Ein Krankenhaus erfüllt nicht die Funktion einer Arztpraxis um die Ecke. Es hat einen anderen Versorgungsauftrag als die niedergelassenen Ärzte. Auch wenn die Angebote der Kliniken der Stadt Köln in Merheim konzentriert werden, haben wir in Köln immer noch ein dichtes Versorgungsnetz an stationären Angeboten. Die Versorgung ist auch im Notfall gewährleistet.

Nochmals: Die im Vorfeld der Ratsentscheidung diskutierten Argumente für eine Konzentration der Leistungen an einem Standort haben sich nach sorgfältiger Prüfung durchgesetzt:

Aus wirtschaftlichen Gründen sind Synergien dringend zu nutzen, um die enormen Kosten überhaupt noch stemmen zu können. Aber selbst ohne diesen wirtschaftlichen Druck wäre die Zusammenlegung der Leistungen auch aus anderen Gründen bald erforderlich geworden.

Aus medizinischer Sicht: Die Anforderungen an Ausstattung und Fachkräfte sind gestiegen. Alle Fachrichtungen werden an einem Ort konzentriert und sind schnell verfügbar.

Aus funktionaler Sicht: Die Wege sind für Beschäftigte und Patientinnen und Patienten kurz. Patientinnen und Patienten werden nicht zwischen den Häusern hin und her transportiert, und insbesondere das ärztliche Personal kann sich mit ihnen konzentriert befassen, statt seine Zeit mit Fahrzeiten zu verbringen.

Bezüglich der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten: Kurze Wege erleichtern die Arbeit, die Arbeit kann effizienter gestaltet werden und eine

moderne Ausstattung ist attraktiv, was nicht zuletzt im Hinblick auf den Fachkräftemangel wichtig ist.

Aus Patientensicht: Alle Fachrichtungen sind an einem Ort verfügbar. Die medizinische Ausstattung entspricht höchsten Ansprüchen. Die Zimmer sind patientengerecht ausgestattet und gestaltet. Diesen zukunftsweisenden Weg der städtischen Kliniken hat der Rat mit seiner Entscheidung frei gemacht. Damit wissen auch die Beschäftigten der Kliniken, wie es weitergeht. Bei ihnen möchten wir uns übrigens in diesem Zusammenhang sehr herzlich für die enormen Anstrengungen unter schwierigen Bedingungen bedanken. Bitte unterstützen Sie auch weiterhin den Weg, der nun vorgezeichnet wurde.

Wir haben auch eine Bitte an die Initiatoren des Bürgerbegehrens: Bitte begleiten Sie trotz aller Enttäuschungen den eingeschlagenen Weg positiv. Wir stimmen selbstverständlich der Beschlussvorlage der Verwaltung zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Krupp, bitte.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Vorlage, die wir hier vor uns haben, betrifft eine reine Rechtsfrage. Deswegen stehe auch ich hier als AVR-Sprecher der Fraktion -

(Beifall bei der SPD)

- und nicht unsere gesundheitspolitische Sprecherin, die da wesentlich besser inhaltlich zu Stellung nehmen könnte. Es ist aber auch überhaupt nicht der Punkt, ob man den Beschluss, der getroffen wurde, für richtig oder für falsch hält. Das ist heute überhaupt nicht unser Thema. Unser Thema ist alleine eine reine Rechtsprüfung: Ist dieses Begehren zulässig? - Der Gesetzgeber hat es - hier in Nordrhein-Westfalen jedenfalls - so vorgesehen, dass der Rat darüber entscheidet. Man kann sich trefflich darüber streiten, ob das klug ist, weil es eine reine Rechtsfrage ist. Aber wir haben auch gar kein Ermessen. Wir haben auch keine politische Opportunität heute. Wenn wir hier heute beschließen würden, ein Begehren, das die Unterschriften, die nötig sind, nicht einmal zur Hälfte erreicht hat, wäre zulässig, müsste von

der Oberbürgermeisterin dieser Beschluss beanstandet werden, weil er rechtswidrig wäre. Das ist eindeutig. Da gibt es gar nichts zu diskutieren.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Zur Frage, ob die Begründung hinreichend ist und die Anforderungen der Rechtsprechung erfüllt, muss ich sagen: Es leuchtet mir ein, was die Verwaltung geschrieben hat. Aber das ist sozusagen noch ein Add-on. Selbst wenn das nicht der Punkt wäre, über den man vielleicht noch diskutieren könnte - wobei: wenn man den wesentlichen Inhalt wiedergeben muss von dem kassatorischen Begehren und dann einmal unter den Tisch fallen lässt, dass über eine halbe Milliarde Euro in die Gesundheit investiert werden soll, ist es vielleicht auch nicht klug, aber egal. Selbst wenn wir das wegdenken, bleibt es bei den fehlenden Unterschriften. Da gibt es nichts zu diskutieren. Es gibt keinen anderen rechtmäßigen Beschluss heute als dieser Verwaltungsvorlage zuzustimmen. Über etwas anderes reden wir heute hier nicht. - Danke.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Dr. Krupp. - Jetzt hat Frau Röhrig das Wort.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Rat! Liebe Zuschauer! Ich möchte jetzt auch gar nicht darauf eingehen, was hier zwei, drei Vorredner*innen alles erzählt haben. Ich danke aber Herrn Krupp, dass er da so deutlich war, dass es hier um diese rechtliche Bewertung geht; denn da muss ich ihm recht geben. Deswegen führe ich jetzt auch aus: Das Bürgerbegehren hat nicht die erforderliche Anzahl an Unterschriften erreicht. Dieses Quorum ist rechtlich bindend. Damit ist das Bürgerbegehren gescheitert. Das erkennen wir an; das akzeptieren wir auch.

Es ist aber nicht deshalb gescheitert, weil Sie die Menschen in dieser Stadt davon überzeugt haben, dass die Konzentration auf einen Standort richtig ist. Vielmehr sind die Unterstützer*innen an der Kürze der Zeit gescheitert. In vier Wochen, wovon noch einmal zwei Wochen Ferien sind, mehr als 24 000 Unterschriften zu sammeln, ist eigentlich nicht zu schaffen; schon gar nicht für ein

Bürgerbegehren, das in erster Linie von Menschen aus dem Einzugsgebiet der Krankenhäuser getragen wurde. Sie konnten sich nicht auf professionelle und hauptamtliche Strukturen wie Gewerkschaften, Träger oder Vereine stützen. Dass sie 12 166 Unterschriften, also die Hälfte, in diesen wenigen Wochen gesammelt haben, war ein großer Kraftakt. Auch die zigtausenden Unterschriften unter der Petition, die übrigens immer noch läuft, wo auf den Marktplätzen immer noch die Menschen zu den Ständen gehen, um diese Petition zu unterschreiben - auch online -, zeigen, dass die Menschen hier ihre Krankenhäuser in der jetzigen Form behalten wollen.

Liebe Ratsmitglieder, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, für dieses zivilgesellschaftliche Engagement verdienen Sie unseren höchsten Respekt und Wertschätzung. Das ist Demokratie von unten. Davon lebt die Demokratie.

(Beifall bei der LINKEN)

Ihren zweiten Ablehnungsgrund halten wir aber nicht für stichhaltig. Sie bemängeln, dass im Bürgerbegehren nicht die Rede davon war, dass die Abteilungen aus Holweide oder das Kinderkrankenhaus in Merheim neu aufgebaut bzw. angesiedelt werden sollen.

Dabei tun Sie so, als ob das durch diesen Beschluss felsenfest steht und unumkehrbar ist. Aber wie sieht denn die Realität aus? Es gibt viele Beschlüsse zur Sanierung oder zum Neubau, die weit fortgeschritten sind und trotzdem in unserer Stadt nicht umgesetzt werden. Das betrifft viele soziale Einrichtungen, die dringend gebraucht werden und so marode sind, dass sie generalsaniert werden müssen. Dazu gehört das Bürgerhaus MüZe in Mülheim; die in 2019 beschlossene Sanierung wird nun nicht mehr durchgeführt. Genau dieselbe Geschichte ist im Kulturbunker, dem zweiten sozialen Zentrum in Mülheim, passiert. Beim sozialen Zentrum „linoclub“ war sogar schon die Landesbauministerin Frau Scharrenbach vor Ort, um den Scheck des Landes abzugeben. Auch hier wird es keine Sanierung geben. Den Kölner Museen schimmeln die Bestände weg, doch Sanierung der Depots oder der Neubau eines Zentraldepots werden auf die lange Bank geschoben und so weiter.

Ein Krankenhaus ist schnell geschlossen. Die Grundstücke sollen ja an einen Investor verschert werden. Auch das wird in Rekordzeit geschehen. Aber ob die Neubauten dann wirklich kommen, das halten wir für nicht ausgemacht - trotz des Beschlusses.

Die Geschichte der Bau- und Sanierungsbeschlüsse des Rates spricht hier eine andere Sprache. Wir halten nach wie vor an unserer Haltung fest, dass ein wohnortnahes Krankenhaus Leben retten kann - wohnortnah wohlgemerkt! Bei häufigen Krankheiten wie Blinddarmentzündungen, Herzinfarkten, aber auch bei inneren Verletzungen oder einem septischen Schock können Minuten ausschlaggebend sein. Wir möchten eine wohnortnahe Krankenhausversorgung. Diese wird durch den damals gefassten Beschluss „1+0“-Konzept zunichte gemacht. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort. - Er winkt ab. Frau Glashagen.

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen im Saal und vor dem Stream! Ich habe eigentlich eben gedacht, ich gebe meine Rede zu Protokoll, nachdem Mechthild Böll und auch die stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende, Frau Gärtner, so eine schöne Rede gehalten haben. Aber jetzt muss ich doch irgendwie noch ein paar Worte sagen; denn ich persönlich kann ganz gut verstehen, weshalb die Menschen unterschrieben haben. Ihr wisst, ich habe selbst zwei kleine Kinder. Das kleinste davon ist in Holweide geboren worden.

Ich wurde im privaten Umfeld selbstverständlich auf diese Petition angesprochen, und ich war entsetzt, muss ich ganz ehrlich sagen. Als ich mir diesen kleinen Text durchgelesen hatte, konnte ich dann aber schnell die Ängste, welche durch diesen kleinen Text geschürt wurden, mildern. Genau das ist das, was hier gerade mit dieser Petition gemacht worden ist.

Ich wohne auch noch in Nippes, das heißt auch noch in dem Bereich, wo sehr viel auf dem Wochenendmarkt und auf den Straßen gestanden worden ist. Da war es genau das Gleiche. Die Ansprache auf der Straße war: Wollen Sie, dass das Kinderkrankenhaus geschlossen wird? Nein? - Dann unterschreiben Sie schnell hier. Genau so! Ich stand daneben und habe die Leute angesprochen. Und ich muss ganz ehrlich sagen, das liegt nicht daran, dass man den Menschen hier in dieser Stadt nicht sagen konnte: Ja, die Zentralisierung ist der richtige Weg. Ich bin überzeugt - wir von Volt sind überzeugt -, dass das die Zukunft für

unsere medizinische Hochleistungsversorgung ist: die Zentrenbildung.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

- Danke schön. Wir können nicht so weitermachen wie bisher. Wie ich gerade erzählt habe, war ich stationär in Holweide. Auch bevor ich mein Kind bekommen habe, war ich schon einmal stationär in Holweide, und die Bedingungen sind einfach schlecht. Es tut mir leid. Da ist ein großes Schild in der Dusche: Man kann verbrüht werden, und das passiert auch: Das Wasser ist einfach heiß geworden.

Wir hier im Rat haben gemeinsam ein Zukunftsmodell beschlossen. Wir haben uns darauf committed, sehr, sehr, sehr viel Geld zu investieren, damit die Leistungen im Gesundheitszentrum Merheim neu und modern weitergeführt werden können - in öffentlicher Hand. Zeigen Sie mir mal bitte, wo das passiert! Wo wird denn eine neue Kinderklinik gebaut? Wo wird ein neuer Kreißsaal eröffnet? - Nirgendwo. Die werden geschlossen.

In der Tagesschau konnten wir lesen bzw. auch sehen, dass mehrere Hunderte Betten gerade in der Pädiatrie, also in der Kinderversorgung, dieses Jahr abgebaut wurden. Ein Krankenhaus nach dem anderen wird insolvent, und wir hier sagen, wir gehen diesen schweren Weg zusammen. Das ist wirklich deutschlandweit ein Vorbild, und das muss man einmal so sagen.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Natürlich wünschen wir uns auch von der Voltfraktion, dass in Holweide weiterhin ein Gesundheitsstandort mit Schwerpunkt auf Menschen im Alter ist; insbesondere für die rechtsrheinischen Kölner*innen und in Riehl; dieser könnte dazu genutzt werden, um das potenzielle Defizit in der kinderärztlichen Versorgung im linksrheinischen Kölner Norden entgegenzuwirken; denn da kriegt man auch einfach keinen Kinderarzt.

Deswegen möchte ich Ihnen jetzt, nachdem ich mich so emotional aufgeregt habe, an dieser Stelle noch Danke sagen, und zwar haben wir eine Gesellschafterin, Frau Reker, die sich wirklich einsetzt: Danke für Ihre Initiative, diese Standorte auch zukunftsorientiert zu entwickeln. Das hat sie hier im Rat genauso gesagt und immer wieder beteuert. Ich bin davon überzeugt, dass wir alle, die wir hier sitzen, unsere Verantwortung wahrnehmen, wie zum Beispiel, wie wir mit den Liegenschaften umgehen. Das werden wir eng



begleiten, und wir werden das hart diskutieren, aber so über die Petition Ängste zu schüren, ist ein Untergraben der Demokratie. - Danke schön.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich zu TOP 5.3.1 abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Jetzt kommen wir zu:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

Tagesordnungspunkt

6.1.1 4. Satzung zur Änderung der Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten im Gebiet der Stadt Köln (Geldspielgerätesatzung) 3471/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.1.2 Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Köln 2024 3477/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD und der FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.1.3 Änderung der Rettungsdienstsatzung der Stadt Köln 3487/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.1.4 Zweite Satzung zur Änderung der Satzungen der Stadt Köln vom 16.01.2018 über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangswohnheimen für Aussiedler und ausländische geflüchtete

Personen und Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme 2695/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Hier gab es ja eine etwas schwierige Situation insofern, als dass dem Finanzausschuss am Montag noch nicht die meines Wissens einstimmig im Sozialausschuss gefassten Entscheidungen vorlagen. Sie sind aber jetzt als Anlage 6 angefügt.

Deswegen ist unser Vorschlag, in der Abstimmung wie Vorlage mit Ergänzung durch Anlage 6 zu beschließen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Genau das hätte ich Ihnen vorgeschlagen.

(Christian Joisten [SPD]: Ach so! Ja, dann!)

Aber es ist wunderbar, wenn wir uns einig sind.

Ich lasse abstimmen wie Vorlage mit den Ergänzungen des Sozialausschusses in Anlage 6.

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.1.5 7. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung 3218/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.1.6 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln - §§ 24 - 26 Finanzielle Entschädigung der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger 3830/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

Tagesordnungspunkt

**6.2.1 Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln 2024
3481/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der FDP-Fraktion, der AfD, von Herrn Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**6.2.2 Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Köln 2024
3472/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion und der LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**6.2.3 Gebührenordnung für das Ausstellen von Bewohnerparkausweisen der Stadt Köln (Bewohnerparkgebührenordnung)
3760/2023****Änderungsantrag der Gruppe KLIMA
FREUNDE & GUT
AN/2181/2023**

Herr Wahlen hat das Wort.

Lars Wahlen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! 2.862.000 Quadratmeter - das ist die Fläche, die ungefähr in Köln von parkenden Autos im öffentlichen Raum verbraucht wird.

Gleichzeitig hat sich in den letzten Jahren ein neues Bewusstsein dafür entwickelt, wie wertvoll gerade dieser öffentliche Raum ist. Es werden immer mehr Ansprüche an diesen Raum gestellt. Es braucht Platz für breitere Geh- und Radwege sowie Abstellflächen für E-Scooter, um dort Ordnung hineinzubringen, die Menschen wollen draußen in der Außengastronomie sitzen, und um die Folgen des Klimawandels gerade in der Innenstadt zu lindern, sind mehr Bäume und Grünflächen notwendig.

Für all das brauchen wir Platz. Aber der Platz ist begrenzt. Deshalb müssen wir Teile der bisher-

gen Nutzung aus dem öffentlichen Raum verlagern, und da stehen natürlich die parkenden Autos an erster Stelle.

Diese Verlagerung passiert entweder durch die direkte Umwidmung von Parkplätzen, wie wir es in dem Masterplan Parken bereits vorgesehen haben und machen werden, oder indem wir Anreize schaffen, Autos von öffentlichen auf private Stellplätze zu verlagern bzw. wenig genutzte Autos gleich ganz abzuschaffen. Denn in den letzten Jahren geht die Entwicklung in Köln dahin, dass die Zahl der privaten Autos zwar steigt bzw. zuletzt auch stagnierte, aber gleichzeitig die Nutzung der Autos zurückgeht, wie wir in der neuesten Mobilitätsstudie für Köln gesehen haben.

Das heißt, aus den Fahrzeugen werden immer mehr Stehzeuge. Und dafür ist der öffentliche Raum echt zu schade.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mit dieser Verwaltungsvorlage bekennen wir uns zum Wert des öffentlichen Raums, indem wir einen ersten Schritt zu einer angemessenen Preisbildung gehen - 100 bis 120 Euro im Jahr. Gleichzeitig erkennen wir auch die Grenzen, mit denen wir durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts konfrontiert sind - gleiche Gebühren für alle und keine großen Preissprünge zwischen den Größenklassen.

Natürlich wäre uns auch die von der Verwaltung ursprünglich erarbeitete Variante mit einem Höchstbetrag von 390 Euro und dafür mit einem Sozialrabatt deutlich lieber gewesen. Aber das Wichtigste ist, jetzt Klarheit zu schaffen. Es ist niemandem geholfen, wenn wir versuchen, die Grenzen einer Gebührensatzung auszutricksen, nur um vor Gericht zu scheitern und alles wieder rückabwickeln zu müssen.

Deshalb werden wir auch den Änderungsantrag von KLIMA FREUNDE & GUT ablehnen. Denn die Verwaltung hat den richtigen Schluss gezogen. Es wird jetzt eine Gebühr eingeführt. Aber sie ist auf die Höhe des ursprünglich angedachten Sozialtarifs gedeckelt. Und für die Zukunft geben wir der Verwaltung den Auftrag, sobald eine soziale Staffelung rechtssicher möglich ist, eine neue Gebührensatzung mit angemessenen Preisen und einer solchen Staffelung zu erarbeiten.

Ich halte es auch für wichtig, diese 120 Euro ins Verhältnis zu setzen. Denn auf dem freien Markt kosten private Stellplätze schnell mal über 1 000 Euro im Jahr, und wenn wir auf andere Kommunen blicken, sehen wir auch, dass wir mit unseren



120 Euro in der guten Gesellschaft von Städten wie Frankfurt am Main, Neuss oder auch Geislingen an der Steige sind -

(Vereinzelt Heiterkeit)

alles übrigens beschlossen mit den Stimmen der SPD, in Frankfurt und Konstanz sogar mit den Stimmen der FDP.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Daher appelliere ich an Sie, meine Damen und Herren: Springen Sie über Ihren eigenen Schatten. Was Geislingen schafft, das schafft auch Köln. Stimmen Sie der Verwaltungsvorlage zu.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau De Bellis-Olinger hat das Wort.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat! Sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer hier und vor den Bildschirmen! Gleich wird die FDP wieder Zeter und Mordio schreien. Die Liberalen werden sagen, dass wir die Kölnerinnen und Kölner mit diesem Beschluss vor den Kopf stoßen.

Sie werden ausführen, dass es den Grünen, Volt und uns gemeinsam mit der Oberbürgermeisterin eigentlich nur darum geht, dass die Menschen am besten alle ihre Autos abschaffen sollen.

(Beifall bei der FDP)

Sie werden fordern, dass erst der ÖPNV massiv ausgebaut werden muss

(Beifall bei der FDP)

und Quartiersgaragen geschaffen werden müssen,

(Beifall bei der FDP)

bevor man über höhere Gebühren nachdenkt

(Beifall bei der FDP - Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

- hör zu -, und sie werden das Vorhaben als dreiste Gebührenerhöhung brandmarken.

(Beifall bei der FDP)

Geschenkt!

(Ralph Sterck [FDP]: Das ist deine beste Rede, Teresa!)

- Wunderbar. - Da ich Ihnen jetzt auch die meisten Argumente bereits vorweggenommen habe, benötigen Sie vermutlich gar nicht Ihre ganze Redezeit. Bleibt also mehr für mich!

(Vereinzelt Beifall)

- Sehr gut. - Aber keine Angst: Ich werde hier kein flammendes Plädoyer für die Vorlage halten. Denn Sie haben ja alle sicherlich mitbekommen, dass ich persönlich durchaus meine Zweifel an dieser Gebührenvariante gehabt habe.

Trotzdem möchte ich Ihnen erläutern, warum wir als CDU dieser Vorlage zustimmen können.

Uns geht es in erster Linie um den Wert des öffentlichen Raums. Er ist definitiv mehr wert als die bisherige Bepreisung.

Wir sehen auch, dass wir das Parken dahin gehend steuern müssen, dass wir mehr Barrierefreiheit erreichen, damit Menschen mit Rollator und Rollstuhl sowie Eltern und Großeltern mit Kinderwagen mehr Raum bekommen, um sich durch unsere Stadt zu bewegen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Als Italienerin kenne ich außerdem den Wert von Straßen, in denen hier und da die Autos komplett aus dem öffentlichen Raum verschwinden

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- Moment -, um Platz für mehr Lebensqualität und wunderbares Dolce Vita zu machen.

Was wir an dem vorliegenden Vorschlag anerkennen, ist, dass die mitunter etwas größeren Familienvans ebenfalls nur ein moderates Preisschild angeheftet bekommen.

Auch die soziale Komponente ist derart berücksichtigt, dass der Preis für alle lediglich auf den ursprünglich geplanten ermäßigten Wert steigt.

Zugegeben: Ein wenig Sorge bereitet mir das Thema Wohnmobile, weil das Vorhaben möglicherweise eine Verdrängung in die Außenbezirke auslöst. Das werden wir genau beobachten und die Verwaltung gegebenenfalls in die Pflicht nehmen, dann auch zeitnah Lösungen zu präsentieren und gegenzusteuern.



Und ja, in Teilen habe ich durchaus auch Sympathien für die FDP-Kritik. Denn auch wir finden, dass es Alternativen für das Parken im öffentlichen Raum geben muss. Daher ist es gut, dass in der Innenstadt und in Ehrenfeld erste Tests anlaufen.

Auch beim Thema Quartiersgaragen werden wir nicht nachlassen.

Darüber hinaus sind wir offen für innovative Joint Ventures mit Supermärkten oder anderen Besitzern von Parkflächen. Hier gibt es sicherlich clevere Lösungsansätze, die ebenfalls zu einer Entlastung der Situation beitragen können. Anträge haben wir ja auch bereits in dieser Hinsicht beschlossen.

Alles in allem sind all diese Argumente ein gutes Fundament für eine Zustimmung zu dieser Vorlage.

Vielleicht konnte ich ja auch unsere Freunde von der FDP davon überzeugen. Ohnehin steht so ein Porsche doch viel sicherer in einer schönen Garage als lieblos im öffentlichen Raum

(Heiterkeit und Beifall)

geparkt, schutzlos den Einflüssen von Wind, Wetter und Vandalen ausgesetzt und mit so einem hässlichen Anwohnerparkausweis hinter der Scheibe. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Lorenz.

Lukas Lorenz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit der hier vorgelegten Beschlussvorlage macht das Ratsbündnis und mit ihr die Verwaltung leider mal wieder den dritten Schritt vor dem ersten Schritt.

(Niklas Kienitz [CDU]: Ach!)

- Ja. Ich wiederhole mich gerne. Da anscheinend Nachhilfe benötigt wird und wir uns immer wieder wiederholen müssen, wiederhole ich mich gerne an dieser Stelle noch einmal.

Bevor Bewohnerparkgebühren erhöht werden, müssen genügend Parkplätze in allen Bereichen

- das heißt, nicht nur im öffentlichen Raum, sondern auch in Parkhäusern - zur Verfügung stehen. Dafür muss die Stadt dringend in den einzelnen Gebieten die Anzahl der Bewohnerparkausweise mit der absoluten Anzahl an Parkplätzen in Zusammenhang setzen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen also dringend ein Parkraumkataster und keinen Parkplatzlotterieschein.

In Gebieten mit zu wenig Parkraum muss die Stadt Köln, wie Wien es schon gemacht hat, endlich Quartiersgaragen bauen oder privaten Parkraum erschließen,

(Beifall bei der SPD)

damit es Alternativen gibt und man sein Auto nicht weiterhin im öffentlichen Raum abstellen muss. Was wir also brauchen, liebes Ratsbündnis, sind Quartiersgaragen und keine Verdrängung von Autos in die Randbezirke.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens müssen wir dringend die Möglichkeit, auf das Auto zu verzichten, ausbauen. Dafür bedarf es endlich eines durchgängigen Rad- und Fußwegenetzes. Bei Letzterem konnten wir erst vor Kurzem von der Unfähigkeit dieses Bündnisses lesen, diese Stadt vernünftig zu lenken. Stattdessen werden immer noch Fuß- und Radverkehr gegeneinander ausgespielt.

Was wir also brauchen, ist der Ausbau des Umweltverbundes und keine Verteuerung des Parkraums.

(Beifall bei der SPD)

Aufgrund des Freiburger Urteils sind soziale Staffelungen direkt in der Satzung nicht zu regeln. Das wissen wir. Trotzdem kann es ja weiterhin Erleichterungen über andere Stellen geben. Das kennen wir beispielsweise aus Bonn. Es ist schade, dass das Bündnis hier sozial ungerecht agiert, statt soziale Härten abzumildern.

Mit unserem von den Fraktionen bereits abgelehnten Änderungsantrag von vorgestern im Verkehrsausschuss hätten wir genau das, was ich gerade formuliert habe, alles geschafft.

Aber anstatt zu steuern, verwalten Sie. Anstatt wirkungsvoll und zukunftsgerichtet nach vorne zu gehen, verharren Sie im Klein-Klein Ihrer albernsten Politik von vorgestern.

(Beifall bei der SPD)

Logischerweise lehnt die SPD die Erhöhung der Anwohnerparkgebühren aus den gerade dargestellten Gründen ab. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich ist es natürlich richtig, die Parkraumbewirtschaftung anzugehen, immer mit dem Ziel, weniger Autos im öffentlichen Raum vorzufinden. Das wurde schon richtig und ausführlich dargelegt. Insofern brauche ich es nicht noch einmal zu wiederholen.

Ich möchte in Erinnerung rufen, dass es unterschiedliche Beschlüsse aus den Bezirksvertretungen gibt. Beispielsweise gibt es einen Beschluss aus der Bezirksvertretung Innenstadt, der besagt: Wir müssen sukzessive die Autos aus dem öffentlichen Raum in die bestehenden Parkhäuser holen, also Anwohnerparken in die Parkhäuser legen, weil nachgewiesen ist, dass die Parkhäuser zu einem großen Teil nicht ausgelastet sind und somit Kapazität besteht, um Autos aus der Stadt heraus in die Parkhäuser zu holen.

Dieser Prozess wird nicht richtig umgesetzt. Da läuft nichts bzw. zu wenig. Das ist auch ein Grund, warum man die Vorlage bemängeln muss. Bevor man so etwas macht, wie es hier vorgesehen ist, hätte man das vernünftig voranbringen müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, die Vorlage hat aber auch noch andere Schwächen. So beträgt die Spreizung zwischen einem Fiat Panda und einem Riesen-SUV gerade mal 45 Euro. Es kann doch nicht euer Ernst sein, dass ein Auto, das 3 Tonnen wiegt, nur 30 oder 35 Euro mehr zahlen soll als ein Fiat Panda.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein solches Auto braucht mehr Platz; es braucht mehr Raum. Eigentlich kann das nicht euer Ernst sein.

Außerdem ist es natürlich nicht richtig, dass es keine soziale Staffelung gibt. Auch das lehnen wir

ab. Natürlich gibt es auch Leute, die wenig Geld haben und einen alten, klapprigen Fiat Panda oder ein ähnliches Fahrzeug fahren. An sie muss man doch auch denken, und für sie muss man einen ordentlichen Rabatt vorsehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt verweist ihr auf das Freiburger Urteil. Die Bonner machen es aber anders. Guckt doch nicht immer dahin, wo ihr einen Grund dafür findet, etwas nicht durchzusetzen, sondern guckt bitte mal dahin, wo ihr einen Grund findet, etwas durchzusetzen, was in die richtige Richtung geht.

(Beifall bei der LINKEN)

Hier müsst ihr den Bonner Weg gehen. Dann wären wir auch dabei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist also unsozial, und die Spreizung ist nicht ausreichend. Deswegen können wir nicht - -

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das widerspricht sich doch!)

- Nein, das widerspricht sich überhaupt nicht. Herr Hammer, das haben Sie jetzt doch bewusst falsch verstanden. Die Spreizung bei der Größe des Autos ist hier natürlich völlig falsch, und in der sozialen Frage seht ihr überhaupt keine soziale Spreizung vor, sondern schert alles über einen Kamm.

Vielleicht denkt ihr ja noch mal darüber nach. Es gab bereits im Juni 2022 einen Beschluss aus dem bunten Bezirk Nippes - also bunt, was das Bündnis angeht -, unter anderem mit den Grünen, die sich ebenfalls für eine ganz deutliche Spreizung - bis zu 600 Euro für SUVs und Ähnliches - ausgesprochen haben. Ihr solltet vielleicht auch noch mal darüber nachdenken, was eure Basis in den Bezirken so denkt und tut

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das weiß ich!)

und mit anderen vernünftigen Gruppen beschließt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ganz herzlichen Dank für den Antrag von KLIMA FREUNDE & GUT. Er geht in die richtige Richtung. Deswegen werden wir ihn unterstützen. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Liebe Teresa, ich muss wirklich sagen: Das war eine deiner besten Reden, die du hier gehalten hast. Du hast die FDP-Position wunderbar herübergebracht und dafür deine Zeit genutzt.

(Beifall bei der FDP)

Da ich heute auf das früheste Ende dieser Ratsitzung gewettet habe, mache ich es dann auch kurz.

(Niklas Kienitz [CDU]: Was hast du denn gewettet?)

- Das sage ich nicht.

(Zuruf: 21 Uhr?)

- Schauen wir mal, wo wir hinkommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, es ist schon so, dass ich hier insbesondere Sie anspreche. Denn auch wenn ich jetzt bei SPD und LINKEN die eine oder andere Krokodilsträne wahrnehme, wird von den linken Fraktionen und Gruppen hier in Fragen der Mobilität ja eigentlich Politik gegen die Autofahrerinnen und Autofahrer betrieben. Daher ist natürlich schon meine Hoffnung, dass die CDU sich bei solchen Themen nicht über den Tisch ziehen lässt. Denn es ist ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die auf ihr Auto angewiesen sind, wenn die CDU dann hier von der Fahne geht. Teresa stellt sich ja in den Medien dann immer schön als die Oppositionskraft dar. Wenn sie aber hier am Ende kuschelt und doch solchen Sachen zustimmt, ist die Enttäuschung da entsprechend groß.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Aus Sicht der FDP-Fraktion verbietet es sich, die Bewohnerparkgebühren anzuheben. Denn die Inflation bringt viele Haushalte ohnehin an oder unter die Existenzgrenze.

Es verbietet sich, die Bewohnerparkgebühren anzuheben. Denn wir vollziehen hier - das muss man jetzt auch mal für diejenigen sagen, die sich damit nicht so sehr beschäftigt haben - einen Paradigmenwechsel. Bisher war das eine Ausstellungsgebühr für den Ausweis, und jetzt bekommen wir eine Parkplatzmiete.

Ihr macht diesen Weg frei, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Es wird aber in Zukunft diejenigen, die auf ein Auto angewiesen sind, noch teuer zu stehen kommen, dass ihr diese Tür heute hier geöffnet habt.

(Beifall bei der FDP)

Es verbietet sich, die Bewohnerparkgebühren anzuheben, weil ein Bau von Quartiersgaragen in Köln überhaupt nicht stattfindet. Da könnt ihr gerne alle auch auf euren Beschluss, euren Masterplan Parken, der da kommen soll, verweisen. Es passiert in dieser Frage gar nichts.

Und der ÖPNV in Köln treibt die Leute eher zurück zum Auto, als dass er eine Werbung dafür wäre, auf Busse und Bahnen umzusteigen.

(Beifall bei der FDP)

Auch daher verbietet es sich, die Bewohnerparkgebühren anzuheben.

In diesem Sinne fordere ich gerade die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion auf, diese Büchse der Pandora heute nicht zu öffnen, diesen Paradigmenwechsel nicht vorzunehmen und bei dieser Erhöhung nicht mitzugehen. Denn ich glaube, dass das die Kölner Autofahrerinnen und Autofahrer teuer zu stehen kommt.

Wir als FDP stehen an deren Seite. Wir stehen für die Mobilität, auch die durch den motorisierten Individualverkehr, den wir in dieser Stadt brauchen. Deswegen werden wir hier heute gegen diese Erhöhung stimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Venturini, bitte.

Isabella Venturini (Volt): Die Voltfraktion steht an der Seite von allen Verkehrsteilnehmenden, nicht nur den Autofahrenden.

(Beifall bei Volt)

Die Anhebung der Gebühren für das Anwohnerparken ist wichtig. Denn die Städte sind in erster Linie Parkplätze. Nur weil man ein Auto besitzt, hat man nicht automatisch das Anrecht, öffentliche Flächen zu besetzen.

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)



Viele europäische Nachbarländer gehen bereits diesen Weg. Seit 2000 - das wurde bereits mehrmals erwähnt; aber ich möchte es noch mal erwähnen - ist die Anzahl der Pkw in Köln um 17 Prozent angestiegen. Parkplätze können hier nicht mitwachsen.

Wie auch schon erwähnt worden ist, geht der Bau von Quartiersgaragen, den wir absolut befürworten und für den wir uns auch weiterhin einsetzen werden, leider nicht so schnell. Viele Leute in diesem Rat wissen auch genau, dass das sehr, sehr schwierig und wirklich kompliziert ist.

Wir möchten ebenfalls, dass Parkhäuser besser ausgenutzt werden und die Parkplätze von Supermärkten oder Baumärkten genutzt werden. Aber auch das ist leider nicht so einfach.

Deswegen sind wir gezwungen, jetzt auch andere Maßnahmen in Angriff zu nehmen, die dafür sorgen werden, dass der öffentliche Raum gerechter aufgeteilt wird, weil die gerade angeführten Maßnahmen eben noch Zeit brauchen werden.

(Beifall bei Volt)

Die Voltfraktion vertritt, wie gesagt, aus allen genannten Gründen ganz klar: Wer im knappen öffentlichen Raum parken will, muss auch bereit sein, dafür zu zahlen.

Viele Jahre konnten die Anwohnerinnen und Anwohner ihr Fahrzeug für rund 30 Euro im Jahr abstellen. Das steht in absolut keinem Verhältnis zum finanziellen Wert des knappen öffentlichen Raumes. Es steht auch in keinem Verhältnis zum Wert, den der öffentliche Raum für die Entwicklung der Städte hat.

Die angepasste Gebührenstruktur, nach der maximal 120 Euro pro Jahr gezahlt werden sollen, geht für uns, für Volt, mit Blick auf die angestrebte Mobilitätswende und auch auf die Verteilung des öffentlichen Raums verkehrlich und ökonomisch nicht weit genug. Aus diesem Grund werden wir uns zukünftig dafür einsetzen, dass es zu einer Erhöhung kommt. Aber Hauptsache und wichtig ist, dass diese Gebührenordnung jetzt erst mal in Kraft tritt, damit sie auch ihre Wirkung entfalten kann. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Busch das Wort.

Philipp Busch (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Viel wurde über das Freiburger Urteil geschrieben und gesprochen. Hat sich eigentlich einer von Ihnen das Vauban in Freiburg auch mal angeschaut? Die Leute fahren auch da Auto.

Auch hier wird sich nichts ändern. Denn der ÖPNV in dieser Stadt ist nicht so, dass er auch nur annähernd eine Alternative zum motorisierten Individualverkehr darstellen würde, sondern eher eine Bestrafung für diejenigen, die sich diesen nicht leisten können.

(Beifall bei der AfD)

Daher soll der freche Bürger, der Schelm, gleich doppelt bestraft werden, indem Parken für ihn immer teurer wird, womit er auch noch den immer weiter ausufernden Sozialstaat finanzieren darf, der bei nächster Gelegenheit gleich wieder alles erhöht. Wer nicht hören will, soll also fühlen.

Ich vermute, dass die Gebühren nicht, wie es wünschenswert wäre, dem Straßenbau in dieser Stadt zugutekommen, sondern für irgendwelche abenteuerlichen Projekte draufgehen, die sich dieser Rat beizeiten wieder einfallen lässt.

(Beifall bei der AfD)

Überhaupt sollte hier nicht von Gebühren gesprochen werden. Denn Gebühren sollen kostendeckend sein und nicht der klammen Kämmerin zugutekommen. Frau Diemert, Sie merken es ja gerade.

Auch die vermeintlich sozialen Staffelungen bestrafen diejenigen, die eventuell wegen der Familie oder einfach, weil sie es sich nicht leisten können, kein kleineres Auto kaufen.

Man sorgt für eine Gentrifizierung und drängt die weniger Begüterten aus den Bereichen dieser Stadt, in denen Sie es für die Menschen nun teurer machen wollen. Warten wir mal ab, ob es Köln so ergehen wird wie Freiburg und auch hier geklagt wird.

Da wir uns nicht daran beteiligen, den Autofahrer weiter als Melkkuh in Zeiten höchster Steuereinnahmen zu missbrauchen, werden wir, wenig überraschend, der Vorlage und auch dem Änderungsantrag nicht zustimmen und können nur hoffen, dass immer mehr Bürger sehen, dass ihnen frech in die Tasche gegriffen wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Feuser.

Inga Feuser (KLIMA FREUNDE & GUT): Amsterdam: 535 Euro im Jahr; Stockholm: 827 Euro im Jahr. Das sind zwei Beispiele aus unseren europäischen Nachbarländern, die ganz deutlich machen: 120 Euro im Jahr sind ein Witz. Das sind gerade mal 10 Euro im Monat. Es ist - Entschuldigung - auch ein absoluter Witz, wegen dieser 10 Euro im Monat nicht dazuzustimmen.

Das kostenlose Parken - und ja, bisher ist es kostenlos; wir haben ja gerade gehört, dass das nur eine Bearbeitungsgebühr ist - ist eine massive Subvention der fossilen Infrastruktur, und dann auch noch eine sozial ungerechte.

Was den Wert öffentlichen Raums angeht, was Barrierefreiheit angeht und was lebenswerte Städte angeht, schließen wir uns fast allem an, was die Grünen und auch Frau De Bellis gerade schon gesagt haben.

Es ist allerdings aus unserer Sicht in der Argumentation von SPD und FDP völlig absurd, dass, wann immer es um das Auto geht, plötzlich andere Regeln gelten als sonst in Deutschland. Egal ob ein Marktstand oder eine Wohnung: Öffentlicher Raum ist wertvoll und kostet ein Vermögen - es sei denn, es geht um Autos.

Es ist auch vollkommen falsch, zu sagen, dass wir erst genügend Parkplätze schaffen müssen. Denn wir brauchen schlicht und einfach weniger Autos. Die meisten Autos stehen die meiste Zeit nur herum. Sie werden eben nicht täglich benötigt. Man hat sie einfach, weil es so praktisch ist.

(Beifall bei KLIMA FREUNDE & GUT)

Wir haben es schon so oft gesagt: Klimaneutralität geht nur mit Verkehrswende, und Verkehrswende geht nur mit weniger Autos. - Zu diesem Ziel hat sich auch die Stadt Köln bekannt.

Natürlich wollen auch wir gerne eine Staffelung nach Größe. Denn auch hier sind wir wieder bei den Sonderregelungen für das Auto jenseits der Vernunft. Woanders gilt doch auch: Wer mehr verbraucht und wer mehr kaputt macht, der muss auch mehr bezahlen. - Warum dies laut Freiburger Urteil bisher nicht zulässig ist, ist für uns nicht nachvollziehbar. Wir hoffen, dass sich hier noch etwas ändern wird.

Genauso absurd ist es, dass beim Auto immer wieder Politik jenseits von Fakten gemacht wird

oder zumindest gefordert wird. Denn wer meint, eine soziale Politik zu machen, indem er Sonderrechte für das Auto verteidigt, der möge doch bitte einmal in die Studien schauen, die zeigen, dass die sozial schwächsten Menschen in unserer Gesellschaft nur sehr selten ein eigenes Auto haben. Die Studien können wir euch auf Nachfrage gerne zuschicken.

Damit ist die Finanzierung des kostenlosen Parkens aus Steuergeldern also auch eine soziale Ungerechtigkeit.

Nichtsdestotrotz wollen auch wir gerne die soziale Abmilderung, die das Freiburger Urteil bisher verbietet. Deswegen haben wir diesen Änderungsantrag gestellt, der die Möglichkeit eröffnen soll, jenseits einer Staffelung der eigentlichen Parkgebühren eine soziale Unterstützung oder eine soziale Milderung für einkommensschwache Haushalte zu schaffen. Es geht in unserem Änderungsantrag nämlich darum, jetzt nicht wie das Kaninchen vor der Schlange abzuwarten, dass sich die Rechtslage ändert. Denn was ist, wenn sie das nicht tut?

Deswegen möchten wir, dass die Verwaltung aktiv nach Wegen sucht, diese Regelung auf anderem Wege sozusagen zu umgehen. Es muss doch möglich sein, auf andere Art und Weise soziale Abmilderungen für einkommensschwache Haushalte oder finanzielle Unterstützung für einkommensschwache Haushalte zu geben - und sei es, dass dann auch diejenigen profitieren, die kein Auto haben. Das ist doch kein Schaden - im Gegenteil. Es ist wunderbar, wenn dann sogar auch die Leute ohne Auto noch ein bisschen oder auch noch mehr profitieren.

Daher würden wir uns freuen, wenn ihr unserem Änderungsantrag zustimmen würdet.

(Beifall bei KLIMA FREUNDE & GUT und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen sowie von Bezirksbürgermeisterin Dr. Diana Siebert [Nippes])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleg*innen im Saal und am Stream! Es war vielleicht ein Fehler, dass man bei der Einführung des Anwohnerparkens - das gab es ja nicht schon immer - mit einer so geringen Gebühr gestartet ist und dass sie auch bis heute so niedrig war. Wenn es



nun auf eine Parkplatzmiete, wie Herr Sterck sagte, von 100 bis 110 oder 120 Euro im Jahr umgestellt wird, dann ist das ungefähr eine Verdreifachung der Gebühr oder der Miete.

(Zuruf von der SPD: 300 Prozent!)

Aber es ist natürlich, wie Frau Feuser gerade ausführte, eigentlich ein Witz; 10 Euro im Monat sind immer noch nicht wirklich viel.

Wir sprechen vom öffentlichen Raum, den wir zurückgewinnen wollen, indem wir die Autos verdrängen wollen und ihn für andere Nutzungen zugänglich machen wollen. Wenn es zum Beispiel um die Außengastronomie auf den Parkplätzen geht, sind auch alle immer dafür, freuen sich und sagen: Wir machen da eine Gebührenreduzierung; wir machen da eine Gebührenbefreiung. - Wir freuen uns über das, Frau De Bellis, italienische Flair in Kölns Straßen, wenn wir auf der Straße sitzen können und unseren Chianti trinken können. Das ist alles wunderbar.

Wenn es jetzt aber darum geht, eine Gebühr zu erhöhen oder eine Miete einzuführen, dann ist das auf einmal Teufelswerk. Das ist schon etwas eigenartig. Man kann die Straßen bzw. die Parkplätze auch heute schon für alle möglichen Zwecke mieten - für eine Baustelleneinrichtung, für die gerade erwähnte Außengastronomie, für einen Filmdreh, um da seine Autos abzustellen, usw.

In jedem Fall wird die Gebühr höher sein als das, was fürs Anwohnerparken bezahlt werden muss. Das Auto im öffentlichen Raum zu parken, ist immer noch das Allergünstigste, was man machen kann. Und das ist eigentlich eine verkehrte Welt. Es müsste deutlich teurer sein. Ich finde es schade, dass wir nicht in Richtung der 300 Euro gegangen sind, wie das ursprünglich mal angedacht war und durch die Presse ging.

Die Quartiersgaragen werden hier als das große Allheilmittel dargestellt. Wenn Sie eine Quartiersgarage für 110 Euro im Jahr einführen wollen, dann bin ich mal gespannt, wie Sie das finanzieren wollen.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen - Christian Joisten [SPD]: Aber dann hast du einen Platz!)

- Ich weiß; Anwohnerparken ist Lotterie, und in der Quartiersgarage hat man einen sicheren Platz. Aber gucken Sie sich doch mal die Mieten an, wenn Sie sagen, das sei die Lösung. Düsseldorf hat anscheinend einige Quartiersgaragen. Da

zahlen Sie - es gibt Spitzenpreise und auch niedrigere Preise - im Schnitt 70 bis 80 Euro pro Monat für Ihren sicheren Parkplatz. So hoch waren vor 10 oder 20 Jahren noch die Gebühren für private Stellplätze.

Die Quartiersgarage ist also nicht umsonst - abgesehen davon, dass man sie bauen muss und sie nicht unbedingt das Stadtbild verschönert. In dem Zusammenhang möchte ich Frau Feuser recht geben. Wie sie gerade erwähnt hat, ist Ziel der Verkehrswende, den Autoverkehr und die Zahl der Autos in der Stadt zu reduzieren, damit wir nicht nur etwas fürs Klima tun, sondern auch mehr Lebensqualität gewinnen.

In dem Zusammenhang noch ein letztes Wort an die SPD: Ich bin immer wieder erstaunt über Ihren Armutsbegriff. Der Begriff „Armut“ ist ja schon an sich schwierig.

(Christian Joisten [SPD]: Er ist klar definiert!)

Aber in meiner Wahrnehmung können sich Leute, die nicht viel Geld haben, kein Auto leisten.

(Beifall bei KLIMA FREUNDE & GUT - Oliver Seeck [SPD]: Was für ein Quatsch!)

Und das liegt nicht daran, dass sie 10 Euro im Monat für einen Anwohnerparkausweis bezahlen müssen. Daran liegt es nicht. Es liegt daran, dass Autos heutzutage teuer sind und dass sie unglaublich viel Geld für die Miete und alles andere aufwenden müssen.

Wenn Sie etwas für die armen Leute tun wollen, dann sorgen Sie dafür, dass sie ein ordentliches Umfeld zum Leben haben. Und das heißt: Autos raus aus den Straßen

(Christian Joisten [SPD]: Die müssen ja irgendwo arbeiten! Kann das sein?)

und ein ordentliches Lebensquartier schaffen.

Das sollte das Ziel sein. Die 100 bis 110 Euro sind wirklich, wie Frau Feuser sagte, eigentlich ein Witz. - Danke schön.

(Beifall bei KLIMAFREUNDE & GUT und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde jetzt gerne zunächst über den Änderungsantrag von KLIMA FREUNDE & GUT und dann über die Vorlage abstimmen lassen.

Wer dem Änderungsantrag von KLIMA FREUNDE & GUT zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die LINKEN und natürlich KLIMA FREUNDE & GUT. Gibt es Gegenstimmen? - Ja, ich will Sie ein bisschen aktivieren. Enthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich komme jetzt zur Vorlage. Wer stimmt dagegen? - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Die FRAKTION, die FDP und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.2.4 Änderung der Satzungen über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzungen) 3413/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Ich komme zu:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

Tagesordnungspunkt

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2023 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2023/2024 3842/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Weiter geht es mit:

7.2 Unterrichtung des Rates über Kosten-erhöhungen nach § 25 KomHVO

Tagesordnungspunkt

7.2.1 Kleingartenanlage Hoffnung e. V., Anlage Niehler Straße und Anlage Kretzer

Straße, Erneuerung des Wasserleitungsnetzes 3150/2023

Wortmeldungen? - Auch das ist eine Kenntnisnahme. Wünscht es jemand nicht zur Kenntnis zu nehmen? - Nein. Enthält sich jemand? - Nein. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

7.2.2 Make or Buy Konzept Baumpflege Beschaffung 6 Hubsteiger, 1 Lkw mit Ladekran 3176/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

7.2.3 Sanierung und Verbreiterung des Geh- und Radweges am Sürther Leinpfad 3456/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

7.2.4 Überplanmäßiger zahlungswirksamer Mehraufwand im Bereich der Schulmieten im TP 0301, Schulträgeraufgaben im Haushaltsjahr 2023 3791/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

7.3 Kommunalinvestitionsförderungs-gesetz, Kapitel 1 und 2 Sachstandsmitteilung 3684/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

7.4 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2022 gem. § 83



Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2022 3881/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

7.5 Fortschreibung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung 2025 bis 2027 3702/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Ich komme zu:

8 Überplanmäßige Aufwendungen

Tagesordnungspunkt

8.1 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 0212 Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst 3414/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

8.2 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0402 - Museum Ludwig für das Haushaltsjahr 2023 3713/2023

Wortmeldungen? - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank, Herr Wolfgramm, für die Beantwortung. Da habe ich wohl die richtigen Fragen gestellt.

Ich bin sehr überrascht, dass es hier Vorlagen gibt, die dem Rat und Ausschüssen vorgelegt werden, wie zum Beispiel zum Zentraldepot, in denen nicht alle Aufwendungen aufgeführt werden. Das heißt, dass wir nicht mehr sicher sein können, dass in einer Vorlage wirklich die Zahlen stimmen. Das ist jetzt hier herausgekommen.

Es wurden - das haben Sie ja hier ausgeführt - nur die investiven Mittel aufgeführt, die man eingesetzt hat, aber nicht die konsumtiven. Und da

muss ich sagen: Ich persönlich habe hier noch nicht erlebt, dass man Sachen einfach weglässt.

Darum werde ich bei so einer nach meiner Meinung nicht seriösen Deckung - -

(Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

- Ja, man kann viel lernen, Herr Kienitz. Auch Sie können hier noch einiges davon lernen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Sie auch!)

- Ja, ich auch; ich lerne auch. Aber ich lerne auch, Herr Kienitz, wie die Verwaltung das macht.

Ich lerne auch bei der Stadtbibliothek, wenn ich da nachfrage. Wir hatten mehrere Vorlagen, in denen es um Mehrkosten gegangen ist. Und jetzt sagt man einfach: Ach, weil die Planung jetzt so ist, dass wir vielleicht weniger Mehrkosten haben, haben wir ja eine Differenz, und die nehmen wir als Deckung. - Und da muss ich sagen: Das ist eine sehr fantasiereiche Ausschmückung bezüglich der Kosten.

(Bernd Petelkau [CDU]: Herr Lindner ist Finanzminister! Der kann das!)

- Ja, das kann ja vielleicht sein.

Darum werden wir das hier ablehnen.

Wir werden Ihnen das aber bei den Vorlagen zur Stadtbibliothek noch einmal aufzeigen, wenn dann die Mehraufwendungen da sind. Denn das, was man jetzt weniger hat als das, was wir hier beschlossen haben, als Delta zu nehmen, halte ich nicht für seriös. Entschuldigung; das muss ich einfach so sagen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann sollten wir bilateral mal ins Gespräch darüber kommen, ob auch immer - so wird das ja bei der Oper gemacht - die Betriebskosten dazugehören oder nicht. Das ist nämlich meines Erachtens lange nicht bei jeder Situation so. Aber das werden wir bilateral aufklären.

Ulrich Breite (FDP): Das können wir sehr gerne machen. Und schon wieder nehmen Sie hier einen Bereich aus der Kultur heraus. Ich kenne andere Bereiche, in denen das nicht so gemacht wird. - Danke schön.



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Gibt es Gegenstimmen? - Es stimmt die FDP-Fraktion dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich Die FRAKTION. Dann ist das so beschlossen.

Ich komme jetzt zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.1 Baubeschluss für die Bahnsteiganhebung der Haltestelle Barbarossaplatz 2646/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.2 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Beihilfekasse der Stadt Köln 2022 2013/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.3 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2024 2014/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.4 Befristete Verlängerung des Förderprogrammes im Rahmen des Programmes „Bleibeperspektive in Köln“ mit Trägerbindung 2254/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.5 Bauliche Ertüchtigung zur Sicherstellung der Betreiberverantwortung statt

Umbau, Modernisierung und Erweiterung des Bürgerhauses MüZe, Berliner Str. 77 in Köln-Mülheim 1107/2023

Herr Bauer-Dahm, bitte.

Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kollegen! Ich mache es kurz vom Platz aus. - In der letzten Ratssitzung hatten wir ja die Punkte 1 und 2 der Vorlage unter dem heutigen TOP 10.5 noch mal zur Beratung in den Fachausschuss zurückbekommen. Ich würde das gerne direkt mit dem TOP 10.6 verknüpfen.

Wir haben das noch mal durchdiskutiert und mit viel Bedauern wahrgenommen, dass wir keine Möglichkeit finden werden, das Geld nicht zurück ans Land zu überweisen. Wir unterliegen da juristischen Verpflichtungen bzw. die Rückforderungen des Landes liegen schon vor.

Daher möchte ich beantragen, weil wir an den Kostensteigerungen, die sich da ergeben haben, am Personalmangel etc. rückwirkend nichts mehr ändern können, bei beiden Punkten, also 10.5 und 10.6, abzustimmen wie ASS - also wie der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, ja; mir ist das klar.

Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen): Aber da hinten kam - -

(Lukas Lorenz [SPD]: Nein, von mir nicht! ASS ist Aspirin, oder?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich war der Meinung, dass wir heute über die Beschlusspunkte 1 und 2 der Vorlage abzustimmen haben. Beim letzten Mal haben wir über die Punkte 3 und 4 abgestimmt.

Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen): Exakt. Genau. Aber der ASS hat ja dem ersten Punkt einstimmig zugestimmt. Beim zweiten Punkt hat sich, glaube ich, die SPD enthalten; da bin ich mir gerade nicht sicher. Jedenfalls wollte ich nur weitergeben, dass wir da einen relativ konsensualen Beschluss gefasst haben.



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber deswegen können wir doch eigentlich über die Beschlusspunkte 1 und 2 der Vorlage abstimmen, oder?

Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, genau.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, gut. Dann ist alles wunderbar. - Frau Glashagen.

Jennifer Glashagen (Volt): Vielen Dank. - Sehr geehrte Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss leider für die Voltfraktion punktweise Abstimmung beantragen und mache das hiermit.

Gerade wurde ja schon gesagt, dass im Sozialausschuss anders abgestimmt wurde. Das war tatsächlich auch ich in Person. Ich habe der Vorlage so, wie sie war, nicht zugestimmt; das stimmt.

Wir wollen aber auch nach den jetzt noch durchgeführten Beratungen sowohl hier im Rat als auch in den Ausschüssen deutlich sagen, dass wir den Auftrag bei der Verwaltung lassen wollen, dass die Maßnahme „Bürgerhaus MüZe - Umbau, Modernisierung und Erweiterung zur energetischen und funktionalen Verbesserung“ beibehalten werden soll. - Herzlichen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe hier eine Vorlage mit vier Beschlusspunkten. Über die Punkte 3 und 4 haben wir schon beschlossen. Ich habe einfach nicht mehr Beschlusspunkte, also keine Punkte 5 und 6.

Aber Herr Joisten meldet sich. Bitte. Vielleicht helfen Sie mir mal, das aufzuklären.

Christian Joisten (SPD): Das war jetzt in der Tat nicht mein Ansinnen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Nein, ich wollte noch mehr Verwirrung stiften!)

Wir sind ja noch in der Rederunde. Deswegen hatte ich mich gemeldet.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. Trotzdem können Sie doch dazu beitragen, das aufzuklären.

Christian Joisten (SPD): Ich könnte dazu beitragen, -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das wäre schön.

Christian Joisten (SPD): - tue das aber insofern nicht, als dass wir jetzt an dieser Stelle eine klare Haltung einnehmen und auch noch etwas korrigieren müssen.

Es war - so habe ich es mir berichten lassen - im Sozialausschuss nachher in der Abstimmung etwas unübersichtlich. Wir wollen daher noch einmal auf Folgendes hinweisen - ich rede jetzt zu den Tagesordnungspunkten 10.5 und 10.6 zusammen -: Hier geben wir in der Summe fast 4 Millionen Euro Fördergelder, die wir eigentlich vom Land schon zugesagt haben, zurück.

Das muss man sich einmal vorstellen. Wir geben Fördergelder für soziale Projekte, die wir eigentlich in dieser Stadt und auch in diesem Stadtbezirk dringend brauchen, zurück. Das ist aus unserer Sicht ein fatales Signal. Wir haben hier vorhin über die Unterstützung der sozialen Infrastruktur gesprochen. Jetzt wird die bauliche Infrastruktur des sozialen Bereiches weiterhin in einem Zustand gelassen, der nicht in Ordnung ist.

Deswegen werden wir bei TOP 10.5 ein klares Signal setzen und die Vorlage ablehnen, auch wenn wir wissen, dass wir als Rat rein rechtlich eigentlich gar keine andere Möglichkeit haben. Aber die Verwaltung hat hier ihren Job nicht gemacht - das muss man an der Stelle einfach mal sagen -, dieses Haus, das in einem erbärmlichen Zustand ist, zu sanieren. Und es ist noch nicht mal gelungen - das war dann die Situation im Sozialausschuss -, dem Ansinnen der BV 9, zumindest ein alternatives Verfahren aufzugleisen, zuzustimmen. Unter diesen Voraussetzungen können wir heute dieser Vorlage nicht zustimmen und werden sie ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Es ist immer spannend, zu sehen, was zwischen Ausschusssitzungen und Ratssitzungen in Fraktionen so passiert! - Gegenruf von Christian Joisten [SPD]: Dann muss man



diese Ausschusssitzungen sauber führen!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Da sollte man bitte vorsichtig sein. Ich habe hier eine Niederschrift über die Ausschusssitzung. Dort ist über die Punkte 1 und 2 abgestimmt worden, und zwar einstimmig zugestimmt.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen lasse ich jetzt auch noch einmal darüber abstimmen. Aber wir haben ja den Vorsitzenden des Sozialausschusses hier. Vielleicht kann der - -

Christian Joisten (SPD): In der Annahme, dass es um die Vorlage wie BV 9 geht.

Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen): Wenn ich darf, Frau Oberbürgermeisterin - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte.

Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen): Ich war ja anwesend, und ich habe auch das Beschlussprotokoll freigezeichnet oder freigegeben.

Ich stimme Ihnen voll und ganz zu. Frau Hoyer nickt auch fleißig. Diejenigen, die da waren und aufgepasst haben, haben das also mitbekommen. Davon bin ich ziemlich überzeugt.

Ich würde aber gern noch einen Satz zu Frau Glashagen sagen. Es ist ja nicht so, als ob wir auf die bauliche Ertüchtigung verzichten würden. In Punkt 1 steht „zum jetzigen Zeitpunkt“, weil es eben juristisch nicht anders geht. Aber natürlich erwarten auch wir, alle anderen hier im Rat, von der Verwaltung, dass die beiden Bürgerhäuser ertüchtigt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sich jetzt auf die Fahne zu schreiben, dass wir das nicht wollen, finde ich, mit Verlaub, daneben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber über eines sind wir uns doch einig: Wir können nur

über das abstimmen, was vorberaten und abgestimmt worden ist.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist richtig, ja! - Christian Joisten [SPD]: Wir können wie BV 9 abstimmen! Das können wir tun!)

Ziffer 1 und 2 der Vorlage mit dem Votum der BV 9 wurden zur Beratung in den Sozialausschuss verwiesen. Und dann hat man abgestimmt - - Ich kann auch gerne noch mal vorlesen, was da abgestimmt worden ist. Ich möchte hier nämlich keine Verwirrung haben. Hören Sie also bitte zu. Abgestimmt wurde:

1. dass die Maßnahme „Bürgerhaus MüZe - Umbau, Modernisierung und Erweiterung zur energetischen und funktionalen Verbesserung“, Berliner Straße 77 in Köln-Mülheim aus der Städtebaufördermaßnahme Starke Veedel - Starkes Köln (Sozialraum 5 + 9) Buchheim, Buchforst, Mülheim-Nord und Keupstraße (Zuwendungsbescheid-Nr. 05/06/19) aufgrund der Kostensteigerung von ursprünglich rund 5,00 Mio. Euro auf rund 16,3 Mio. Euro zum jetzigen Zeitpunkt

- zum jetzigen Zeitpunkt; das passt ja dann zu dem, was der Vorsitzende des Sozialausschusses sagt -

wegen der fehlenden Finanzierung nicht realisiert werden kann.

2. auf die bereits bewilligten Städtebaufördermittel in Höhe von rund 3,2 Mio. Euro für die Generalsanierung des Bürgerhauses MüZe aus dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept für den Sozialraum „Buchheim, Buchforst und Mülheim Nord, Keupstraße“ im Rahmen des Programms „Starke Veedel - Starkes Köln“ zu verzichten. Die bereits abgerufenen und ausgezahlten Fördermittel in Höhe von 40.934,26 Euro werden an den Fördermittelgeber erstattet. Die Finanzierung der Erstattung der investiven Fördermittel in Höhe von 40.934,26 Euro zuzüglich gegebenenfalls anfallender Zinsen erfolgt aus dem Teilfinanzplan 0902 - Stadtentwicklung.

Diesen Punkten wurde einstimmig zugestimmt.

Also, ich kann nur darüber abstimmen lassen - -



(Christian Joisten [SPD]: Wir können auch wie BV 9 abstimmen! Das geht! - Gegenruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Beantragst du das oder nicht?)

Christian Joisten (SPD): Dann beantrage ich hier Abstimmung in der Version der BV 9, die ja genau das enthält, was Herr Bauer-Dahm eben dargestellt hat, nämlich dass eine alternative Planung sichergestellt wird. Mehr steht da ja nicht. Daher können wir das doch dann, wenn alle sich einig sind, auch hier heute so beschließen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich darüber zunächst wie BV 9 abstimmen. Damit umgehen wir zwar die Fachausschüsse. Aber Sie können ja so abstimmen, wie Sie mögen. Es zwingt Sie ja keiner, jetzt so abzustimmen. Jeder kann das ja nach seinem Kenntnisstand und seinem Gewissen machen. Ich mache also zwei Abstimmungsvorgänge: einmal wie BV 9 und einmal wie Sozialausschuss in getrennter Abstimmung.

Wer wünscht wie BV 9 abzustimmen? - Das passt dann wieder nicht zu den Punkten 3 und 4.

Ich muss jetzt leider eine kurze Pause machen, weil wir jetzt die ganze - - Kommen Sie bitte mal dazu, Herr Dr. Rau?

(Unterbrechung von
19.06 Uhr bis 19.07 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lese jetzt noch mal vor, worüber ich bei der Abstimmung wie BV 9 abstimmen lasse:

Die Verwaltung wird beauftragt, an dem Vorhaben „Umbau, Modernisierung und Erweiterung zur energetischen und funktionalen Verbesserung“ des Bürgerhauses MüZe festzuhalten und alternative Realisierungs- und Fördermöglichkeiten zu suchen. Hierbei sollen auch kreative Lösungswege wie eine zeitliche Streckung der Maßnahme in Betracht gezogen werden, um die finanziellen Belastungen über mehrere Haushaltsjahre zu verteilen. Denkbar wäre beispielsweise,

in einem ersten Schritt nur das Hauptgebäude und in einem zweiten Schritt das Nebengebäude zu sanieren.

Im Übrigen hat die BV 9 die Punkte 3 und 4, über die wir schon beschlossen haben, benannt. Darüber brauchen wir jetzt also nicht noch einmal abzustimmen.

Ich habe gerade den Text vorgelesen. Darüber lasse ich jetzt abstimmen. Wer wünscht der BV 9 in der Abstimmung hier im Rat zuzustimmen? - Das sind die SPD-Fraktion, Herr Zimmermann und Volt. Wer enthält sich? - Die AfD. Dann ist das abgelehnt.

Dann lasse ich - ich versuche es noch mal - über die Beschlusspunkte 1 und 2 der Vorlage abstimmen, und zwar punktweise.

Punkt 1. Gegenstimmen? - Volt und die SPD-Fraktion stimmen dagegen. Enthaltungen? - Herr Zimmermann enthält sich. Beschlossen.

Punkt 2. Wer wünscht ihm zuzustimmen? - Die LINKEN, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Volt, Die FRAKTION, Herr Zimmermann und KLIMA FREUNDE & GUT. Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich die AfD. Dann ist das so beschlossen.

Jetzt machen wir noch die Gesamtabstimmung über die Punkte 1 und 2 der Vorlage. Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

10.6 Kulturbunker in Köln-Mülheim, Berliner Straße 20 - Verzicht auf Modernisierung und energetische Ertüchtigung 2347/2023

Hier liegt mir eine Wortmeldung von Herrn Joisten vor.

(Christian Joisten [SPD]: Die ist schon abgearbeitet! Ich habe mich ja dazu geäußert!)

- Ach so. - Gibt es Wortmeldungen zu TOP 10.6, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über diese Vorlage abstimmen. Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt



10.7 Modernes Köln GmbH; Liquidation 2806/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich die Fraktion DIE LINKE. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.9 Mehrsprachiges Vermittlungsangebot des Museumsdienstes (Umsetzung Kul- turentwicklungsplanung) 2929/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.10 Überleitung der Maßnahme „Zuhause im Veedel“ in das Förderprogramm Ge- meinwesenarbeit 2966/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.11 Zweiter Gleichstellungsplan 2024 - 2028 3123/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.12 Erneute Betrauung der KölnTourismus GmbH 3687/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.13 Kölner Verhütungsmittelfonds 2576/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.15 Verlängerung Auszugsmanagement 2024/2025

2793/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.16 Mitgliedschaft Radregion Rheinland e. V. 2825/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.17 Bedarfsfeststellung zur Errichtung ei- ner Dreifachturnhalle am Standort Hol- weider Straße 2 einschließlich angren- zenden Grundstücksflächen in 51065 Köln-Mülheim 3309/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.18 Bedarfsfeststellungsbeschluss: Rah- menvertrag für Baumpflegearbeiten auf Kölner Sportanlagen (36 Monate) 3409/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.19 Baubeschluss für die Erneuerung von 6 Fahrtreppenanlagen an den Stadt- bahnhaltstellen Piusstraße, Körner- straße und Akazienweg 2844/2023

Wortmeldungen? - Keine.

Dann lasse ich abstimmen wie BV 4, Anlage 6.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.20 Durchführung eines europaweiten Aus- schreibungsverfahrens zur Suche ei- nes Investors* einer Investorin mit



**Grundstück zur Planung und Errichtung einer Grundschule im Stadtbezirk Ehrenfeld
3139/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich DIE LINKE. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.21 Mindeststandards zur Betreuung Geflüchteter - Fortführung der Maßnahmen
2893/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.22 Bedarfsfeststellungs-, Planungs- und Baubeschluss für die Errichtung eines Wohngebäudes zur Unterbringung Geflüchteter an der Gießener Straße in Köln-Gremberg durch einen Totalunternehmer
0934/2023**

Wortmeldungen? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren!! Hier stelle ich den Antrag, wie BV 8 abzustimmen, bitte. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. Auch hier sind Sie mir wieder zuvorgekommen. Das hatte ich vor.

(Christian Joisten [SPD]: Okay!)

Dann können wir das auch diesmal so machen. Ich lasse abstimmen wie BV 8. - Nein, ich wollte abstimmen lassen wie Vorlage. Dann muss ich darüber abstimmen lassen, wie wir abstimmen.

Wer dem Antrag von Herrn Joisten, wie BV 8 abzustimmen, zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, DIE LINKE und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das abgelehnt.

Daher lasse ich jetzt abstimmen wie Vorlage. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.23 Zero-Waste-Konzept Köln
1170/2023**

**Änderungsantrag der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT
AN/2166/2023**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/2143/2023**

Als Erste spricht Frau Schlömer.

Ursula Schlömer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits vor gut zwei Jahren hat dieser Rat beschlossen, ein Zero-Waste-Konzept zu entwickeln. Inzwischen liegt der Klimaaktionsplan vor, mit dem wir uns nachher noch im Detail befassen werden und den wir hoffentlich auch beschließen werden; ich freue mich jedenfalls darauf. Eines der Handlungsfelder im Klimaaktionsplan trägt die Überschrift „Klimaneutralen Lebensstil und Bildung fördern“. Genau hier gliedert sich das Zero-Waste-Konzept ein. Das bedeutet, dass mit dem Konzept ein ganz konkreter Baustein zügig in die Wege geleitet wird.

Aber was bedeutet „Zero Waste“ eigentlich? Es heißt nicht, dass künftig kein Müll mehr produziert werden soll. Das wäre auch gar nicht möglich. Vielmehr bedeutet es, in allen Lebensbereichen unnötigen Müll zu vermeiden. Wir können noch so viel Müll trennen und recyceln; der beste Müll ist der, der erst gar nicht entsteht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Zero-Waste-Konzept ist durchaus ambitioniert und geht deutlich über die gesetzlichen Vorgaben hinaus. Mittel- bis langfristiges Ziel ist eine Reduktion der Siedlungsabfälle um mehr als ein Drittel. Hierbei sind alle Akteur*innen gefordert, die öffentliche Verwaltung genauso wie die Stadtgesellschaft, also jede und jeder Einzelne von uns. Mit dem heutigen Beschluss geben wir den Startschuss zur deutlichen Müllreduktion in Köln. Gehen wir's an!

Noch kurze Anmerkungen zu den beiden vorliegenden Änderungsanträgen:

Der Änderungsantrag von KLIMA FREUNDE & GUT enthält unter anderem eine pauschale Erhöhung aller Gebühren der AWB zum 1. März 2024. Wir haben vorhin unter TOP 6 eine Erhöhung der



Abfallgebühren zum 1. Januar 2024 beschlossen. Eine weitere Erhöhung innerhalb von zwei Monaten sehen wir durchaus kritisch.

(Heiterkeit und Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Weiterhin gibt es in der Verwaltungsvorlage bereits eine Erläuterung, warum eine Zertifizierung als Zero Waste City zumindest derzeit nicht sinnvoll erscheint.

Zum Änderungsantrag der FDP: Die Maßnahmen ZV.1 - das ist das Zero-Waste-Festival - und BK.4 sind nicht in den Startmaßnahmen enthalten, über die wir jetzt beschließen, sondern stehen im Katalog der weiteren Handlungsansätze, die noch separat beraten und geprüft werden sollen. Das heißt, dass wir die Intention dieses Änderungsantrages noch an anderer Stelle in Ruhe beraten können.

Wir werden daher den beiden Änderungsanträgen nicht zustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Aengenvoort.

Constanze Aengenvoort (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Jahr 1996 wurde das erste Kreislaufwirtschaftsgesetz beschlossen. Die damalige Umweltministerin hieß Angela Merkel. Sie hat den Grundsatz „Abfallvermeidung vor Abfallverwertung vor Abfallbeseitigung“ in Gesetzesform gegossen.

Diesem Ansatz folgen wir heute auch mit dem Zero-Waste-Konzept. Es geht vor allem darum, Abfall zu vermeiden. Daher halten wir Ansätze wie das Pilotprojekt zum zirkulären Bauen, die Förderung von gemeinnützigen Reparaturwerkstätten und die Vermeidung von Lebensmittelabfällen für genau den richtigen Ansatz. Uns geht es bei der Umsetzung des Konzepts um verantwortungsvollen Umgang mit unseren Ressourcen.

Die von der Ratsgruppe KLIMAFREUNDE & GUT vorgeschlagenen Änderungen tragen wir auch nicht mit. Die Kollegin hat schon etwas dazu gesagt. Grundlage für eine Gebühr ist immer eine genaue Kostenkalkulation. Man kann die Gebühren nicht einfach pauschal erhöhen. Das wäre gar nicht möglich.

Im FDP-Antrag geht es um die Maßnahmen Zero-Waste-Festival und Zero-Waste-Kunstwettbewerb. Wie ich schon im Umweltausschuss gesagt habe, benötigen wir beides aus meiner Sicht nicht.

Ich glaube, dass wir nicht den nächsten Kunstpreis in dieser Stadt brauchen. Wir haben einen Umweltpreis; wir haben einen Klimapreis. Insofern brauchen wir nicht noch einen Zero-Waste-Kunstpreis.

Beim Zero-Waste-Festival sehe ich es anders als die FDP. Wir sollten mit Informationen dahin gehen, wo Menschen sowieso schon unterwegs sind, und nicht noch ein neues Festival schaffen.

Deswegen bin ich auch inhaltlich der Meinung, dass wir diese Maßnahmen nicht brauchen. Zudem glaube ich, dass dieser Änderungsantrag jetzt auch gar nicht notwendig ist, weil das, wie die Kollegin schon ausgeführt hat, in den erweiterten Maßnahmen enthalten ist, die wir heute hier nicht zur Umsetzung beschließen.

Die Ziele der Reduzierung von Siedlungsabfällen und Restmüllmengen sind meiner Meinung nach richtig gesetzt. Auch das Ziel, Bürgerinnen und Bürger zu sensibilisieren und für Müllvermeidung zu gewinnen, ist richtig. Es geht nämlich vor allen Dingen darum, Verhalten zu ändern. Wir müssen anfangen, Dinge anders zu machen, als wir sie bislang immer gemacht haben.

Ich habe mir auch die Frage gestellt, was ich anders machen kann. Mir ist etwas eingefallen - das sage ich jetzt nur für mich persönlich -: Wir werden im Jahr 2025 wieder im Wahlkampf stehen. Ich schätze durchaus den sportlichen Wettkampf, den wir uns um die besten Standorte für Wahlplakate liefern. Aber müssen wir so viele Wahlplakate aufhängen, wie wir das in der Vergangenheit immer gemacht haben? Ich sage Nein.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Wahlplakate sind wichtig. Bürgerinnen und Bürger wollen wissen, wer die Kandidaten sind, und das lässt sich über das Wahlplakat vermitteln. Aber dafür müssen nicht Straßenzüge vollplakatiert werden und Wahlplakatsäulen entstehen. Aus diesem Verfahren können wir gemeinsam aussteigen und weniger Müll produzieren. Wahlplakate haben in der Regel eine Nutzungsdauer von sechs Wochen und werden dann der thermischen Verwertung zugeführt. Es macht Sinn, darauf zu achten, weniger Wahlplakate gezielt aufzuhängen.



Ich werde im Jahr 2025 weniger Wahlplakate aufhängen und lade dazu ein, es genauso zu machen. Ich freue mich auf die Diskussion, damit wir es parteiübergreifend hinbekommen, weniger Wahlplakate aufzuhängen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Der Nächste bei mir auf der Rednerliste ist Herr Achteik. Von der SPD wird das Wort nicht gewünscht? - Von der LINKEN? - Von der FDP? - Ja, bitte. Ich habe ja gefragt.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer wäre nicht gegen eine Reduzierung von Müll? Ich habe schon in der Grundschule im vierten Schuljahr - das war 1981 -

(Zurufe: Oh! - Ui! - Bist du alt!)

Projekte gemacht - da hatten wir Projektgruppen -, wie man Müll vermeiden kann. Das war alles eine spannende Geschichte. Daher bin ich schon seit Kindesbeinen an ein großer Freund von Müllvermeidung.

(Christian Joisten [SPD]: Eigentlich bist du ein Grüner!)

Gleichwohl haben wir als Rat auch eine gewisse Verantwortung. Wir werden nachher an irgendeiner Stelle über den Entsorgungsvertrag mit der AVG sprechen. Einige von uns sind ja im Aufsichtsrat der AVG. Und wir alle wissen, dass die Müllreduzierung das Geschäftsmodell der AVG beeinträchtigt.

(Gerhard Brust [Bündnis 90/Die Grünen]: Quatsch!)

- Nein, das ist nicht Quatsch. Sie sollten es als Aufsichtsratsvorsitzender eigentlich viel besser wissen. Denn wir sind auf bestimmte Mengen an Müll angewiesen.

(Gerhard Brust [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, sind wir nicht!)

- Herr Kollege, ich schlage vor, dass wir das dann im Aufsichtsrat diskutieren. Vielleicht kann ja auch der Geschäftsführer dazu etwas sagen. Aber ich müsste alles falsch verstanden haben, wenn es anders wäre.

Wenn wir diese große Müllverbrennungsanlage im Kölner Norden weiterhin rentierlich bespielen wollen, brauchen wir Mengen. Und das funktioniert nur eingeschränkt, wenn wir hier die Mengen reduzieren. Um aber die Kessel am Laufen zu halten, müssten wir dann Mengen an Müll importieren - jetzt nicht aus dem Ausland -, und dadurch entstehen wieder Fahrtkosten.

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen]: Aus Leverkusen!)

- Aus Leverkusen möglicherweise. Die schalten ihre Anlage ja ab. Daran müssen wir arbeiten.

Ich weise nur darauf hin, weil wir einige Tagesordnungspunkte später genau über diesen Punkt sprechen. Dann haben Sie ja Gelegenheit, Herr Brust, die Dinge hier klarzustellen, falls ich danebenliegen sollte. Ich freue mich auf die Diskussion.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu unserem Änderungsantrag: Ich kann nicht erkennen, warum wir gebührenfinanziert ein Festival unterstützen sollten. Ganz ehrlich: Die Notwendigkeit dafür kann ich nicht erkennen.

Ich kann natürlich verstehen, dass man sagt: Wir wollen ja jetzt noch keine endgültige Entscheidung treffen; wir können das immer wieder zurückschicken. - Aber wir alle wissen, wie das mit dem Zurückschicken hier in der Regel läuft. Dann heißt es nämlich am Ende: Die brauchen doch Planungssicherheit. - Das funktioniert also nicht.

Weil wir der Meinung sind, dass wir mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nachhaltig umgehen sollten, wollen wir heute an der Stelle ein Stoppschild setzen, damit dieses Festival nicht stattfindet.

Im Übrigen hatten wir privat finanzierte Festivals unter anderem zu diesem Thema. Ich erinnere an das „Straßenland“, wo es Stände gab, an denen gezeigt wurde, wie man Müll vermeiden kann. Das muss also nicht durch Steuergelder finanziert werden.

(Beifall bei der FDP und der AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir fehlt auch, ehrlich gesagt, ein bisschen die Fantasie, mir vorzustellen, warum gerade ein Festival, das ja traditionell dazu einlädt, Müll zu produzieren, Reise-



kosten zu verursachen und CO₂ in die Luft zu blasen, ein Instrument sein sollte, um den Waste zu reduzieren. That doesn't work.

Last, but not least: Kunstwettbewerb. Frau Kollegin Aengenvoort, Sie haben recht. Wir haben wunderbare Kunstwettbewerbe; wir haben Umweltwettbewerbe; wir haben alles. Die Bezirksvertretungen geben viel Geld für Nachhaltigkeitsprojekte; wir geben viel Geld für Nachhaltigkeitsprojekte. Eines weiteren Kunstwettbewerbs bedarf es nicht, schon gar nicht mit Steuermitteln.

Daher meinen wir, dass wir heute ehrlich sein sollten. Deswegen bitten wir, die FDP-Fraktion, Sie, diesen beiden Änderungen zuzustimmen. Sollte das nicht der Fall sein, sehen wir uns, so leid es uns tut, heute veranlasst, uns zu enthalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

War das eine Wortmeldung zu einer Zwischenfrage, Herr Brust?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Brust.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben ja den Aufsichtsrat angesprochen. Wenn Sie sich richtig erinnern, wissen Sie, dass wir in der letzten Aufsichtsratssitzung darüber diskutiert haben, was wir machen, wenn die Müllmengen zurückgehen. Das ist durchaus auch ein Ziel der AVG-Geschäftsführung.

(Volker Görzel [FDP]: Ja, genau!)

Dann war die Antwort: Wir werden versuchen, regional zu denken.

(Volker Görzel [FDP]: Ja, vollkommen richtig!)

Unter anderem ist gesagt worden: Die Leverkusener haben ihre Pläne für eine neue MVA eingestellt,

(Volker Görzel [FDP]: Jawohl! Genau!)

und das ist der richtige Ansatz,

(Volker Görzel [FDP]: Ganz genau!)

damit die Leverkusener bei uns mitverbrennen können.

Auch deswegen müssen wir weniger Müll produzieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Volker Görzel (FDP): Ganz genau. Und deswegen, Herr Brust, bin ich sehr dankbar, dass Sie die von mir eben aufgestellte These hiermit bestätigen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir nämlich keinen Müll aus Leverkusen, aus Bonn, aus Zülpich, aus Euskirchen, aus Siegen, aus Gummersbach bekommen, wenn der Müll also nicht über die Autobahn hierher gekarrt wird, dann haben wir ein Problem mit unserem Geschäftsmodell. Vielen Dank für die Klarstellung.

(Beifall bei der FDP - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Deswegen machen wir einfach noch mehr! - Weiterer Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen - Gegenruf von Volker Görzel [FDP]: Ihr seid doch sonst so für Verkehrsvermeidung!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Vlt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen, die doch noch hier sind, aber dann natürlich zu Hause in großer Zahl! Unsere Herausforderungen stehen auf Seite 3 und 4 der Beschlussvorlage. Dort sind wunderbar eingängige Diagramme, auf denen man sieht: 2019, 2020 und 2021 geht das Müllaufkommen nach oben, und danach geht es nach unten.

Hier haben wir viele Ideen, wie das wirklich geschafft werden kann. Ich freue mich sehr auf die Diskussionen im Ausschuss in den nächsten Wochen, Monaten und vermutlich Jahren, wenn die einzelnen Maßnahmen implementiert sind.

Und daran möchte ich an dieser Stelle noch mal erinnern. Wir beschließen hier einige Sofortmaßnahmen - das ist richtig -, und dann gehen die weiteren Maßnahmen in die Entwicklung und Ausarbeitung. Denn eines ist auch klar: Im bisherigen Programm ist noch kein genauer Pfad, wie wann was erreicht werden kann, sichtbar, sondern das muss noch entwickelt werden.



Deswegen weise ich FDP und KLIMA FREUNDE & GUT hier schon mal darauf hin, dass wir dem auch nicht vorgreifen möchten, sondern das dann im Fachgremium beraten wollen.

An dieser Stelle möchte ich auch noch mal an das Pilotprojekt der Biotonne erinnern, das ein großer Hebel sein kann. Wenn es denn dann größer ausgerollt wird, ist das ein zentraler Hebel für die Hausmüllvermeidung.

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

- Danke schön.

Lassen Sie mich hier noch kurz das versinnbildlichen, was die FDP gerade vorgeschlagen hat. Wir haben eine Müllverbrennungsanlage, die laufen muss, weil sie dort steht. Und deswegen sollen wir weniger Müll vermeiden? Das ist das, worauf es hinausläuft.

Angenommen, wir regionalisieren nicht, angenommen, alle anderen um uns herum reduzieren auch drastisch ihren Müll: Und dann? Ich stelle mir eine Utopie vor. Wir produzieren alle nur noch 20 Kilo Müll im Jahr. Wenn wir im Jahr 2035 so weit sind, haben wir eine wunderschöne Welt: saubere Gärten, saubere Parks, saubere Straßen.

Und das wollen wir aufgeben, weil wir eine Müllverbrennungsanlage weiterbetreiben wollen?

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich verstehe wunderbar die Grundsätze der Ökonomie, und ich verstehe, dass eine Müllverbrennungsanlage ausgelastet sein muss, damit sie wirtschaftlich laufen kann. Das ist für mich vollkommen in Ordnung.

Deswegen bin ich sehr dankbar für die Diskussionen - auch wenn wir nicht im Aufsichtsrat der AVG sitzen, sind sie trotzdem bis zu uns durchgedrungen -, in denen man sich damit beschäftigt, wie das in Zukunft funktionieren kann.

Trotzdem möchte ich sagen: Wenn die Müllverbrennungsanlage mit dem gesamten Müll aus Deutschland irgendwann einmal nicht mehr wirtschaftlich laufen sollte, würde ich mich darüber freuen.

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich freue mich auch darüber, dass wir heute dieses Zero-Waste-Konzept beschließen - ein Konzept, mit dem wir uns in der nächsten Zeit noch sehr viel beschäftigen wollen. Denn das ist ein ambitioniertes Ziel. Ich hätte es gerne noch ambitionierter. Viele von uns hätten es gerne noch ambitionierter. Aber wir sehen auch, dass wir die Entwicklung realistisch gestalten müssen. Ich freue mich darauf, mit euch allen daran weiterzuarbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Feuser das Wort.

Inga Feuser (KLIMA FREUNDE & GUT): Ich bleibe mal wieder an meinem Platz stehen. - Herr Görzel hat schon 1981 gelernt, dass er Müll vermeiden soll. Damit wird er sicherlich nicht der Einzige gewesen sein. Genützt hat es aber nichts.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Deswegen kann die Kollegin von der CDU gerne weniger Wahlplakate aufhängen. Es ist wunderbar, wenn jeder und jede Einzelne sein und ihr Verhalten ändert. Aber auch das wird nichts nützen. Denn entscheidend ist hier ein systemischer Wandel. Es muss den Menschen möglich gemacht werden, sich nachhaltig, in diesem Fall müllvermeidend, zu verhalten.

Deswegen ist ein umfassendes Zero-Waste-Konzept der richtige Ansatz, den wir hier begrüßen.

Ich würde von Herrn Görzel - vielleicht gibt es nachher die Gelegenheit dazu - auch gerne einmal die Rechnung sehen, in welchem Verhältnis die Emissionen für den Transport aus Bonn oder Leverkusen - ziemlich weit weg, habe ich gehört - zu den durch einen Haufen nicht produzierten Mülls eingesparten Emissionen stehen.

(Beifall bei KLIMA FREUNDE & GUT und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

So viel dazu.

Nun zu unserem Änderungsantrag: Er ist jetzt in Teilen schon kritisiert worden. Aber Herr Achtelik hat ja gesagt: Wir hätten uns das noch ambitionierter gewünscht. - Wir hätten uns das natürlich auch noch ein bisschen ambitionierter gewünscht. Und vor allen Dingen: Die Initiative Zero Waste



Köln, die wirklich fantastische Arbeit in dieser Stadt leistet, hätte sich das auch noch ein bisschen ambitionierter gewünscht.

Mit denen haben wir auf dieses Konzept geschaut und haben gehört, was sie vorschlagen würden, was noch besser sein könnte. Das haben wir in diesen Änderungsantrag einfließen lassen. Es geht hier teilweise einfach um Schärfung und um Konkretisierung.

Ganz besonders hervorheben möchte ich aber noch mal die Zertifizierung, die wir für sinnvoll und wichtig halten. Um wirklich deutlich zu machen, wie ambitioniert und ernst gemeint das ist, sind wir sehr dafür, diese Zertifizierung tatsächlich anzustreben. - Vielen Dank.

(Beifall bei KLIMA FREUNDE & GUT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Weisenstein mit einem Geschäftsordnungsantrag.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Nur ein ganz kleiner, bevor es in die Abstimmung geht. Wir möchten bei dem Änderungsantrag von KLIMA FREUNDE & GUT getrennte Abstimmung beantragen und bitten um separate Abstimmung des Punktes 7. - Herzlichen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Dann schlage ich Ihnen folgende Abstimmungsreihenfolge vor: Erst stimmen wir über Punkt 7 des Änderungsantrags von KLIMA FREUNDE & GUT und dann über den gesamten Antrag ab. Danach lasse ich über den Änderungsantrag der FDP und dann über die Vorlage abstimmen.

Ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass wir bei der Vorlage - ich weiß ja nicht, welche Diskussionen vorausgegangen sind; aber wenn wir uns die Vorlage richtig angucken, ist es so - nur über Sofortmaßnahmen abstimmen. Vielleicht hat man alle möglichen Ideen entwickelt. Aber darüber wird heute nicht abgestimmt, sondern wir stimmen nur über die Sofortmaßnahmen ab, die im Beschluss aufgerufen sind.

Ich lasse jetzt zunächst über die Ziffer 7 des Änderungsantrages von KLIMA FREUNDE & GUT abstimmen. Wer ihr zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT stimmt natürlich für ihren eigenen Punkt 7. Gibt es Enthaltungen? - Die

FRAKTION enthält sich. Dann ist das nicht beschlossen.

Was heißt das dann für die Abstimmung insgesamt? Da ist es wieder drin. Wenn diese Ziffer beschlossen worden wäre, wäre es ja raus. Aber bevor wir über die gesamte Vorlage abstimmen, kommt erst noch die Abstimmung über den Änderungsantrag von KLIMA FREUNDE & GUT als Ganzes.

(Inga Feuser [KLIMA FREUNDE & GUT]: Minus Punkt 7!)

- Minus Punkt 7, ganz genau; den wollte fast niemand, sodass er nicht beschlossen wurde. - Gibt es Gegenstimmen gegen diesen Änderungsantrag? - Fast alle. Enthaltungen? - Es enthält sich Die FRAKTION. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann kommen wir zu dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion. Wer wünscht dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion zuzustimmen? - Das sind die FDP-Fraktion, die SPD-Fraktion und DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Die FRAKTION enthält sich. Dann ist er abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Der FDP und der FRAKTION. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.24 Baubeschluss zum Ersatzneubau Brücke Escher Straße in Köln Nippes/Bilderstöckchen 1806/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.25 Aktionsplan Klimaschutz 2243/2023

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/2149/2023**

**Änderungsantrag der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT
AN/2160/2023**

Hier kommt Frau Abé ans Rednerpult.

Denise Abé (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauende! Köln wird bis 2035 klimaneutral. Diesem Ziel sind wir mit dem vorliegenden Aktionsplan näher als je zuvor. Die Klimaneutralität bis 2035 als gesamtstädtisches Ziel zu verankern, war einer der ersten wegweisenden Beschlüsse in dieser Wahlperiode.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mit dem Gutachten zur Klimaneutralität haben wir ziemlich genau vor einem Jahr dargelegt bekommen, dass das Ziel erreichbar ist. Dem Commitment folgen nun konkrete Handlungsanweisungen. Mit dem Aktionsplan sind wir vielen anderen Kommunen einen Schritt voraus. Die Stadt ist bereit, in Aktion zu gehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bei der Klimakonferenz in Dubai diskutiert die Weltpolitik gerade darüber, ob wir es global ernst meinen mit dem Ausstieg aus den fossilen Energien.

In Deutschland kippt die gesellschaftliche Stimmung von Tag zu Tag ein bisschen mehr. Finanzielle und soziale Ängste sind größer als die Angst vor der Klimakrise. Das kann ich verstehen.

Nichtsdestotrotz liegt es in unserer politischen Verantwortung, die Krise zu stoppen. Auch wenn die Folgen für viele noch nicht sichtbar genug sind, zeigen uns Extremwetter und Naturkatastrophen bereits heute: Die Krise ist existent. Ich will mir die massiven sozialen, gesellschaftlichen und ökonomischen Folgen der Klimakrise gar nicht ausmalen.

Klimaschutz ist sozial. Liebe LINKE, daher halte ich den Punkt 8 Ihres Antrags für selbstverständlich und es für unnötig, das noch zu beschließen.

Im globalen Kontext scheinen die Kölner Maßnahmen und Einsparmöglichkeiten nur marginal zu sein. Aber es ist unsere kommunale Verantwortung, unseren - für mich auch nicht unbedeutenden - Beitrag zur Klimawende zu leisten und da anzupacken, wo es möglich ist. Die Klimakrise stoppen wir nur gemeinsam.

Ich möchte in diesem Kontext auf Kritik eingehen. Ja, der Aktionsplan könnte noch ambitionierter sein. Aber wir können nur da ansetzen, wo wir es als Kommune direkt beeinflussen können. Alles Weitere kann nur über Anreize geschehen. Die Stadt kann - so schön es auch wäre - weder den

globalen Flugverkehr noch weltweit agierende Unternehmen steuern. Der Aktionsplan setzt dort an, wo unser Einflussbereich liegt. Auch auf die Beteiligungen können wir nur hinwirken.

Ich finde den strategischen Aufbau und die Aufteilung in die verschiedenen Einflussbereiche und Handlungsfelder genau richtig. Es wird deutlich, was bereits auf den Weg gebracht wurde und welche Maßnahmen darüber hinaus möglich sind.

Sicherlich gibt es beim Treibhausgaseinsparpotenzial noch Luft nach oben. Es sind aber nur Annäherungswerte. Viele Einsparungen sind noch nicht bezifferbar, und der Verkehrsbereich ist im Hinblick auf den kommenden nachhaltigen Mobilitätsplan noch weitestgehend ausgeklammert.

Wir müssen uns genau anschauen, was realistisch in der Gesamtverwaltung umsetzbar ist.

Ich finde es eine koordinatorische Meisterleistung der Koordinationsstelle Klimaschutz. Sie hat ein Jahr lang in bestimmt nicht immer einfachen Gesprächen mit allen Ämtern und Beteiligungen um Maßnahmen gerungen. Hier hat die Koordinationsstelle genau das getan, was ihre Aufgabe ist, nämlich koordiniert. Denn Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe.

Wir sollten nun nicht im Klein-Klein verharren, sondern den Aktionsplan als das annehmen, was er ist: ein operativer Rahmen.

Nun, wie von der LINKEN vorgeschlagen, eine erweiterte Fassung des Aktionsplans zu erarbeiten, halte ich für komplett absurd. Wir müssen doch jetzt endlich mal beginnen und nicht auf den nächsten Plan warten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Der Aktionsplan ist kein abgeschlossenes Dokument. Das Monitoring ist bereits auf den Weg gebracht, und es wird permanent die Möglichkeit bestehen, die Fortschritte einzusehen. Das Ganze jetzt noch mal anders aufzustellen, ist für den weiteren Prozess nicht förderlich.

Der Aktionsplan wird fortgeschrieben und immer wieder auf den Prüfstand gestellt. Hier setzt auch der Beschluss des Klima- und Umweltausschusses an. Wir wollen das Vorhaben noch mal unterstützen und beschleunigen.

Die uns vorliegenden Änderungsanträge sind daher entweder zu kleinteilig, halten den Prozess



auf oder sind obsolet, weil es bereits so getan wird. Daher können wir ihnen nicht zustimmen.

Liebe Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT, die teilweise durchaus interessanten Aspekte aus Ihrem Antrag, zum Beispiel die Bilanzierung nach GPC und die Suffizienzstrategie, werden meines Wissens bereits von der Koordinationsstelle im weiteren Prozess mitgedacht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu Beginn meiner Rede habe ich die finanziellen Sorgen in der Gesellschaft angesprochen. Wenn ich auf die Diskussionen auf Bundesebene blicke, macht mir das als Kommunalpolitikerin im Hinblick auf den kommenden Haushalt große Sorgen. Wir werden im Gesamthaushalt Prioritäten setzen müssen. Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben es in Ihrem Brief an uns geschrieben.

(Die Rednerin hält ein DIN-A4-Blatt hoch)

Das Abwenden der Klimakrise hat Priorität.

Daher appelliere ich an die Verwaltung und an uns, den Punkt 5 der Beschlussvorlage ernst zu nehmen und die Finanzierung der Maßnahmen ab 2025 sicherzustellen. Die Verantwortung obliegt nicht der Koordinationsstelle Klimaschutz allein.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns in Aktion gehen und unseren Willensbekundungen Taten folgen lassen. Der hier vorliegende Beschluss ist ein Meilenstein auf dem Weg zur Klimaneutralität. Nun brauchen wir sichtbare Ergebnisse. Ich möchte 2025 erste Resultate, zum Beispiel auf den Dächern unserer städtischen Gebäude, sehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir stimmen diesem so wichtigen Aktionsplan in der vom AKUG ergänzten Form zu.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Aengenvoort das Wort.

Constanze Aengenvoort (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor einem Jahr haben wir das Gutachten „Köln klimaneutral 2035“ beschlossen. Und wo stehen wir jetzt? Gerade in dem Moment,

in dem der Maßnahmenplan fertig ist, stehen die Fördergelder auf der Kippe.

Ein konkretes Beispiel hierfür ist die Großwärmepumpe der RheinEnergie. Bei einem Gesamtinvestitionsbedarf von 180 Millionen Euro sind Fördermittel in Höhe von 40 Millionen Euro für die Umsetzung erforderlich. Ohne die Großwärmepumpe würde ein wichtiger Bestandteil in der kommunalen Wärmeplanung fehlen. Aber jetzt hat sich herausgestellt, dass die RheinEnergie den Fördermittelantrag gar nicht mehr in das entsprechende Portal hochladen kann. Und genau das ist das größte Risiko für die Umsetzung des Maßnahmenplans: das Ausbleiben von erforderlichen Fördermitteln.

Es liegt in der Verantwortung der Bundesregierung, zügig solide Lösungen zu finden, wie der Klima- und Transformationsfonds ersetzt werden kann. Wir brauchen eine seriöse Basis für die Planung von Fördermitteln.

(Beifall bei der CDU)

Mit dem vorgelegten Maßnahmenplan, mit dem die Stadt und die Beteiligungen aufzeigen, wie ihr Beitrag zur Klimaneutralität 2035 gelingen kann, sind wir auf dem richtigen Weg. Die Umsetzung der Maßnahmen wird uns einen großen Schritt weiterbringen.

Aber die Maßnahmen kosten auch viel Geld. Das Gutachten hat einen Gesamtinvestitionsbedarf von 41,6 Milliarden Euro ausgewiesen, um die 9 Millionen Tonnen CO₂ hin zur Klimaneutralität einzusparen. Stadtverwaltung und städtische Beteiligungen werden bei Umsetzung der Maßnahmen 1,14 Millionen Tonnen CO₂ einsparen. Auch dafür sind hohe Investitionen erforderlich. Teilweise sind sie noch gar nicht beziffert.

Umso wichtiger ist es uns, dass wir auf die CO₂-Vermeidungskosten achten, ganz bewusst aus gesamtwirtschaftlicher Sicht, um staatliche Fördermittel bestmöglich einzusetzen.

Wir wollen - daher haben wir den entsprechenden Änderungsantrag im Umweltausschuss eingebracht -, dass wir unser Geld prioritär für die Maßnahmen einsetzen, mit denen wir möglichst effizient CO₂ reduzieren.

Basis dafür ist, dass alle notwendigen Steuerungsinformationen vorliegen. Wir möchten, dass dies bereits im Jahr 2025 der Fall ist und nicht, wie ursprünglich geplant, im Jahr 2030.

Jetzt nehmen zwei Änderungsanträge auch Bezug auf die Aussage, dass die Maßnahmen mit Priorität umgesetzt werden sollen. Einmal soll „mit Priorität“ gestrichen werden, und einmal soll die Priorität durch das Einfügen von „hoher“ betont werden.

Wir möchten bei der vorhandenen Formulierung bleiben, aber durch eine bessere Bereitstellung von Daten die Verwaltung in die Lage versetzen, die Priorität vernünftig bewerten zu können. Aus meiner Sicht ist in der Tat die Ausgangsbasis, dass man eine vernünftige Datenbasis hat, damit man wirklich steuern kann und entscheiden kann, welche Maßnahmen die effizientesten sind.

Der unterschiedliche Reifegrad der Maßnahmen zeigt, dass einige Dienststellen noch Aufgaben nachholen müssen. Sie dabei zu unterstützen und die Konkretisierungen einzufordern, ist Aufgabe der Stabsstelle Klimaschutz.

An dieser Stelle sage ich auch vielen Dank für die Erarbeitung des Maßnahmenplans, der sich aus meiner Sicht wirklich gut lesen lässt.

Schließlich müssen wir auch die sozialen Auswirkungen der Klimamaßnahmen im Blick behalten. Die Mitte der Gesellschaft muss hinter den Maßnahmen stehen, damit wir die Anstrengungen bis 2035 durchhalten. Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht durch finanzielle Belastungen und sonstige Einschränkungen überfordert werden. Fortschritte werden wir nur erzielen, wenn wir Klimaschutz, Finanzen und soziale Aspekte gleichermaßen im Blick behalten.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion hält am Ziel der Klimaneutralität 2035 fest. Wir sind mit dem Maßnahmenplan, den wir heute beschließen, auf dem Weg dorthin. Wir arbeiten trotz der unklaren Fördermittelsituation stetig und beharrlich an der Verbesserung der städtischen Klimabilanz - ab heute konkret mit dem Maßnahmenplan.

(Beifall bei der CDU und Volt sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Aktionsplan, über den wir heute hier beraten, geht auf ein Gutachten - es ist

schon erwähnt worden - aus dem vergangenen Jahr zurück, welches bestätigt, dass ein Erreichen der Klimaschutzziele grundsätzlich möglich ist, was ja eine sehr gute Nachricht für uns war.

Als SPD hätten wir uns allerdings gewünscht, dass wir mit der Festsetzung unserer eigenen städtischen Ziele und vor allen Dingen auch mit der Umsetzung konkreter Maßnahmen schon weiter wären.

Ein konkretes Beispiel ist die Umsetzung des 100-Dächer-Programms für Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden, bei dem wir mit gerade mal einer Handvoll Anlagen in der konkreten Umsetzung sind, und das bei den vielen Dächern, die wir allein bei Schulen und ähnlichen Gebäuden in dieser Stadt haben. Das ist für dieses Jahr eine eigentlich nicht hinnehmbare Bilanz. Ich hoffe, dass sich jetzt sehr schnell etwas daran ändert.

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten uns also vor allen Dingen mehr Ambitionen und mehr Schnelligkeit gewünscht. Deshalb, Herr Wolfgramm, haben wir auch Ihrem Wunsch entsprochen, jetzt in einem Turbo diese Beratungen zu begleiten und heute eine Abstimmung hier im Rat möglich zu machen, ohne durch Beratungsbedarf oder Ähnliches aufzuhalten, auch wenn es ein durchaus umfangreiches Konzept war. Aber wir haben es geschafft und können heute hier auch diesem Aktionsplan vollumfänglich zustimmen.

Der vorliegende Aktionsplan ist in der Sache nämlich richtig. Fachliche Inhalte können von niemandem ernsthaft in Zweifel gezogen werden. Sie sind ganz klar Stand der aktuellen Forschung.

Wir müssen jetzt sicherstellen, dass über den laufenden Haushalt hinaus vor allen Dingen ausreichend Finanzmittel hinterlegt werden, die den Risiken bei der Bundes- und Landesförderung - es ist schon angesprochen worden - begegnen. Im Zweifelsfall müssen wir hier in Köln auch noch mal eigene Prioritäten setzen, so hart das ist. Denn es muss etwas getan werden. Es muss sich etwas ändern. Klimaschutz ist eines der herausragenden Ziele und einer der herausragenden Punkte der Zukunft.

Abschließend: Mit den nun vorliegenden konkreten Maßnahmen haben auch wir als Politik endlich ein Instrument in der Hand - auch das sei an dieser Stelle gesagt -, mit dem wir dann den Umsetzungsfortschritt bei der Erreichung unserer gemeinsamen Ziele tatsächlich nachvollziehen kön-

nen. Und seien Sie sicher, Herr Wolfgramm: Dieses Instrument werden wir nutzen und da auch sehr genau hinschauen. Wir werden Sie daran messen und uns alle daran messen, was mit diesen Schritten, die hier erläutert bzw. dargestellt sind, passiert.

(Beifall bei der SPD)

Ich gehe noch kurz auf die Änderungsanträge ein.

Den Änderungsantrag der LINKEN können wir als SPD vollumfänglich mittragen, weil uns vor allen Dingen die soziale Komponente, die darin noch einmal betont ist, besonders wichtig ist. Denn - auch das ist eben schon richtig gesagt worden - Ökologie, Klimaschutz und Soziales müssen hier Hand in Hand gehen. Es kommt nämlich darauf an, dass sich alle Menschen und alle Haushalte auch tatsächlich leisten können, bei der Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen ihren Beitrag zu leisten.

Den Änderungsantrag von KLIMA FREUNDE & GUT lehnen wir ab, weil es uns nicht sinnvoll erscheint, so kurzfristig jetzt noch mit einem Blumenstrauß bunter Ideen, in dem mit Sicherheit auch sinnvolle Dinge enthalten sein mögen, um die Ecke zu biegen und diesen Aktionsplan damit eigentlich noch mal aufzuschnüren.

Deswegen sind wir heute dabei, diesem Aktionsplan so, wie er vorliegt, zuzustimmen. Wie gesagt, stimmen wir dem Änderungsantrag der LINKEN auch zu; mal gucken, ob er eine Mehrheit bekommt. Aber wir sind natürlich auch bei dem, was danach zur Abstimmung steht, dabei.

Lassen Sie uns nun gemeinsam für mehr Klimaschutz, und zwar sozialverträglichen Klimaschutz, in Köln arbeiten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Da hinten gibt es eine Frage.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Herr Joisten, gestatten Sie eine Frage? Sie haben richtigerweise gesagt, dass Photovoltaik auf Dächer gebracht werden sollte. Ihnen ist aber sicher bewusst, nehme ich an, dass nur sanierte Dächer sich dafür eignen. Ist Ihnen denn bewusst,

dass es die SPD war, die SPD-geführte Stadtregierung hier, die es über Jahrzehnte zugelassen hat, dass die Schulen in einem erbarmungswürdigen Zustand sind,

(Zuruf von der SPD: Haben Sie doch mal Erbarmen mit uns!)

sodass viele Dächer überhaupt nicht für das Anbringen von PV geeignet sind?

Christian Joisten (SPD): Herr Boyens, weil wir hier über einen Aktionsplan für die Zukunft sprechen, beschäftige ich mich jetzt nicht mit der Vergangenheit, sondern mit dem, was wir gemeinsam tun wollen, damit wir unser Klimaziel 2035 erreichen. Und dafür wollen wir heute als Sozialdemokraten streiten und kämpfen und die Voraussetzungen schaffen. Mehr ist dazu nicht zu sagen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Röhrig hat jetzt das Wort.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Rat! Liebe Zuschauer! Es ist gut, dass wir das Thema Klimaaktionsplan genau während der Weltklimakonferenz auf der Tagesordnung haben, während in Berlin die Regierung nicht mehr wirklich weiß, wie es vorangehen soll.

Es ist schlecht, dass sich die Stadtverwaltung beim Erstellen derart beeilt hat, dass wichtige Sachen fehlen. Darum ist auch unser Änderungsantrag ein Beitrag, wichtige Ergänzungen in den Aktionsplan einzubringen.

Solange viele von Ihnen und aus meiner Generation glauben, dass die Bedrohungen des Klimawandels höchstens darin bestehen, dass der Meeresspiegel in den nächsten 80 Jahren um 35 Zentimeter steigt, ein paar Gletscher schmelzen, einige Inseln im Meer untergehen, wahrscheinlich die Eisbären aussterben und es im Sommer mal ein paar Hitzetage mehr gibt, so lange werden wir mit unzureichenden Klimaschutzmaßnahmen durchkommen.

Wenn wir dann aber auch noch in unserer Fortschrittsgläubigkeit davon ausgehen, dass wir das alles technisch geregelt bekommen, dann ist es einfach zu spät.



3 Grad Erderwärmung - und auf die Steuern wir gerade zu - bedeuten nicht nur für uns hier im Schnitt 6 Grad mehr, sondern werden zu einer Radikalisierung der Wetterereignisse führen.

Und wer wird global, aber auch kommunal am meisten darunter leiden? Die Menschen, die sich keine Klimaanlage, keinen Pool und kein sicheres Dach über dem Kopf leisten können.

Und um mal vom menschenzentrierten Weltbild abzuschweifen: Unsere Mitbewesen können sich gar nicht wehren. Weder eine Koralle - dazu gab es gestern sogar noch einen Bericht im Fernsehen - noch ein Baum könnte in andere Länder flüchten. Ihnen bleibt das Aussterben.

(Beifall von Michael Weisenstein [DIE LINKE] und Lukas Lorenz [SPD])

Darum ist echter Klimaschutz reale Sozialpolitik. Aber die Armen müssen sich das auch erlauben können und dürfen nicht zurückgelassen werden. Wer sich sozial nennt, muss Klimaschutz betreiben, und wer Klimaschutz betreibt, muss das Soziale immer mitdenken. Dafür appelliere ich.

(Beifall bei der LINKEN)

Als Stadt müssen wir auch mitdenken, dass bei unseren Maßnahmen auch die Betriebe mitmachen müssen, an denen wir beteiligt sind. Im vorliegenden Plan wird nicht erwähnt, was zum Beispiel die Sozial-Betriebe der Stadt Köln, die städtischen Krankenhäuser oder die KölnBäder zum Klimaschutz beitragen. Auch die GAG wird bei Weitem nicht in dem Umfang erwähnt, in dem sie tatsächlich tätig ist.

Wir müssen aber lernen, hier aufs Ganze zu blicken. Kein Mensch und keine Stadtverwaltung sind für sich allein. Effektiv wird es erst in der abgestimmten Zusammenarbeit.

Wir erwarten von der Verwaltung und von den städtischen Beteiligungen bis Mitte nächsten Jahres ein Konzept, mit welchen Maßnahmen und mit welchen Zwischenzielen die gesamte städtische Klimaneutralität bis 2035 erreicht werden soll.

Und seien wir doch bitte ehrlich zu uns selbst und gegenüber der Öffentlichkeit: Der vorliegende Aktionsplan reicht bei Weitem nicht aus, das gesteckte Ziel der Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen, selbst wenn der bisher fehlende Verkehrsteil noch so ambitioniert ausfallen sollte.

Lassen Sie mich zum Schluss mit einem Blick auf die Ergebnisse der letzten PISA-Studie noch anmerken: Sorgen wir dafür, dass die jungen Menschen wieder einen Grund haben, zu lernen. Warum sollte man Wissenschaftler werden, wenn einem niemand glauben will? Warum sollte man ein Handwerk lernen, wenn die Arbeit nicht wertgeschätzt wird? Warum sollte man eine Familie gründen, wenn die Zukunft versaut wird? Geben wir uns endlich mehr Mühe mit dem Klimaschutz! - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt spricht Herr Achtelik.

(Volker Görzel [FDP]: Was ist mit der FDP?)

- Ach so. Von der FDP ist niemand angemeldet. Aber gerne, Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe Herrn Achtelik immer gerne Gelegenheit, dann entsprechend erwidern zu können. - Erst einmal geht ein ganz großes Kompliment an die Verwaltung für dieses Konzept, Herr Wolfgramm. Wir haben ja in der Vergangenheit an unterschiedlichen Stellen immer wieder über Masterpläne diskutiert. Ich weiß gar nicht, wie viele Masterpläne in Köln offen sind. Aber das hier hätte, wenn es nicht so negativ belastet wäre, schon die Überschrift „Masterplan“ verdient. Ganz großes Kompliment!

Es ist sicherlich keine einfache Aufgabe, hier als Querschnitt zum einen die Verwaltung, also den direkten Einflussbereich, und zum anderen die Beteiligungsgesellschaften, also den indirekten Einflussbereich, so genau unter die Lupe zu nehmen, um die Potenziale zu definieren. Das war ganz große Klasse. Vielen Dank dafür.

Auf der anderen Seite - es ist auch bei der Vorrednerin angekommen - sind natürlich die Ergebnisse, die hier präsentiert werden, eine einzige Enttäuschung. Wenn die vielen Maßnahmen, die in dem Aktionsplan der Verwaltung, also in der Anlage 3, beschrieben sind, tatsächlich nur dazu führen, dass 3 Prozent eingespart werden können, dann ist das ebenso traurig wie ernüchternd.

Ich mache Ihnen persönlich keinen Vorwurf, Herr Wolfgramm. Aber auf Kölsch: Wenn wir uns den Uffriss antun, um am Ende 3 Prozent und mit den



Beteiligungsgesellschaften 12 Prozent zu sparen, dann ist das sehr traurig.

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, dann fahren wir besser weiter Auto!)

- Ja, Frau Martin, vielen Dank für die zustimmenden Worte.

Wenn ich mir den Maßnahmenkatalog anschau, muss ich auch feststellen, dass darin einige Maßnahmen enthalten sind, die zwar heute teilweise verabschiedet wurden, aber bei denen ich Ihnen jetzt schon sage: Das sind alles große Fragezeichen.

So steht darin „Stadtbahnausbau“ und dahinter „derzeit nicht quantifizierbar“ - keine weiteren Angaben möglich, nicht quantifizierbar, nichts, Fragezeichen, N. N. Was kaufen wir denn hier für eine Katze im Sack?

Der Ausbau des ÖPNV ist doch das Allheilmittel, das immer apostrophiert wird. Es vergeht doch keine Ratssitzung, in der wir nicht sagen, dass der ÖPNV ausgebaut werden muss.

Und obwohl wir das alles planen, werden nur 3 Prozent erreicht. Das ist ernüchternd. Das ist traurig.

Darin steht tatsächlich, dass das Anwohnerparken verteuert und verknappt werden muss. Wir haben ja gerade schon einen kleinen Vorgesmack auf diese Diskussion bekommen.

Darin steht tatsächlich etwas zur kommunalen Wärmeplanung. Lieber Kollege Brust, Sie können ja gerne noch mal aus dem Aufsichtsrat, einem vertraulichen Gremium, zitieren. Aber es ist öffentlich bekannt, dass die AVG ein wesentlicher Player in der kommunalen Wärmeplanung ist. Sie versorgt 25 Prozent der Kölnerinnen und Kölner mit Strom durch das Verbrennen des Zero-Waste-Mülls.

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Deswegen braucht man mehr Müll? - Zuruf von Inga Feuser [KLIMA FREUNDE & GUT])

Ihr merkt also, liebe Kolleginnen und Kollegen - - Ja, es ist alles kein Witz. Wir sind hier ja nicht bei „Wünsch dir was“. Wir stehen hier in der Verantwortung. Frau Feuser, auch Sie stehen in der Verantwortung. Wir können nicht auf der einen Seite sagen: „Ja, wir wollen kommunale Wärmeplanung; wir wollen Fernwärme im Kölner Norden,

in Chorweiler, in Nippes“, aber gleichzeitig die AVG stilllegen. That doesn't work.

Vor diesem Hintergrund halte ich fest: Lieber Herr Dezernent Wolfgramm, die FDP-Fraktion anerkennt und wertschätzt Ihre Mühen und Ihre Arbeit. Wir freuen uns, dass Sie hier ein strukturiertes, durchdachtes Konzept geliefert haben. À la bonne heure! Aber das Ergebnis überzeugt nicht. Der Inhalt ist eine Enttäuschung, sowohl von der Quantität - 3 Prozent - als auch von den vorgeschlagenen Maßnahmen her.

(Zuruf von Hans Schwanitz [Bündnis 90/Die Grünen])

Deswegen können wir heute dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht zustimmen. Wir werden uns hier guten Gewissens und reinen Herzens enthalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt Herr Achtelik, bitte.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen zu Hause! Ich bin stolz. Wir haben einen Plan. Wir setzen um. Das tun wir als Kommune.

Heute Morgen bin ich von der Weltklimakonferenz zurückgekommen. Dort habe ich mich im Namen der europäischen Kommunen und Regionen gemeinsam mit vielen anderen lokalen Mandatsträger*innen aus der ganzen Welt dafür eingesetzt, dass wir als Kommunen einen Platz am Verhandlungstisch bekommen.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Denn wir setzen hier das um, was auf anderen Ebenen beschlossen wird. Frau Aengenvoort hat es eben schon gut dargestellt. Wir hier in der Kommune setzen das um, haben aber oft gar nicht die entsprechenden Möglichkeiten, wie man jetzt an den Herausforderungen sieht, die entstehen, wenn Mittel aus dem Klima- und Transformationsfonds eingedampft werden. Wir hoffen alle, dass dafür eine gute Lösung gefunden wird.

Wir in Köln haben ein Etappenziel. Wir haben einen Plan. Darauf bin ich stolz.



Aber - und da stimme ich Herrn Görzel zu, ganz überraschend - ich bin auch enttäuscht, weil das, was wir hier formuliert haben, noch nicht ausreicht - aber aus anderen Gründen, als Herr Görzel gerade genannt hat. Ich dachte, der Auftrag wäre klar gewesen: einen Plan aufzustellen, wie wir 2035 null erreichen. Ihr seht die Zahl null momentan sehr viel im Stadtbild; das freut mich sehr.

Die Verwaltung wird, ..., einen Maßnahmenplan zur Erreichung des Klimaziels der Stadtverwaltung, ihrer Beteiligungsgesellschaften sowie unter Einbezug möglichst vieler weiterer THG-Emitte*innen erarbeiten.

Das war unser aller Beschluss. Nein, „unser aller“ stimmt nicht ganz. Liebe SPD, wenn ich mich recht erinnere, habt ihr damals nicht zugestimmt. Euer Drängen heute ist also sehr loblich, aber nur halb glaubwürdig.

Ich bin enttäuscht darüber, dass noch nicht alle Maßnahmen der Verwaltung enthalten sind. Dass wir der Industrie hier keine Vorgaben machen, ist völlig klar. Wir können mit einem Maßnahmenplan auch nicht auf null kommen. Das haben wir alle aus dem Gutachten, denke ich, längst verstanden, und das habe ich hier auch schon selber mehrmals gesagt.

Der Prozess für diesen Maßnahmenplan ist also noch nicht abgeschlossen. Das ist auch klar. Es geht aus der Vorlage auch hervor.

Ich möchte hier noch mal alle einzelnen Dezernentinnen und Dezernenten genau anschauen. Denn die Koordinationsstelle Klimaschutz koordiniert, und Sie und Ihre Einheiten müssen alle entsprechend liefern. Das ist auch der wichtige Punkt beim Monitoring, das uns als Voltfraktion immer sehr wichtig ist. Wir müssen wissen, wohin es geht und mit welcher Geschwindigkeit es dahin geht. Dass wir erst 2030 die Daten vorliegen haben, kann nicht sein. Das muss schneller gehen. Und wir haben alle den Aktionsplan gesehen. Einige Löcher darin sind doch mehr als fraglich, weil es da noch um die Datenbereitstellung seitens der Verwaltung geht. Daher ist der Appell an alle Einheiten der Verwaltung: Bitte arbeitet hier mit. Bitte stellt die Daten bereit, damit wir sehen, wo wir stehen und wie wir weiterkommen.

Zum Änderungsantrag der LINKEN: Ihr wünscht euch, dass ein neuer Plan erarbeitet wird. Ich möchte kein weiteres Papier produzieren. Wir nehmen die Änderungen im Laufe des Monito-

rings vor. Das halte ich für ein sehr cleveres Vorgehen. Im Rahmen dieses Monitorings wird der Plan weiterentwickelt.

Zum Änderungsantrag von KLIMA FREUNDE & GUT: Deswegen möchte ich auch bei der BSKO-Bilanz bleiben. Jetzt wird es wieder etwas technisch. Wir haben uns eben schon kurz darüber unterhalten. Ich würde mich mit euch im Nachgang gerne noch mal darüber unterhalten, halte das hier aber für das richtige Vorgehen. Deswegen gibt es dazu keine Zustimmung von uns.

An dieser Stelle geht noch mal ein ganz expliziter Dank an die Koordinationsstelle Klimaschutz und das Dezernat. Dies alles zusammenzutragen war, wie Herr Görzel bereits richtig ausgeführt hat, eine Meisterleistung. Das war unfassbar viel Arbeit. Die strukturierte Herangehensweise stimmt mich optimistisch, dass, auch wenn ich noch nicht alle Inhalte sehe, wie wir sie alle noch nicht sehen, sie dann noch kommen werden.

Und noch einmal: Wir machen unsere Stadt damit lebenswerter. Klimaschutz ist nicht nur etwas fürs Klima, sondern macht unsere Stadt für uns alle besser. Weniger CO₂ bedeutet meistens auch weniger Feinstaub. Weniger Autos allgemein und die verbleibenden dann als Elektroautos bedeuten leisere Städte. Das wollen wir doch alle. Ich verstehe nicht, wie man - -

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wir als Kommune koordinieren und setzen um. Das zeigt der Plan. Darauf bin ich stolz. Auf die gemeinsame Arbeit daran mit euch allen freue ich mich. - Danke.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wie Sie wahrscheinlich nicht verwundert, werden wir diese Vorlage ablehnen.

Herr Achtelik, ich war schon echt überrascht. Sie fliegen also CO₂-ausstoßend - ich gehe mal davon aus, dass Sie nicht gesegelt sind - zu der Konferenz nach Dubai und kommen dann hierhin und sagen: Wir haben einen tollen Plan.



Aber wissen Sie was? Das Ganze, was wir hier veranstalten, ist nicht glaubwürdig. Wir leben in einem Land, das einen Sonderweg geht - und offensichtlich können wir uns den erlauben -, und zwar den des Ausstiegs aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

(Beifall bei der AfD)

Denn man muss ganz offen sagen, dass auf dieser Konferenz eine Atom-Allianz entstanden ist usw. usf.

Deswegen kann ich das Ganze hier auch nicht ernst nehmen. Sie glauben ja wohl nicht ernsthaft, dass wir hier das Klima retten, indem wir ein paar Tonnen CO₂ einsparen.

Auf die Mängel der Vorlage ist Herr Görzel schon eingegangen. Darin steht andauernd „derzeit nicht quantifizierbar“.

Ich habe auch nichts dazu gefunden, wie groß denn, wenn wir das alles so umgesetzt bekommen, wie es sich die Stadt Köln da vornimmt, der Effekt mit Blick auf die Temperatur ist - wenn Sie wirklich daran glauben, dass es den menschengemachten Klimawandel in dem Umfang gibt.

(Beifall bei der AfD - Zurufe: Ui! - Weitere Zurufe)

- Nein, nein. Man muss schon die Frage stellen, wie viel geringer der Temperaturanstieg sein wird, wenn man soundso viel einspart. Das steht da alles nicht drin. Deswegen kann ich das auch nicht ernst nehmen. Ich spare ja nicht etwas, wenn ich gar nicht weiß, welchen Effekt das hat.

Wie gesagt, ist das alles auch deswegen wenig glaubwürdig, weil wir in einem Land leben - und wir hatten ja gerade eigentlich darüber gesprochen, dass es ohnehin auf den oberen Ebenen entschieden werden müsste -, in dem wir die besten Atomkraftwerke der Welt ohne jede Not stilllegen. Damit gehen wir auch einen deutschen Sonderweg. Und der ist, wie wir in der Geschichte eigentlich gelernt haben, nicht unbedingt immer gut für uns gewesen.

(Beifall bei der AfD)

Insofern ist das Ganze nicht glaubwürdig. Wir werden die ganze Sache ablehnen.

Im Übrigen sollten wir eines nicht vergessen: Wir hatten schon, was wir lange nicht mehr hatten, Anfang dieses Monats einen weißen Dezember. Das scheint dann wohl der Klimawandel zu sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Feuser das Wort.

Inga Feuser (KLIMA FREUNDE & GUT): Da die Faschisten hier im Raum noch nicht mal in der Lage sind, Wetter und Klima auseinanderzuhalten, muss man auf sie wohl nicht antworten.

(Vereinzelt Beifall)

Obwohl Herr Görzel eigentlich nur für Herrn Achteik gesprochen hat, möchte auch ich einmal auf ihn antworten.

Erstens. Herr Görzel, das große Fragezeichen in Bezug auf den ÖPNV in Ihrem Kopf lässt sich vielleicht auflösen, wenn wir den Sustainable Urban Mobility Plan vorliegen haben. Denn nach meinem Verständnis wird diese Frage darin geklärt.

(Beifall bei KLIMA FREUNDE & GUT und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Zweitens. Wegen 25 Prozent Strom möchten Sie gerne weiter viel Müll produzieren. Auch hier bin ich optimistisch, dass sich gerade Strom in Zukunft auch anders produzieren lassen wird.

Drittens. Als FDP diesem Klimaaktionsplan nicht zuzustimmen, weil sich - Zitat - für die paar Prozente Einsparung der Aufwand nicht lohne, ist schon ein sehr herber Schlag ins Gesicht aller jungen Menschen und aller kommenden Generationen.

(Beifall bei KLIMA FREUNDE & GUT und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Dann möchte ich aber auch an dieser Stelle erst einmal der Verwaltung, vor allen Dingen Alice Bauer und der gesamten Koordinationsstelle Klimaschutz, ganz herzlich für die Ausarbeitung dieses Aktionsplans danken.

Ich möchte auch noch mal ganz stark betonen, dass wir es wirklich sehr wertschätzen, dass die Stadt Köln sich klar zu dem Ziel „Klimaneutralität 2035“ bekennt.

Aber diesem Bekenntnis müssen wir jetzt auch Taten folgen lassen. Der letzte IPCC-Bericht - ich erkläre es auch gerne noch mal für die, die Wissenschaft nicht verstehen - hat eindringlich verdeutlicht, dass wir aktuell auf eine mittlere globale



Erwärmung von 3,2 Grad am Ende dieses Jahrhunderts zusteuern. Das Jahr 2100 scheint uns weit entfernt zu sein; es ist noch weiter weg als das Ende der Bauzeit der Ost-West-Achse. Aber eine heute geborene Kölnerin wird im Jahr 2100 gerade mal 77 Jahre alt sein.

Das bringt mich zurück zum Klimanotstand, den der Rat ja 2019 beschlossen hat. Wenn wir diesen Klimanotstand ernst nehmen, fehlt in diesem Beschluss ein ganz entscheidendes Wort. Im Angesicht des von der Stadt Köln ausgerufenen Klimanotstandes müssen wir die Maßnahmen mit hoher Priorität umsetzen. So haben wir es 2019 beschlossen. Eigentlich müssten wir es mit höchster Priorität tun. Aber wir lehnen uns in dem Punkt 1 unseres Änderungsantrags hier bewusst an das Wort aus dem Beschluss von 2019 an. Denn dann kann jede Fraktion selber entscheiden, ob sie zu dem 2019 ausgerufenen Klimanotstand stehen möchte oder nicht.

Wir haben viel über Kosten und soziale Verträglichkeit gehört. Ja, es mag teuer klingen, was an Zahlen genannt wurde. Aber x-fach teurer wird es, wenn wir keinen Klimaschutz betreiben. Das konnten wir im Ahrtal sehen.

Und ja, Klimaschutzmaßnahmen müssen sozial gerecht umgesetzt werden, zumal es die Wohlhabenden sind, die den großen Schaden verursachen. Aber nichts ist sozial ungerechter als kein Klimaschutz. Das hat die Kollegin von der LINKEN schon sehr eindeutig gezeigt.

Kommen wir also zurück zu den Taten. Viele gute Ansätze finden wir hier in diesem Plan. Es ist richtig und freut uns sehr, dass wir diesen Plan heute verabschieden. Aber es ist auch wichtig, noch mal auf Folgendes hinzuweisen:

Mit dem Aktionsplan sind die im Aktivitätenportfolio des Gutachtens von 2022 geforderten Maßnahmen nicht vollständig umgesetzt. Die nicht berücksichtigten Vorschläge sind in Anlage 5 des vorliegenden Beschlusses deutlich erkennbar. Damit wird offensichtlich, dass das Potenzial, das die Stadtverwaltung und ihre Beteiligungsgesellschaften haben, noch nicht vollständig ausgenutzt wird. Wir werden dem Anspruch, Klimaneutralität bis 2035 erreichen zu wollen, mit diesem Aktionsplan auch noch nicht gerecht.

Die Koordinationsstelle Klimaschutz hat deswegen betont, dass es ein agiler Plan ist. Und das ist gut so. Diese Agilität möchten wir noch mal betonen, damit klar ist: Da kann und da muss noch mehr an Maßnahmen kommen.

Damit komme ich zurück zu unserem Änderungsantrag, über dessen drei Punkte wir übrigens sehr gerne getrennt abstimmen lassen würden. Wir präsentieren hier eben keinen bunten Strauß an Ideen. Vielmehr zeigen wir einfach einige der Leerstellen auf, die noch gefüllt werden müssen - selbstverständlich ohne Anspruch auf Vollständigkeit und auch sehr allgemein formuliert. Wir werden uns aber bemühen, detaillierte Vorschläge über unsere sachkundigen Einwohner*innen in die kommenden Ausschusssitzungen einzubringen.

Zum einen geht es um die Suffizienzstrategien, die in diesem Plan leider noch nicht berücksichtigt werden. Denn Klimaneutralität erreichen wir nicht, wenn wir einfach alles anders produzieren; wir brauchen auch weniger. - Ich sehe, dass ich mich beeilen muss.

Einen ganz konkreten Bereich müssen wir dringend in den Blick nehmen - wir haben ihn hier hineingepackt -, weil noch letzte Woche das OVG darauf hingewiesen hat, dass gerade im Bausektor die Ziele verfehlt werden. Deswegen muss der Aspekt des nachhaltigen Bauens aus unserer Sicht mit aufgenommen werden. Da reicht nicht ein Modellprojekt eines Bezirksrathauses. Wir müssen alle städtischen Gebäude ab sofort nachhaltig bauen.

Zu guter Letzt brauchen wir eine Befähigung und Ermutigung, Klimaschutz voranzubringen. Deswegen müssen wir den Aspekt der Bildung für nachhaltige Entwicklung hier noch viel stärker betonen. - Jetzt bin ich fertig. Meine Redezeit ist zu Ende.

(Beifall bei KLIMA FREUNDE & GUT
und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann schlage ich vor, dass ich zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN, danach über den Änderungsantrag von KLIMA FREUNDE & GUT punktweise und anschließend über die Vorlage - mal sehen, ob sie dann geändert ist - abstimmen lasse.

Wir beginnen mit dem Änderungsantrag der LINKEN. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die SPD-Fraktion, KLIMA FREUNDE & GUT und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich Die FRAKTION und die FDP-Fraktion. Dann ist das abgelehnt.



Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag von KLIMA FREUNDE & GUT abstimmen.

Erster Punkt. Zustimmung? - DIE LINKE, KLIMA FREUNDE & GUT und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich Die FRAKTION. Dann ist das abgelehnt.

Zweiter Punkt. Zustimmung? - DIE LINKE, KLIMA FREUNDE & GUT und Herr Zimmermann. Enthaltungen? - Es enthält sich Die FRAKTION. Abgelehnt.

Dritter Punkt. Zustimmung? - DIE LINKE, KLIMA FREUNDE & GUT und Herr Zimmermann. Enthaltungen? - Die FRAKTION enthält sich. Abgelehnt.

Dann lasse ich über die Vorlage der Verwaltung abstimmen, und zwar wie Ausschuss Klima und Umwelt, Anlage 6. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Es enthalten sich die FDP und DIE LINKE. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt

10.26 GRÜNGÜRTEL Parkstadt Süd, hier: Baubeschluss Sportpionierpark 2401/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.27 StadtBahn Süd - Ergänzungsbeschluss zur Trassenfestlegung und Entscheidung zur weiteren Planung 3114/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der FRAKTION. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.28 Erhöhung von Arbeitssicherheit und Resilienz in den Gerätehäusern der Freiwilligen Feuerwehr - Verwendung des politischen Veränderungsnachweises von 2019 sowie 2020/2021 2544/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.29 Ersatz von 16 Kolonnenfahrzeugen als Elektrofahrzeuge hier: Ersatzbeschaffung von zehn Kolonnenfahrzeugen sowie Umrüstung von sechs Kolonnenfahrzeugen für die „allgemeine Grünunterhaltung“ 3336/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.31 Umsetzung des Förderprojektes „Netzwerkarbeit für die Kölner City“ im Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ hier: Förderrichtlinie für die Gewährung von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds Kölner City und Einrichtung eines Innenstadtheirats 3650/2023

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Vorlage. Die DE der BV 1 liegt inzwischen vor. Sie hat verändert beschlossen. Das möchte ich Ihnen noch mitteilen.

Ich lasse also abstimmen wie Vorlage. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Enthaltung der FRAKTION. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.32 Durchführung des 2020 pandemiebedingt ausgefallenen NRW-Tages in 2024 und der damit verbundenen Veranstaltung des Sommerkonzertes der Landesregierung 2024 in Köln 3135/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Reker! Sehr geehrte Damen und Herren! Nur eine Verständnisfrage: Wenn wir das heute erneut beschließen, beschließen wir damit auch die Änderungen vom letzten Mal mit? Da gab es ja einen Änderungsantrag, der auch von der Mehrheit des Rates beschlossen wurde. Ansonsten bitte ich darum - -



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir stimmen über die Vorlage in der geänderten Fassung ab.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir haben ja in der letzten Ratssitzung unter Vorbehalt zugestimmt, weil wir noch die Zustimmung der BV 1 einholen wollten. Die Anhörung der BV 1 ist mittlerweile erfolgt. Sie finden die Stellungnahme zu den Änderungen der BV 1 in der Anlage 7.

Wir stimmen daher erneut über die Vorlage in der geänderten Fassung aus der letzten Ratssitzung ab. Das wollten Sie ja gerade wissen.

Gibt es Gegenstimmen? - Der LINKEN, der SPD-Fraktion, der FRAKTION und der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.33 Finanzierung Dialogprozess „Mahnmal zum Gedenken an die Opfer von Unterdrückung, Rassismus, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen“ (Arbeitstitel) 3453/2023

Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/2171/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Danke. - Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Am 15. Juni 2023 haben wir uns hier im Rat schon mit der Idee der Vorlage befasst, nämlich damit, wie wir ein Armenier-Mahnmal weiter in Umsetzung bringen können. Wir haben den Beschluss gefasst, in Köln ein weiteres Mahnmal zu errichten. Ich bin froh darüber, dass dieser Prozess weitergeführt wird, wie die an diese Vorlage jetzt noch angehängte Anlage auch deutlich macht.

Mit dem im Juni dieses Jahres getroffenen Beschluss hat sich der Rat zur Wichtigkeit und Dringlichkeit des von der Initiative „Völkermord Erinnern“ vorgebrachten Anliegens und darüber hinaus zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands bekannt. Heute wird auf dem Weg zur Umsetzung ein weiterer Schritt unternommen.

Ich erinnere kurz: Es geht darum, wie die Aktivitäten der Initiative „Völkermord Erinnern“ verstetigt

werden können und ein dauerhaftes Mahnmal errichtet werden kann. - Dem entspricht der Rat heute in seinem nächsten Schritt.

Ich bin froh darüber, dass der Rat bisher immer sehr einmütig beschlossen hat. Denn jedes Mahnmal erinnert über Generationen hinweg an begangenes Unrecht oder Katastrophen. Es trägt dazu bei, den Opfern ihre Würde zurückzugeben, aber auch sich selbst die eigene historische Verantwortung und Verstrickung noch einmal vor Augen zu führen und daraus die eigene Verantwortung in der Gegenwart abzuleiten.

Folgerichtig soll das von „Völkermord Erinnern“ initiierte Mahnmal „Dieser Schmerz betrifft uns alle“ nicht nur an den Genozid an den Armeniern in den Jahren 1915 bis 1918 erinnern, sondern nimmt auch die deutsche Beteiligung daran in den Blick und fordert grundsätzlich dazu auf, Rassismus und Nationalismus als Ursache von Völkermord zu ächten. Entsprechend wurde das Mahnmal der Initiative gegenüber dem Reiterstandbild von Kaiser Wilhelm II. errichtet.

In diesem Sinne verstehe ich auch die uns vorliegende Vorlage, nämlich so, dass das Ansinnen der Initiative „Völkermord Erinnern“ die Voraussetzung und den Rahmen für den in der Anlage vorgesehenen Dialogprozess darstellt, der unter Beteiligung aller relevanten Akteurinnen und Akteure und Gremien erfolgen soll, wie die Vorlage ja auch bereits ausweist.

(Beifall bei der LINKEN)

Schon das Mahnmal „Dieser Schmerz betrifft uns alle“ symbolisiert nicht nur das Leid derjenigen, die unter Unterdrückung, Gewalt und Unrecht leiden mussten, sondern auch die universelle Betroffenheit, die uns alle verbindet. Es erinnert uns daran, dass wir als Gemeinschaft zusammenstehen müssen, um gegen Ungerechtigkeit und Diskriminierung einzutreten.

Ich bin zuversichtlich, dass der Dialogprozess dazu, wie das Mahnmal zu gestalten sein wird, zu guten Ergebnissen und dauerhaften Lösungen führen wird.

Ich bin vor allem sehr froh darüber, dass die Finanzierung gelungen ist, und danke dafür ausdrücklich der Verwaltung.

Denn nun ist der Weg frei für den nächsten Schritt hin zu einem dauerhaften Mahnmal in der Kölner Innenstadt, das, wie ich schon gesagt habe, unter Beteiligung aller relevanten Akteur*innen und Gremien konzeptioniert wird - unter regelmäßiger

Berichterstattung in den Fachausschüssen, davon gehe ich aus.

Die Initiatoren und Unterstützer dieses Mahnmals haben langen Atem bewiesen. Auch ihnen gilt heute noch einmal unser herzlicher Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der SPD und bei der LINKEN)

Sie haben maßgeblich dazu beigetragen, das Bewusstsein für den Genozid an den Armeniern zu schärfen und zur Auseinandersetzung mit der eigenen historischen Verstrickung und Verantwortung beizutragen, und sie werden ja weiterhin wichtige Akteure in dem Prozess sein.

Den Änderungsantrag der FDP lehnen wir ab. Wir möchten nämlich, dass der Dialogprozess jetzt an den Start geht, so wie es die Verwaltung vorschlägt. Denn sie hat deutlich gemacht, dass das der beste Weg zur Umsetzung sein wird - und auch der zeitlich schnellste; und uns liegt ja allen sehr am Herzen, dass die Dinge jetzt tatsächlich in Umsetzung kommen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der SPD und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt spricht Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer an den digitalen Endgeräten! An dieser Stelle möchte ich zunächst einmal den Dank an die Verwaltung, insbesondere an unsere Oberbürgermeisterin, dafür zum Ausdruck bringen, dass wir hier einen Dialogprozess aufsetzen konnten, um damit auch diese wichtige Sache weiter voranzutreiben. Denn es ist entscheidend, dass wir nicht nur für den Genozid an den Armeniern eine vernünftige Gedenkstätte schaffen, sondern auch in anderen Bereichen - und da schließe ich aktuell den Völkermord, den die Russen an den Ukrainern an vielen Stellen durchführen, mit ein - Menschen weltweit die Möglichkeit geben, hier in Köln ein vernünftiges Gedenken zu begehen.

(Zuruf von Volker Görzel [FDP])

Denn wir dürfen eines nicht vergessen: In Köln leben insgesamt über 180 Nationen, und wir haben eine ganze Reihe von Fällen, in denen Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und Unterdrückung

Tag für Tag passieren - eben nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch in der Gegenwart.

Dass hier dem Gedenken der Armenier eine besondere Rolle zukommt, ist gar keine Frage und soll auch überhaupt nicht infrage gestellt werden. Dennoch macht es Sinn, einen Platz zu finden, an dem Menschen die Möglichkeit bekommen, Gewalttaten, die begangen wurden und leider aktuell immer noch begangen werden, auch entsprechend zu gedenken.

Dafür ist der Dialogprozess, der jetzt angestoßen wurde, ein ganz wichtiger Baustein. Wir sind guter Dinge, dass wir mit dieser Vorlage diesen Prozess weiter unterstützen und gemeinsam dazu beitragen, hier eine würdige Stelle zu finden, an der dann mit einem Mahnmal entsprechend gedacht werden kann.

Denn damit leisten wir einen Beitrag gegen das Vergessen, aber auch zur permanenten Mahnung gegen aktuelle unrechte Taten, die weltweit passieren, und setzen in Köln ein weiteres Zeichen. Wir sehen auch an dem Überfall der Hamas, dass Rassismus und Menschenrechtsverletzungen weiterhin an der Tagesordnung sind. Dagegen sollten wir regelmäßig ein klares Zeichen auch hier aus dem Rat setzen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu dieser Vorlage. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es kurz machen, weil ich mich meinen Vorrednern uneingeschränkt anschließen kann. Es ist gut, dass wir uns auf diesen Weg gemacht haben, eine schwierige Frage - die Herausforderungen haben wir an verschiedenen Stellen schon gespürt - jetzt in einen gut moderierten Prozess zu führen.

Es ist auch gut, dass wir uns nicht auf ein Ereignis fokussieren, sondern alles mit in den Blick nehmen, wo vielleicht auch Repräsentanten von Köln in der deutschen Geschichte eine Rolle gespielt haben, und am Ende schauen, was das beste Ergebnis ist, dies aber mit den jeweils Betroffenen und den jeweils Engagierten tun.



Insofern ist das, was die Verwaltung uns heute vorlegt, weiterhin ein guter, unterstützenswerter Weg. Die SPD-Fraktion steht voll und ganz dazu.

Deswegen werden wir auch den Änderungsantrag der FDP ablehnen. Denn wir sind der Meinung, dass es Sinn macht, genau in dem eben beschriebenen Duktus und Geist hier auf diesem Weg weiterzugehen.

Wir haben also eine klare Haltung zur Beschlussvorlage der Verwaltung und danken der Verwaltung noch einmal für die Mühe und für die Arbeit, die schon jetzt in diesem Weg steckt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kockerbeck hat das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Ich spreche vom Platz aus. - Wir werden die heutige Beschlussvorlage unterstützen. Denn wir möchten auch einen zügigen Beginn des Dialogverfahrens, das dem Ratsbeschluss vom 15. Juni 2023 gerecht wird.

Uns ist wichtig, dass, wie in der Anlage 1 erläutert, die Initiative „Völkermord Erinnern“ und die Armenische Gemeinde hier einbezogen sind.

Wir müssen sagen, dass uns der allgemeine Arbeitstitel des Projektes irritiert. Hinter den gewählten allgemeinen Begriffen verschwinden, wenn sie so stehen blieben, die konkreten Opfergruppen, hier vor allen Dingen nach dem Ratsbeschluss vom 15. Juni dieses Jahres die Armenierinnen und Armenier, die Opfer eines Genozids wurden. Das entspricht nicht dem heutigen Stand der Gedenkkultur und der wissenschaftlichen Aufarbeitung von Genozid und schweren Menschenrechtsverletzungen.

Dennoch unterstützen wir, wie gesagt, die Verwaltungsvorlage.

Zum Änderungsantrag der FDP: Er würde nicht nur den zügigen Beginn des Dialogverfahrens, der wichtig ist, verzögern, sondern wir möchten schon auch, dass die Kommune, wie insgesamt der deutsche Staat, die Verantwortung für den Anteil der damaligen deutschen Regierung am Genozid an den Armenierinnen und Armeniern übernimmt. Deshalb möchten wir kein privat finanziertes Mahnmahl.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Und für den Fall, dass uns noch jemand zuschaut, auch dorthin einen Gruß! Ich bin ein bisschen ratlos, weil einige der Beiträge, die ich hier gehört habe, nicht so richtig zusammenpassen. Sie passen auch nicht zu der Vorlage. Meines Erachtens passen sie auch nicht zu der Problemstellung, über die wir hier in den vergangenen Sitzungen - in der Ratssitzung, in der Hauptausschusssitzung, in der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt - gesprochen haben, nämlich die Errichtung eines Mahnmals zur Erinnerung an den Völkermord an den Armeniern.

Daher, Frau Oberbürgermeisterin, ist es sicherlich ein hehres Ziel, hier so eine salomonische Lösung zu finden und ein Mahnmal zu schaffen, bei dem jeder jetzt etwas hineininterpretieren mag. Herr Petelkau sagt: Die Russen sind in der Ukraine eingefallen; daran können wir da direkt mit erinnern. - Das wird dem Ansinnen der Armenischen Gemeinde nicht gerecht werden.

(Beifall bei der FDP und der FRAKTION sowie von Thor-Geir Zimmermann [GUT Köln])

- Ich bin dankbar für den Applaus. Von meiner Fraktion ist das selbstverständlich. Aber ich habe hier noch andere gesehen. Daher herzlichen Dank.

Man könnte ja jetzt denken, dass die Oberbürgermeisterin sagt: Ich habe das halbe Jahr seit der Sitzung des Hauptausschusses genutzt und bin in Gespräche gegangen; die Armenische Gemeinde macht da mit. - Das wäre wunderbar, ist aber nicht der Fall. Denn in der Anlage 1 steht:

Ein erster Kontakt der Verwaltung mit einer Vertreterin der Armenischen Gemeinde hat ebenfalls bereits stattgefunden und die Einbeziehung in den weiteren Dialogprozess wurde selbstverständlich avisiert.

Das heißt: Nichts ist da an Zustimmung passiert. Es hat einen Kontakt mit einer Vertreterin gegeben. Da gab es kein Feedback, dass die Armenische Gemeinde dabei mitgeht.



Im Grunde könnte es ja egal sein, wenn es am Ende nicht erfolgreich ist. Aber wir geben jetzt gerade die ersten 117 000 Euro dafür aus.

Diesen Dialogprozess - Entschuldigung - habe ich mir auch anders vorgestellt. Ich hatte da an einen Dialogprozess der Oberbürgermeisterin und der Verwaltung gedacht - und nicht daran, dass wir eine Agentur für zwei Jahre beauftragen, die wir mit sechsstelligen Beträgen bezahlen müssen.

(Beifall bei der AfD)

Anschließend bezahlen wir das Mahnmal auch noch selber. Herr Kockerbeck, Sie können das gerne anders sehen. Aber ich muss sagen: Dass wir jetzt selber ein Denkmal stiften, obwohl wir doch bürgerschaftliches Engagement hatten und eigentlich nur einen Standort gesucht haben, löst bei mir das Gefühl aus, dass ich hier im vollkommen falschen Film bin,

(Beifall bei der FDP und der AfD)

wenn ich sehe, was aus dieser Sache, über die wir hier im Rat und im Hauptausschuss gesprochen haben, jetzt geworden ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, möglicherweise ist das Geld, das wir jetzt an diese Agentur zahlen, nachher rausgeschmissenes Geld, wenn wir nicht Brief und Siegel haben, dass das das ist, was die Armenische Gemeinde haben will. Wenn sie dabei nicht mitmacht und sich nicht dahinter versammelt, ist es wirklich rausgeschmissenes Geld.

Vor diesem Hintergrund ist das Ansinnen unseres Änderungsantrages, den ganzen Prozess wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen und zu sagen: Wir machen einen Dialogprozess durch die Oberbürgermeisterin und die Verwaltung, und wir suchen einen Standort für ein Mahnmal, das aus der Bürgerschaft finanziert wird.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind nicht dafür, dass wir uns das noch selber ans Bein binden. Ich wundere mich, dass die Kämmerin bei solchen Dingen mitgeht. Was ist denn, wenn es Schule macht, dass wir hier sagen: „Wir übernehmen das, erteilen Aufträge für Dialogprozesse und geben eine halbe Million Euro für solche Dinge aus“? Ich kann das wirklich nicht nachvollziehen.

Wir werden möglicherweise mit unserem Änderungsantrag hier scheitern. Vielleicht können auch die Vereinzelt, die gerade applaudiert haben, ihm nicht zustimmen. Aber das ist heute nicht das

letzte Mal, dass wir über dieses Thema hier diskutieren, Freundinnen und Freunde. Das wird uns weiterverfolgen.

Ich wünsche Ihnen wirklich viel Erfolg, Frau Oberbürgermeisterin, mit dem Prozess, den Sie hier angehen. Ich glaube, dass er nicht erfolgreich sein wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier und am Livestream! Um es kurz zu machen: Wir werden dem FDP-Antrag zustimmen. Das ist, wenn überhaupt, genau die richtige Herangehensweise.

Allerdings will ich in diesem Zusammenhang auch noch eines erwähnen. Unsere Partnerstadt ist Istanbul. Diese Partnerschaft ist damals auch - zumindest ist das der Seite der Stadt Köln zu entnehmen; ich habe gerade nachgesehen - mit einem Bürgermeister von Istanbul, der heute der Staatspräsident ist, Erdoğan, geschlossen worden.

Was diese Denkmäler angeht, sollten wir daher eher darauf hinwirken, dass es ein Denkmal in Istanbul für die ganze Sache gibt.

(Beifall bei der AfD)

Darauf sollten wir bei unserer Partnerstadt hinwirken, weil Herr Erdoğan auch in der heutigen Zeit leider Gottes mit Blick auf die Armenier und einen möglichen Einmarsch nicht nur in Bergkarabach, sondern auch auf armenisches Staatsgebiet eine etwas unrühmliche Rolle spielt und sich auch in der Vergangenheit, glaube ich, nicht immer ganz klar geäußert hat, was diesen Genozid angeht.

Deswegen sollte sich auch die Oberbürgermeisterin darauf fokussieren, in Istanbul darauf hinzuwirken, anzuerkennen, dass es diesen Völkermord gegeben hat, und dass ihm auch dort, wo er stattgefunden hat, gedacht wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann hat das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich muss Herrn Sterck uneingeschränkt recht geben. Ich bin in der komfortablen Lage, Herr Sterck, Ihnen einfach zustimmen zu können. Aber das wird auch keine Mehrheit für Ihren Antrag bringen.

Es ist schon ein bisschen erstaunlich. Salopp gesagt, könnten wir das Denkmal einfach stehen lassen, und gut ist. Ich verstehe zwar die vor allem im Hauptausschuss vorgetragenen Bedenken vollkommen, dass wir einen rechtssicheren Prozess und ein geordnetes Verfahren brauchen. Aber warum das 500 000 Euro kosten soll und nicht als normales Geschäft gemacht werden kann - mit den alten Beschlüssen, die wir auch haben -, ist mir vollkommen schleierhaft.

(Beifall bei der FDP)

Ich finde es auch sehr bedenklich, dass wir das Verfahren so weit öffnen. Eigentlich ging es um dieses eine Denkmal für die Opfer des armenischen Genozids. Wenn wir es jetzt so weit öffnen, ist das für mich eine andere Debatte. Natürlich haben wir auch den Prozess speziell mit unseren Kolonialismus-Debatten etc. Diese Debatten führen wir ja auch schon. Es ist natürlich notwendig, auch anderen zu gedenken. Aber das jetzt in einen Topf zu werfen, finde ich ein bisschen befremdlich.

Daher stimme ich dem Antrag der FDP gerne zu - was nicht bedeutet, dass ich nicht dieses Denkmal an dieser Stelle haben möchte und dass es nicht auch kommen soll. Ich stimme also nicht der Vorlage zu, sondern ich stimme dem FDP-Antrag zu, weil er besser ist, auch wenn es vielleicht am Ende so aussieht, als wollte er diesen Einigungsprozess stören. Aber das ist nicht der Fall.

(Ralph Sterck [FDP]: Nein, nein! Wir wollen den Einigungsprozess!)

- Ja. Ich habe ja gesagt: Das ist nicht der Fall.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Daher lasse ich jetzt zunächst über den Änderungsantrag der FDP und dann über die Vorlage abstimmen.

Wer wünscht, dem Änderungsantrag der FDP zuzustimmen? - Das sind die FDP-Fraktion, Die Fraktion DIE FRAKTION, die AfD und Herr Zimmermann.

(Zuruf von der AfD: AfD-Fraktion!)

- Ja. Bei der FRAKTION will ich nicht nur „Die FRAKTION“ sagen. Es ist die Fraktion Die FRAKTION. Ich kann jetzt auch jedes Mal - dann brauchen wir noch eine Stunde länger; aber wenn Sie das wünschen, tue ich das gerne - „die AfD-Fraktion“ sagen.

(Philipp Busch [AfD]: Danke!)

Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich niemand. Dann ist das abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen der FDP, der Fraktion Die FRAKTION, der AfD-Fraktion und von Ratsmitglied Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist sie so beschlossen. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

**10.34 Pilotprojekt „INSGES*AMT - Inklusive Service-Gestaltung im AMT“
hier: Genehmigung zur abweichenden
Verwendung von Zuschussmitteln
3582/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Bauer-Dahm.

Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kollegen! Ich mache etwas, was hier viel zu selten passiert: Ich möchte mich bei der Verwaltung herzlich für dieses tolle Projekt bedanken. Ich finde, dass es ein Meilenstein hin zu einer barrierefreien Verwaltung ist, und freue mich sehr darüber, dass es angegangen wird. Mit ZsL und Co haben wir super Partner in dem Programm. Ich finde das wirklich ein ganz, ganz tolles Projekt. Vor allem finde ich gut, dass Köln weiter auf Vielfalt, auf Diversity und auf Geschlechtergerechtigkeit setzt und nicht Gendern verbieten will oder andere Dinge, die bestimmte Ministerpräsidenten gerade vorantreiben, machen möchte. - Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann stelle ich diese Vorlage zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.



Tagesordnungspunkt

10.35 Radsportzentrum NRW 4007/2023

Meine Damen und Herren, ich frage nach Wortmeldungen. Wird von den Grünen das Wort gewünscht? - Ja. Bitte sehr, Herr Klemm.

Ralf Klemm (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe leider leere Tribüne hier, aber liebe Millionen Zuschauerinnen und Zuschauer an den Bildschirmen! Ich will es um diese Zeit auch nicht allzu lange machen - also lieber ein Bahnsprint als ein Sechstagerennen -, aber zu diesem herausragenden Projekt unserer Sportentwicklungsplanung zumindest zwei Stichworte nennen.

Erstes Stichwort: Freude. Wir freuen uns auf das Albert-Richter-Velodrom als herausragendes Objekt für den Radsport, für den Spitzensport und für den Breitensport. Wir freuen uns über diese Halle, in deren Innenraum auch Ballsportarten und Inklusionssport betrieben werden können. Wir freuen uns auf eine Halle, die in der Kölner Sportlandschaft eine Lücke schließt - nach der riesigen LANXESS arena hat unsere nächstgroße Halle meines Wissens 800 Plätze -, sodass dann auch Basketball, Volleyball usw. auf durchaus hohem Niveau dort stattfinden können, also herausragende sportliche Veranstaltungen dort stattfinden können. Insofern ist heute ein sehr großer Freudentag für den Kölner Sport. Das ist sehr schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der FDP)

Zweites Stichwort: Dank. Es war ja nicht ganz einfach mit dieser Halle, die wir dringend benötigen. Deren Aufgabe wäre natürlich ziemlich sinnfrei gewesen. Wir hätten Gelder zurückzahlen müssen, und es wäre notwendig gewesen, die bestehende Halle abzureißen. Trotzdem war die Finanzierung nicht einfach. Dass sie gelungen ist, ist unter anderem verschiedenen Menschen und Gruppen hier im Rat zu verdanken. Deswegen möchte ich erstens den Vertreterinnen und Vertretern aller demokratischen Fraktionen, die das möglich gemacht haben, danken. Zweitens möchte ich auch der Sportverwaltung und der KSS danken. Aber insbesondere gilt mein Dank den Dezernaten, die die dringend notwendige Finanzierung ab 2026 erst möglich gemacht haben, nämlich dem Verkehrsdezernat und der Kämmererei. Herzlichen Dank dafür. Eure Zustimmung und

eure konstruktive Beteiligung waren da sehr hilfreich. Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wissen, dass 2024 und 2025 alles klargeht. Das Geld für die Zinsen, die für die Mittel, die wir aufnehmen müssen, anfallen, ist gesichert. Ab 2026 ist es dann notwendig, an andere Töpfe heranzugehen. Dazu habe ich gerade das Entsprechende gesagt.

Ab Fertigstellung kommt dann noch die Abschreibung dazu. Dann werden die Beträge etwas höher. In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass es der politischen Vertretung, also uns, unbenommen ist, in den Haushalten 2025, 2026 ff. auch andere Wege aufzuzeigen, wie diese Kosten finanziert werden können. In erster Linie ist es natürlich, bevor dann das Verkehrsdezernat gefragt ist, Aufgabe im Sportbereich, da auch noch mal zu schauen - wobei ich die schwierige Haushaltssituation im Sportbereich kenne.

Wir sind also auch als Rat aufgefordert, uns Gedanken zu machen, wie wir die Finanzierung in den Jahren 2026 ff. hinkriegen. Heute sollten wir uns aber in erster Linie darüber freuen, dass wir demnächst, also 2026 oder 2027, ins Albert-Richter-Velodrom gehen können. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt spricht Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Nutzerinnen und Nutzer der digitalen Endgeräte! Auch von meiner Seite noch einmal herzlichen Dank. Alle Sportbegeisterten sind sehr froh darüber, dass wir diesen wichtigen Baustein für die nächsten Jahrzehnte haben sichern können.

Das Land hat damals die Initiative ergriffen und diesen Baustein nach Köln gegeben. Wir leisten jetzt die Vollendung dieses Bausteins. Wie der Vorredner schon gesagt hat, geht es nicht nur um den Radsport, sondern darum, eine Lücke bei den Veranstaltungsstätten zu füllen und etwas zu schaffen, was auch für andere Sportarten sehr stark von Interesse ist.

Deshalb danke ich auch allen Beteiligten hier im Rat dafür, dass wir so kurzfristig heute in der Sitzung des Finanzausschusses und dann hier diese



Dringlichkeitsvorlage gemeinsam beschließen können.

Eine Bitte habe ich - ich habe sie im Finanzausschuss schon geäußert - in Richtung Kölner Sportstätten. Wir müssen bei Projekten dieser Komplexität in der Tat das Vorgehen noch einmal kritisch hinterfragen, weil das eben keine Projekte von der Stange sind und wir offensichtlich zurzeit in unserer deutschen Bauindustrie oder in der europäischen Bauindustrie Probleme in der Abwicklung solcher großen, komplexen Projekte haben. Denn wie wäre es sonst zu erklären, dass nur ein einziger Bieter überhaupt Interesse gezeigt hat, dieses Projekt umzusetzen?

Wir haben das bei der Messe schon einmal erlebt. Da war dann die Konsequenz, dass wir keinen Totalunternehmer mehr hatten, sondern die Gewerke einzeln ausgeschrieben haben. Das hat dazu geführt, dass wir - „in time, in budget“ - das Ganze deutlich günstiger realisieren konnten.

Das sollten wir im Nachgang auch für andere Bauten, vielleicht auch im Kulturbereich, noch einmal genau prüfen und schauen, ob die Standardisierung, die im Bereich des Schulbaus sehr erfolgreich war und auch in anderen Bereichen vorangetrieben werden sollte, für diese Spezialbauten wirklich der richtige Weg ist, um hier vielleicht doch noch den einen oder anderen Euro zu sparen. Denn in Zukunft brauchen wir sowohl große Sanierungen als auch weiterhin maßvolles Haushalten, damit wir den Sanierungsstau, den wir in der Stadt haben, dann auch gemeinsam weiter abbauen können.

Vielen Dank und eine große Zustimmung zu dieser Vorlage! - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Philippi.

Franz Philippi (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren an den Endgeräten, sofern Sie uns noch zuschauen! Zur späten Stunde steht ein ganz herausragendes sportpolitisches Thema auf der Tagesordnung; das hat der Kollege Klemm schon ausgeführt. Auch ich möchte damit beginnen, mich zu bedanken und zu sagen: Ich bin froh und auch erleichtert, dass wir nach schwierigen, intensiven Wochen der Auseinandersetzung mit diesem Thema jetzt die

Möglichkeit haben, der vorliegenden Beschlussvorlage zuzustimmen, und damit auf die Zielgerade einbiegen können.

Dafür geht herzlicher Dank insbesondere an Herrn Voigtsberger mit seinem Team aus dem Dezernat IV und an Frau Diemert, die in den letzten Tagen dafür eine Menge Arbeit geleistet haben. Ich glaube, dass das wirklich eine zielführende Angelegenheit ist - trotz der Schwierigkeiten bei der Finanzierung, die der Kollege Klemm auch schon angesprochen hat.

(Beifall bei der SPD)

Die sportpolitischen Sprecher und die Mitglieder des Sportausschusses, jedenfalls die meisten, sitzen auch im Aufsichtsrat der Kölner Sportstätten. Insofern ist es wichtig, auch hier zu sagen, dass wir uns schon seit Frühjahr intensiv, vertrauensvoll und konstruktiv mit diesem Thema beschäftigt haben und dass die Projektsteuerung durch die moderne Stadt in Kommunikation mit der Geschäftsführung und den Mitgliedern des Aufsichtsrates wirklich gelungen ist.

Deshalb möchte ich mich auch bei allen Kolleginnen und Kollegen im Aufsichtsrat und bei der Geschäftsführung der KSS für diese konstruktive Zusammenarbeit bedanken, die ich mir bei solchen Problematiken, wenn Investitions- und Sanierungskosten derart in die Höhe schnellen, in anderen Bereichen auch sehr wünschen würde.

Wer heute den Pressespiegel gelesen hat, hat in der *Kölnischen Rundschau* auf Seite 24 die Kostenentwicklung beim Ensemble am Offenbachplatz gesehen. Da spielen wir finanziell noch in einer ganz anderen Liga als hier beim Radstadion.

Zu den sportlichen Verwendungen hat der Kollege Klemm eigentlich alles gesagt. Das muss ich nicht wiederholen.

Der Sportpark Müngersdorf ist sicherlich das Herzstück der Sportstadt Köln. Er ist ohne das Albert-Richter-Velodrom, das wir ja vor knapp drei Jahren einvernehmlich neu so benannt haben, eigentlich nicht vorstellbar. Daher ist heute wirklich ein guter Tag für die Sportstadt Köln und das Label „Sportstadt Köln“, wenn sich hoffentlich gleich eine breite Mehrheit der demokratischen Fraktionen hier für diese Beschlussvorlage ausspricht.

Alles andere haben meine Vorredner gesagt. Das muss ich nicht wiederholen. Ich würde mich über eine breite Unterstützung sehr freuen. Das wäre ein schöner Abend für die Sportstadt Köln. - Danke schön.



(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Auch von uns geht Dank an die Verwaltung und Dank an die Kölner Sportstätten dafür, dass wir heute den Beschluss fassen können, das Albert-Richter-Stadion zu bauen. Würden wir das heute nicht beschließen, würden wir Fördermittel von 26,6 Millionen Euro verlieren. Deswegen war das Ganze sozusagen heiß genäht.

Ich möchte trotzdem noch einmal darauf hinweisen, dass wir diesen Beschluss hier natürlich zu einem Zeitpunkt gefasst hatten - -

(Unruhe)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rede kurz. Aber ich rede länger, wenn ihr mich stört. - Also ganz kurz: Wir haben hier vor drei Jahren 60,4 Millionen Euro beschlossen. Jetzt sind wir bei 122,7 Millionen Euro.

Herr Petelkau, dieses Bauwerk kann man nicht mit einer modularen Bauweise fertigstellen, weil es sich dabei um einen Exklusivbau handelt. Das muss man einfach wissen. Deswegen müssen wir wirklich genau aufpassen und gucken, dass wir das gut begleiten. Nach meiner Überzeugung werden wir uns auch im Sportausschuss Mühe geben und das nicht einfach so dahingehen lassen.

Lassen Sie mich noch einen Gedanken äußern. Wir bemühen uns im Sportbereich um intersektoriales Denken, wie wir das nennen. Wir versuchen also, die Zusammenarbeit mit Schulen, Jugend usw. zu entwickeln. Und hier haben wir ja ein Multifunktionsstadion mit Radrennbahn und mit Möglichkeiten für Basketball und Volleyball. Wir arbeiten mit dem Bund Deutscher Radfahrer, aber auch mit der Sporthochschule zusammen, versuchen also, eine Kooperation zu entwickeln. Denn sonst bekommt man die Mittel für den Sport nicht gestemmt.

Insofern: Danke, aber lasst uns nachdenklich sein und auch aufpassen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin, das sind ja tolle Reden, die ich heute hier zum Sport höre. Es ist tatsächlich ein ganz toller Tag.

Wir haben auch - da waren wir wirklich pffiffig - schon frühzeitig den Bahnenbelag eingekauft und eingelagert. Das ist nämlich sibirische Fichte, und es wäre jetzt ein bisschen schwierig, daran heranzukommen. Sie sehen also, dass wir da auch schon ein bisschen weitergedacht haben. Denn die alte Bahn bestand noch aus Tropenholz, und das geht natürlich heutzutage gar nicht mehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seien Sie versichert: Alle, die das jetzt begleiten, werden schauen, dass wir auch alles richtig machen. Da schauen wir ganz genau hin.

Ich kann mich noch sehr gut erinnern: Als die Vorgängerbahn gebaut worden ist, gab es auch super Reden dazu.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wann war das denn?)

- Das war Anfang der 90er-Jahre.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Da wart ihr doch noch gar nicht geboren!)

Als sie dann fertig war, stellte sich heraus - - Wir achten jetzt ganz genau darauf, dass wir einen barrierefreien Zugang zum Innenbereich haben. Wenn dort Sportveranstaltungen stattfinden, muss ja Equipment hineingefahren werden. Und ich weiß noch genau: Als ich in den 90er-Jahren dieses Radstadion für eine Sportveranstaltung nutzen wollte, sah ich plötzlich, dass es nicht barrierefrei gebaut war. Um zu der alten Bahn zu kommen, musste man erst eine Treppe herunter, dann ein Stück geradeaus und dann wieder eine Treppe hoch. Das heißt: Man musste Equipment immer mit Kränen hineinbringen.

Ich verspreche Ihnen, dass uns das nicht passieren wird. Auch andere Räte konnten also mal falsche Entscheidungen treffen. Hier treffen wir eine richtige Entscheidung. Sie können also mit gutem Gewissen dieser Vorlage zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der
CDU und der SPD)



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Daher lasse ich jetzt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der Fraktion Die FRAKTION und der AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich Volt. Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Die Vorlagen unter TOP 11.1 und TOP 12.1 sind zurückgestellt.

Ich komme zu:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Tagesordnungspunkt

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 73456/02, Arbeitstitel: Ostmerheimer Straße 214 in Köln -Merheim 3137/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

12.3 Umsetzung Stadtentwicklungskonzept Wohnen hier: Beschluss über die Soziale Erhaltungssatzung gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB) für das Gebiet Ehrenfeld Ost in Köln Ehrenfeld 2375/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der FDP und der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Jetzt kommen wir zu:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Tagesordnungspunkt

16.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Robert-Bosch-Straße von Stichstraße zu Haus-Nr. 43-61 bis Kreisverkehr Industriestraße 2763/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

16.2 290. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 3270/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Ich komme zu:

17 Gremienbesetzungen

Tagesordnungspunkt

17.1 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss, hier Arbeitsgemeinschaft Offene Tür (AGOT) Köln e. V. 3168/2023

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.2 Entsendung eines stellvertretenden sachkundigen Einwohners in den Wirtschaftsausschuss auf Vorschlag der Seniorenvertretung Köln 3239/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.3 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss, hier: Väter in Köln e. V. 3301/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.4 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss, hier: Jugendamtselternbeirat und Katholische Jugendagentur 3546/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.



Tagesordnungspunkt

17.5 KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH: Entsendung in den Aufsichtsrat 3868/2023

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.6 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Besetzung in Ausschüssen“ AN/2157/2023

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.7 Antrag der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend „Umbesetzung von Sachkundigen Einwohner:innen“ AN/2161/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.8 TOP 17 - Gremienbesetzung - Aufsichtsrat Kölner Sportstätten GmbH AN/2163/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.9 Umbesetzung von Gremien AN/2164/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.10 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Gremienbesetzung Verkehrsausschuss“ AN/2165/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.11 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB): Entsendung in den Aufsichtsrat“

AN/2167/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.12 TOP 17 Wahlen: Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern - Benennung einer neuen sachkundigen Einwohnerin AN/2168/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.13 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Gremienumbesetzung“ AN/2170/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.14 Antrag der Volt-Fraktion betreffend „Umbesetzungen in Gremien“ AN/2162/2023

Da gab es eine Änderung. - Bitte sehr, Herr Achtelik.

Christian Achtelik (Volt): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, bei 17.14 ergab sich, wie Sie gesagt haben, eine Änderung. Dabei scheint ein Tippfehler unterlaufen zu sein. Richtig muss es heißen: „Aufsichtsrat der Sportstätten ab dem 01.01.2024“, nicht ab dem 01.01.2014. Das bitte ich zu ändern.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist ja - - Danke.

Christian Achtelik (Volt): Wenn ich diesen Änderungsantrag noch mündlich stellen dürfte, wäre ich Ihnen verbunden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich weiß gar nicht, ob man bei so einer redaktionellen Änderung auch einen Antrag stellen muss. Das ist so eindeutig.



Christian Achtelik (Volt): So eindeutig, wie Sie es haben wollen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Darüber müssen wir jetzt nicht abstimmen, glaube ich. Das ist ein redaktioneller Fehler. Aber vielen Dank, dass Sie es gesehen haben.

Gibt es gegen den Antrag unter TOP 17.14 mit der Datumsänderung Gegenstimmen, oder können wir das so beschließen? Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.15 Antrag der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend „Umbenennung von Ratsmitgliedern mit beratender Stimme in Ausschüssen“
AN/2178/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Dann kommen wir zu:

18 Genehmigung von Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen

Tagesordnungspunkt

**18.1 Einmalzahlung zum Inflationsausgleich für die Betreuungsleistung von Kindertagespflegepersonen in Köln
2970/2023**

Wir sind von der Landesregierung angewiesen worden, die Betreuungsleistung von Kindertagespflegepersonen in Köln anders zu berechnen. Daher heben wir mit unserem Beschluss die Eilentscheidung des Hauptausschusses auf und stimmen über den geänderten Beschlussvorschlag in Anlage 1 ab.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**18.2 Fortführung der Trägerschaft für das Kompetenzzentrum Frau und Beruf Region Köln in der Zeit vom 01.12.2023 bis zum 30.11.2027
3117/2023**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**18.3 Bedarfsfeststellung für fünf Schulbaumaßnahmen zur kurzfristigen Schaffung von Schulplätzen an Grund- und Förderschulen (Förderschule inklusive Primarstufe Redwitzstraße in Köln-Sülz, Humboldtstraße in Köln-Porz, Schulstraße in Köln-Eil, Schulstraße in Köln-Weiden und Peter-Grieff-Straße in Köln-Flittard)
3430/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Bevor wir gleich in den nichtöffentlichen Teil eintreten, darf ich Sie noch einmal herzlich zum Empfang im Anschluss an die Ratssitzung in die Piazza des Historischen Rathauses einladen.

Wir stellen jetzt bitte die Nichtöffentlichkeit her.

(Schluss: 21.06 Uhr)



Anlage

zu Tagesordnungspunkt 3.1.4

zu Protokoll gegebene Rede

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Geschätzte Mitglieder des Rates! Meine Damen und Herren vor dem Livestream und hier im Saal!

Die Ost-West-Achse, das haben Sie alle gesagt, wird das wichtigste Nahverkehrsprojekt in Köln dieses Jahrzehnts. Als wir über die Ost-West-Achse in einer aktuellen Stunde sprechen wollten, war das für Sie natürlich nicht annähernd so wichtig, wie es heute ist.

Es kann eben nicht sein, was nicht sein darf. Ich habe es Ihnen in der letzten Sitzung gesagt und werde es hier und jetzt noch einmal unterstreichen. Meine Stimme bei diesem Projekt hat genauso viel Gewicht wie die von Herrn Kienitz oder Herrn Hammer. Und ich stelle mir vor, dass Sie ordentlich Stimmen schieben, um herauszufinden, welche Mehrheit steht. Wie sieht es denn jetzt für den Tunnel aus, wenn Volt jetzt auch lieber keinen Tunnel will?

Wir würden sogar dem Vorschlag von Volt folgen und eine Beschlussfassung lieber in dieser als in der nächsten Legislaturperiode haben.

Meine Damen und Herren, Transparenz ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Demokratie. Den Menschen gebührt die Wertschätzung, damit sie sehen können, wie mit ihrem Steuergeld in welchem Umfang umgegangen wird.

Die Planungen der Ost-West-Achse liegen noch lange vor meiner Zeit hier in diesem Gremium und selten war mir klarer, mit welcher Spekulationskraft einige Ratsmitglieder hier dieses Projekt planen. Wir wissen, dass die Gremien rund um die Ost-West-Achse politisch bestimmt sind. Sie erwarten, dass man am besten einfach blind mitstimmt, ohne das Prozedere dieser Gremien identifiziert zu haben. Aber, das kann ich Ihnen sagen, nicht mit uns. Wir erwarten maximale Transparenz. Für uns und den zahlenden Bürger!

Liebes Bündnis + SPD, ich verstehe den Antrag von KLIMA FREUNDE & GUT so, wie Sie ihn nun ändern wollen. Kann es sein, dass Sie wieder das Bündnislabel an einen sinnvollen Antrag kleben wollen? Und auch die SPD und FDP dürfen sich

auch nochmal profilieren? Nochmal: Es ist das wichtigste Projekt dieses Jahrzehnts.

Ihre Ergänzung

Sobald weitere relevante Unterlagen, wie z.B. die Kosten-Nutzen-Analyse vorliegen, werde diese entsprechend ergänzt.

wird meiner Meinung nach mit

...Darstellung der zu erwartenden Kosten...

der Ratsgruppe abgedeckt.

Den Antrag halten wir aber für zielführend. Wir würden auch Ihre - in unseren Augen entbehrliche - Änderung mittragen.